

Grundlagen und Probleme der Raumplanung in Vorarlberg



Amt der Vorarlberger
Landesregierung

Grundlagen und Probleme der Raumplanung in Vorarlberg

Amt der Vorarlberger Landesregierung

HECHT-DRUCK HARD

Vorwort

Vorarlberg hat von Natur aus sehr vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten, die auch bereits intensiv genutzt werden. Während sich der geringe Raum nicht vermehren läßt, vergrößern sich ständig die Raumannsprüche. Immer neue, oft entgegengesetzte Nutzungsinteressen und Projekte treten auf, immer enger wird der Entscheidungs- und Gestaltungsspielraum.

Beim erreichten Entwicklungsstand und der nur beschränkt möglichen Voraussesbarkeit künftiger räumlicher Nutzungsinteressen will die Raumplanung des Landes möglichst zukunfts offen sein und nicht Zukunft verplanen. Sie will gezielt dort ansetzen, wo konkrete Probleme in der Raumbeanspruchung bereits bestehen oder vorauszusehen sind.

Diese problemorientierte Vorgangsweise hat sich bisher bewährt. Sie verlangt aber die laufende aufmerksame Beobachtung der Gesamtentwicklung und eine möglichst umfassende Betrachtungsweise. Damit sollen Änderungen in den Erfordernissen frühzeitig erkannt werden.

Um den Gefahren möglicher »Betriebsblindheit« zu begegnen, erscheint es nützlich, die Auffassungen der Raumplanung offen darzulegen und zur Diskussion zu stellen. Zugleich soll der vorliegende Bericht auch in der Öffentlichkeit über Information und Diskussion die Meinungsbildung zu den aktuellen Problemen erleichtern. Diese kritische Befassung mit den Grundlagen und Problemen der Raumplanung in Vorarlberg zielt letztlich darauf ab, die künftigen Aufgaben der Raumplanung auf breiterer Basis zu prüfen und festzulegen.



Bregenz, Oktober 1983

Dipl.-Ing. Karl-Werner Rüsç
Landesrat

Grundlagen und Probleme der Raumplanung in Vorarlberg

Inhalt

1. Zweck und Aufgabe	9
2. Lage und Gliederung des Landes	11
2.1 Vorarlberg als Grenzland	11
Lage im größeren Raum	11
Landesgrenzen	11
Grenzüberschreitende Beziehungen	12
Raumplanung und Nachbarn	12
2.2 Naturräumliche Gliederung	13
Unterschiedliche räumliche Voraussetzungen	13
Rheintal und Walgau	14
Das Berggebiet	14
Nutzungsmöglichkeiten und Nutzungsansprüche	14
2.3 Planungsräume	16
Gebietsabgrenzungen verschiedener Art	16
Regionalplanungsgemeinschaften	16
3. Bevölkerung	17
3.1 Bevölkerungsentwicklung	17
Bisheriges und voraussichtliches Wachstum	17
Altersstruktur	18
Berufstätige	19
3.2 Räumliche Verteilung von Wohnbevölkerung und Beschäftigungsmöglichkeiten	20
Verdichtungsgebiet Rheintal-Walgau	20
Berggebiet	23
4. Siedlung	24
4.1 Siedlungsstruktur	24
4.2 Wohnungsbau	24
4.3 Zersiedlung	25
Ursachen der Zersiedlung	26
Folgen der Zersiedlung	27
Eindämmung der Zersiedlung	29
4.4 Siedlungsgestaltung	32
4.5 Baugestaltung	33
4.6 Erhaltung und Erneuerung von Altbausubstanz	34
4.7 Bepflanzungen im Siedlungsgebiet	35

5. Freiräume	35
5.1 Belastungen für Naturhaushalt und Landschaft	35
5.2 Schutz und Pflege der Landschaft	40
6. Wirtschaft	43
6.1 Landwirtschaft	43
Veränderungen der Agrarstruktur	43
Bodennutzungsprobleme im Rheintal und Walgau	44
Raumbezogene Probleme der Berglandwirtschaft	45
6.2 Forstwirtschaft	45
6.3 Industrie und produzierendes Gewerbe	47
Stellung der Industrie in der Vorarlberger Wirtschaft	47
Strukturelle Entwicklung	47
Betriebsstandorte	48
Industrie und produzierendes Gewerbe	50
6.4 Fremdenverkehr	50
Bedeutung des Fremdenverkehrs	50
Entwicklung von Angebot und Nachfrage	51
Probleme in den Auswirkungen der Fremdenverkehrsentwicklung	53
7. Verkehr	55
7.1 Übergeordnetes Verkehrswegenetz	55
7.2 Individualverkehr	56
Erreichbarkeitsverhältnisse innerhalb des Landes	56
Motorisierungsentwicklung	56
Verkehrsbelastungen und Straßenbau	57
Probleme der Verkehrsentwicklung	59
7.3 Öffentlicher Verkehr	60
8. Versorgungsschwerpunkte	62

Anhang: Strukturdaten der Gemeinden

Karte 1: Landes-, Bezirks-, Gemeindegrenzen, Regionalplanungsgemeinschaften	67
Tabelle 1: Höhenlagen, Katasterflächen und Bevölkerungsdichte	68
Tabelle 2: Flächennutzung	70
Karte 2: Dauersiedlungsraum und Bevölkerungsdichte 1981	72
Karte 3: Bevölkerungsverteilung und Bevölkerungsentwicklung	73
Tabelle 3: Entwicklung der Wohnbevölkerung	74
Tabelle 4: Gebäude- und Wohnungsbestand	76
Karte 4: Landwirtschaftliche Betriebe mit Rinderhaltung 1953	78
Karte 5: Landwirtschaftliche Betriebe mit Rinderhaltung 1981	79
Karte 6: Erwerbsstellen in Industrie, verarbeitendem Gewerbe und Kraftwerken	80
Karte 7: Fremdenverkehrsintensität	81
Tabelle 5: Strukturdaten des Fremdenverkehrs	82
Karte 8: Versorgungsschwerpunkte	84

1. Zweck und Aufgabe

Nach den von der Vorarlberger Landesregierung 1976 beschlossenen Grundsätzen für die Raumplanung durch das Land sollen Planungen »nur insoweit durchgeführt werden, als sie notwendig und zweckmäßig sind. Die Planungen sollen sich nicht nur bereits gegebener, sondern insbesondere auch in Zukunft zu erwartender Probleme annehmen.«

Diesem Grundsatz gemäß befaßt sich die Raumplanung des Landes gegenwärtig nicht mit umfassenden Entwicklungsprogrammen, die erfahrungsgemäß weniger geeignet sind, um für die vordringlichen Ordnungs- und Sicherungsprobleme in nützlicher Frist brauchbare Lösungen zu erreichen. Sie sieht ihre derzeitige Hauptaufgabe vielmehr im gezielten Bemühen um die Lösung konkret anstehender Probleme in der Raumbeanspruchung. Solche Probleme ergeben sich zum Beispiel mit dem wachsenden Nutzungsdruck auf die Grünflächen im Rheintal und Walgau oder mit den Gefahren touristischer Übererschließung im Berggebiet.

Damit sich die praxisbezogen problemorientierte Vorgangsweise weiterhin bewähren kann, muß sie allerdings von Zeit zu Zeit neu überdacht werden. Die Lösung der Probleme im einzelnen verlangt immer auch eine Gesamtschau. Dazu braucht es laufende Raumbewachung und fallweise in Form eines Überblicks eine kritische »Diagnose« aus einer umfassenderen Sicht heraus.

Ein solcher Überblick darf sich nicht auf die Tagesprobleme der Raumplanung beschränken. Er hat ebenso die Vorzüge der räumlichen Entwicklungsvoraussetzungen im Auge zu behalten. Wenn Vorzüge gefährdet sind, wird ihre Sicherung nämlich zu einem besonderen Anliegen der Raumplanung. Wo bestimmte strukturelle Gegebenheiten und Entwicklungen hingegen kaum Anlaß zur Besorgnis geben, darf die Raumplanung in ihren Aktivitäten zurückhaltender sein. In solchen Fällen läßt sich immerhin begründen, weshalb in Vorarlberg z.B. Festlegungen für Planungsregionen, Zentrale Orte und andere eher modellhafte Ordnungsmuster derzeit nicht als primäre Aufgaben der Raumplanung angesehen werden.

Am eingehendsten befaßt sich die vorliegende Darstellung mit jenen Fragen, die für die raumplanerische Praxis derzeit im Vordergrund stehen. Es ist der Versuch, die Probleme der Raumplanung in ihren vielfältigen Zusammenhängen zu verdeutlichen und zugleich die oft sehr komplexen Sachverhalte in vereinfachter Form verständlich zu machen. In der vorliegenden gerafften Form erhebt die Darstellung jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Der Bericht übt bewußt Zurückhaltung im Anbieten von »fertigen« Problemlösungen. Er soll nämlich in erster Linie Grundlage für eine kritische Problemdiskussion sein. Eine solche Diskussion wird für wichtig erachtet, da in der Öffentlichkeit in bezug auf die Entwicklungs- und Problemvorstellungen häufig erhebliche Auffassungsunterschiede und Informationsmängel bestehen.

Die Auseinandersetzung mit Fragen nach den Grundlagen und Problemen der Raumplanung in Vorarlberg soll dazu beitragen, Einseitigkeiten im Problemverständnis und überholte Entwicklungsvorstellungen abzubauen. Den für die Raumplanung Verantwortlichen bietet die Diskussion zugleich eine geeignete Gelegenheit, ihre eigenen Standpunkte zu überprüfen und allfällige Fehlbeurteilungen zu korrigieren. Im Blick auf die Probleme und die unterschiedliche Dringlichkeit ihrer Lösung wird sich auch ergeben, welche Schwerpunkte bei den künftigen raumplanerischen Arbeiten zu setzen sein werden.

2. Lage und Gliederung des Landes

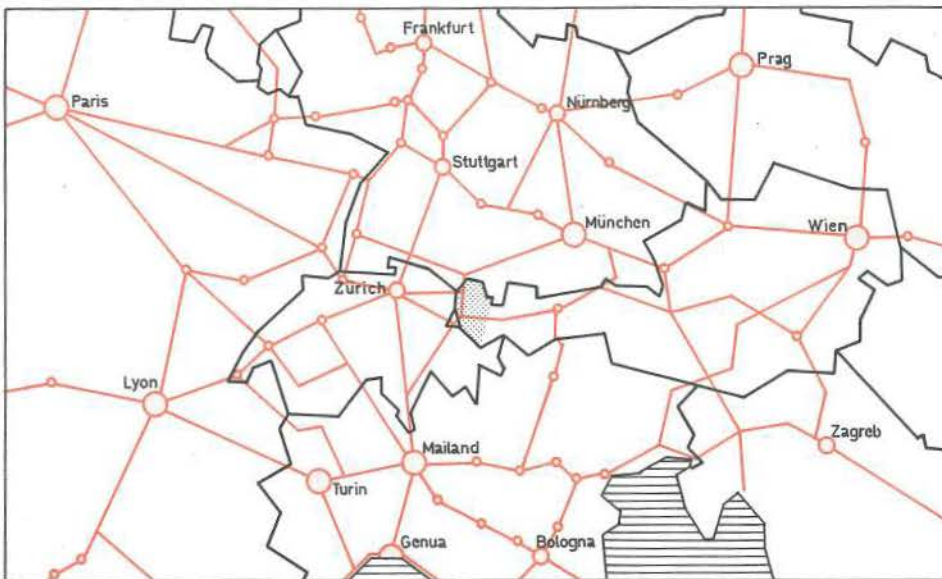
2.1 Vorarlberg als Grenzland

Lage im größeren Raum

Vorarlberg hat innerhalb Österreichs eine exponierte Randlage. Demgegenüber liegt es innerhalb des westlichen Europa sehr zentral. Von allen Bundesländern weist es die weitesten Distanzen zu den Ballungszentren innerhalb Österreichs und die kürzesten zu den westeuropäischen Zentren auf. Die Nachteile der Randlage innerhalb des Bundesgebietes dürften jedoch verkehrs- und wirtschaftspolitisch insgesamt weniger ins Gewicht fallen als die Vorteile der zentralen Lage im größeren Raum.

Randlage innerhalb Österreichs, zentrale Lage innerhalb Europas

Vorarlberg im Netz der Hauptverbindungen zwischen den Ballungszentren Mitteleuropas



Ballungszentrum	● mit über 1.000.000 Einw.	— Hauptverbindung
	○ mit über 500.000 Einw.	(Straßen- und Bahnverbindung schematisiert)
	○ mit über 100.000 Einw.	

Landesgrenzen

Von den 348 km langen Landesgrenzen entfallen 80% auf Staatsgrenzen mit der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und mit dem Fürstentum Liechtenstein und nur 20% auf die Grenze gegenüber Tirol.

80% der Landesgrenzen sind Auslands grenzen

Landesgrenzen

Nachbarland	Grenzlänge km	Anteil in %
Tirol	70,5	20,2
Bayern	110,4	31,7
Graubünden	67,9	19,5
St.Gallen	38,9	11,2
Liechtenstein	35,1	10,1
Bodensee (25 m – Tiefenlinie)	25,5	7,3

Leichte Überschreitbarkeit der Grenzen

Die grenzüberschreitenden Beziehungen sind im Rheintal und im nördlichen Landesgebiet durch die räumlichen Verhältnisse von vornherein begünstigt. Vorarlberg ist derzeit durch 25 Straßen und 3 Hauptbahnlinien mit dem benachbarten Ausland, aber nur durch 4 Gebirgsstraßen und eine Gebirgsbahnlinie mit dem übrigen österreichischen Bundesgebiet verbunden.

Ein wesentlicher Vorzug der Grenzlage des Landes liegt in der weitgehend problemlosen Überschreitbarkeit der Grenzen im Personen- und Warenverkehr. In welchem Maße die Entwicklung des Landes allein durch die Offenheit der Auslandsgrenzen beeinflusst wird, zeigt sich am deutlichsten beim Vergleich mit Gebieten an geschlossenen Grenzen, wie z.B. im österreichischen Ostgrenzgebiet.

Grenzüberschreitende Beziehungen

Enge Verflechtungen mit dem benachbarten Ausland

Neben den verkehrsgeographischen Voraussetzungen waren vor allem historisch gewachsene Beziehungen und die volkstümlichen Gemeinsamkeiten der Entwicklung enger Verflechtungen mit dem benachbarten Ausland förderlich.

Die Verbindungen über die Grenzen hinweg machen sich heute am auffälligsten im grenzüberschreitenden Berufs-, Einkaufs- und Freizeitverkehr bemerkbar. Darüber hinaus sind wesentliche Strukturmerkmale der Wirtschaft des Landes – z.B. die stark ausgeprägte Exportorientierung – vor allem mit den besonderen Kontaktvorteilen zu erklären, die sich aus der unmittelbaren Nachbarschaft von drei wirtschaftlich hochentwickelten Staaten ergeben.

Raumplanung und Nachbarn

Raumplanungsprobleme im Grenzbereich auf Einzelfälle beschränkt

Trotz der vielfältigen Verflechtungen entstehen im Grenzraum verhältnismäßig wenig Interessenkonflikte raumplanerischer Art. Dies erklärt sich zunächst schon aus dem Umstand, daß die Landesgrenze im Gebirge durch unbesiedeltes Gelände, in den Talanlagen überwiegend durch Bereiche mit geringer Siedlungsdichte verläuft. Selbst im Rheintal gibt es nur wenige Reibungsflächen, da hier die Siedlungsschwerpunkte größtenteils nicht unmittelbar am Rhein, sondern nahe am Talrand liegen. Außerdem bestehen beiderseits der Grenze weitgehend ähnliche Entwicklungsvorstellungen. Probleme aus bestimmten Nutzungen oder Nutzungsabsichten treten daher fast immer kleinräumig auf, wie etwa durch Autobahn- und Fluglärm, Luft- und Gewässerverunreinigungen sowie Einzelanlagen im Grenzbereich.

Die Lösung solcher konkreter Einzelprobleme bedurfte bisher nicht einer umfassenden grenzüberschreitenden Raumplanung. Derzeit ist auch kein Bedürfnis nach der gemeinsamen Erarbeitung verbindlicher Raumpläne zu erkennen. Überdies wäre es noch fraglich, ob angesichts der unterschiedlichen politischen und rechtlichen Voraussetzungen in nützlicher Frist brauchbare Ergebnisse erzielt werden können.

Für die Klärung aktueller Fragen erwiesen sich bisher die auf verschiedenen Ebenen gepflegten gutnachbarlichen Kontakte und die enge Zusammenarbeit in bestimmten Sachbereichen als zweckentsprechend. Diese Kontakte waren in der Vergangenheit fast ausschließlich auf bestimmte Fachplanungen (z.B. Straßenbau, Elektrizitäts-, Erdöl- und Erdgasversorgung, Rheinregulierung), auf verschiedene spezielle Interessen von Verwaltung und Wirtschaft sowie insbesondere auf gemeinsame Interessen im Zusammenhang mit dem Bodensee (z.B. Gewässerschutz, Schifffahrt, Fischerei) ausgerichtet. Seit einigen Jahren befassen sich die Kontakte zunehmend mit Fragen der gesamten Raumplanung. Der rege und unkompliziert geführte Meinungsaustausch hat das Verständnis für die Anliegen der Nachbarn gefördert und gleichzeitig wertvolle Anregungen für die Bewältigung der eigenen Probleme vermittelt.

Rege Kontakte der Nachbarländer auch zur Abklärung von Raumplanungsfragen

2.2 Naturräumliche Gliederung

Unterschiedliche räumliche Voraussetzungen

Ein hervorstechendes Merkmal Vorarlbergs ist die hohe Vielfaltigkeit der naturräumlichen Verhältnisse auf einer Fläche von nur 2.601 qkm. Die damit gegebenen Unterschiede in den Nutzungsmöglichkeiten bedingen die wirtschaftliche Vielseitigkeit des Landes. Vorarlberg ist Industrieland und Fremdenverkehrsland zugleich. In kleineren Landesteilen dominiert auch noch die Landwirtschaft.

Hohe Vielfaltigkeit auf kleinem Raum

Diese Vielseitigkeit ist an sich sehr wertvoll und erhaltenswert. Aus ihr kommen aber auch zahlreiche und oft nur schwer lösbare Interessenkonflikte in der Nutzung des Raumes.

Die einzelnen Landesteile weisen sehr unterschiedliche Vorzüge und Strukturschwächen auf. Es ist daher nicht möglich, im gesamten Land gleichartige Lebensbedingungen zu schaffen. Das wird übrigens auch im §2 des Raumplanungsgesetzes mit der »Schaffung möglichst gleichwertiger Lebensbedingungen« nicht gemeint. Diese Forderung ist in dem Sinne zu verstehen, daß die nachteiligen regionalen Unterschiede in den Wohn-, Arbeits- und Versorgungsverhältnissen, die sich mit angemessenem Aufwand beheben lassen, zu beheben sind.

Ungleiche räumliche Entwicklungsvoraussetzungen

Es wäre nicht zielführend, unzutragliche Entwicklungsunterschiede nach modellhaften Vorstellungen abbauen zu wollen. Die Lösung der verschiedenartigen Probleme erfordert Maßnahmen, die bestmöglich auf die jeweiligen besonderen Verhältnisse abgestimmt sind.

Mit dem Infrastrukturausbau – vor allem mit der Schaffung eines leistungsfähigen Straßennetzes – und mit Förderungsmaßnahmen verschiedenster Art konnten die Lebensbedingungen auch in Gebieten mit weniger günstigen räumlichen Vorausset-

Fortgeschrittener Abbau von Entwicklungsunterschieden

zungen bereits erheblich verbessert werden. Die in anderen Ländern noch häufig anzutreffenden Kontraste zwischen hoch- und unterentwickelten Gebieten sind in Vorarlberg sehr weitgehend abgebaut. Daher ist derzeit in keiner Talschaft des Landes eine nennenswerte Entsiedlungsgefahr gegeben.

Rheintal und Walgau

Das Rheintal bietet als breitetes Quertal der Alpen und zentral gelegener Durchgangsraum des Fernverkehrs sehr gute Voraussetzungen für die Besiedlung, für die Ansiedlung von Industrie- und Dienstleistungsbetrieben sowie großteils für eine intensive landwirtschaftliche Bodennutzung. Ähnlich günstige Verhältnisse sind im angrenzenden Walgau gegeben. Rheintal und Walgau bilden somit von Natur aus das Kerngebiet und wirtschaftliche Rückgrat des Landes.

Das Berggebiet

Alle Gebirgstäler des Landes – mit Ausnahme von Kleinwalsertal und oberstem Lechtal – sind auf den Raum Rheintal–Walgau ausgerichtet. Diese Ausrichtung erleichterte die Herstellung von verhältnismäßig kurzen Verkehrsverbindungen zwischen dem Kerngebiet und den Siedlungen der Gebirgstäler.

Die einzelnen Täler haben untereinander durchwegs markante Abgrenzungen. Die Lebensräume des Berggebietes weisen damit eine gewisse Geschlossenheit auf. Diese begünstigte das Entstehen von verschiedensten talschaftsspezifischen Eigenarten – auch in der Mentalität – und damit die Entwicklung einer hohen kulturellen Vielfältigkeit in einem kleinen Land. Diese Eigenarten verdienen auch in der Raumplanung besondere Beachtung.

Nutzungsmöglichkeiten und Nutzungsansprüche

Vorarlberg ist ein Gebirgsland, in dem zwei Drittel der Landesfläche in Höhenlagen über 1000 m ü.M. liegen (16% über 2000 m). Wenn man von der Gesamtfläche die »unproduktiven« Gebiete, die Waldflächen und Alpgebiete abrechnet, bleibt nur noch etwa ein Viertel für die Besiedlung und die landwirtschaftliche Nutzung übrig. Für eine intensive bauliche und landwirtschaftliche Nutzung eignet sich aber nur knapp ein Fünftel der Landesfläche; das sind kaum 500 km². Selbst davon liegt ein erheblicher Teil in gefährdeten Bereichen (z.B. Lawinenzüge, hochwassergefährdete Gebiete) oder in besonders schutzbedürftigen Gebieten (z.B. Ried- und Uferlandschaften, Grundwasserschongebiete).

Bodennutzung des Landesgebietes (Katasterflächen Stand 1.1.1981)

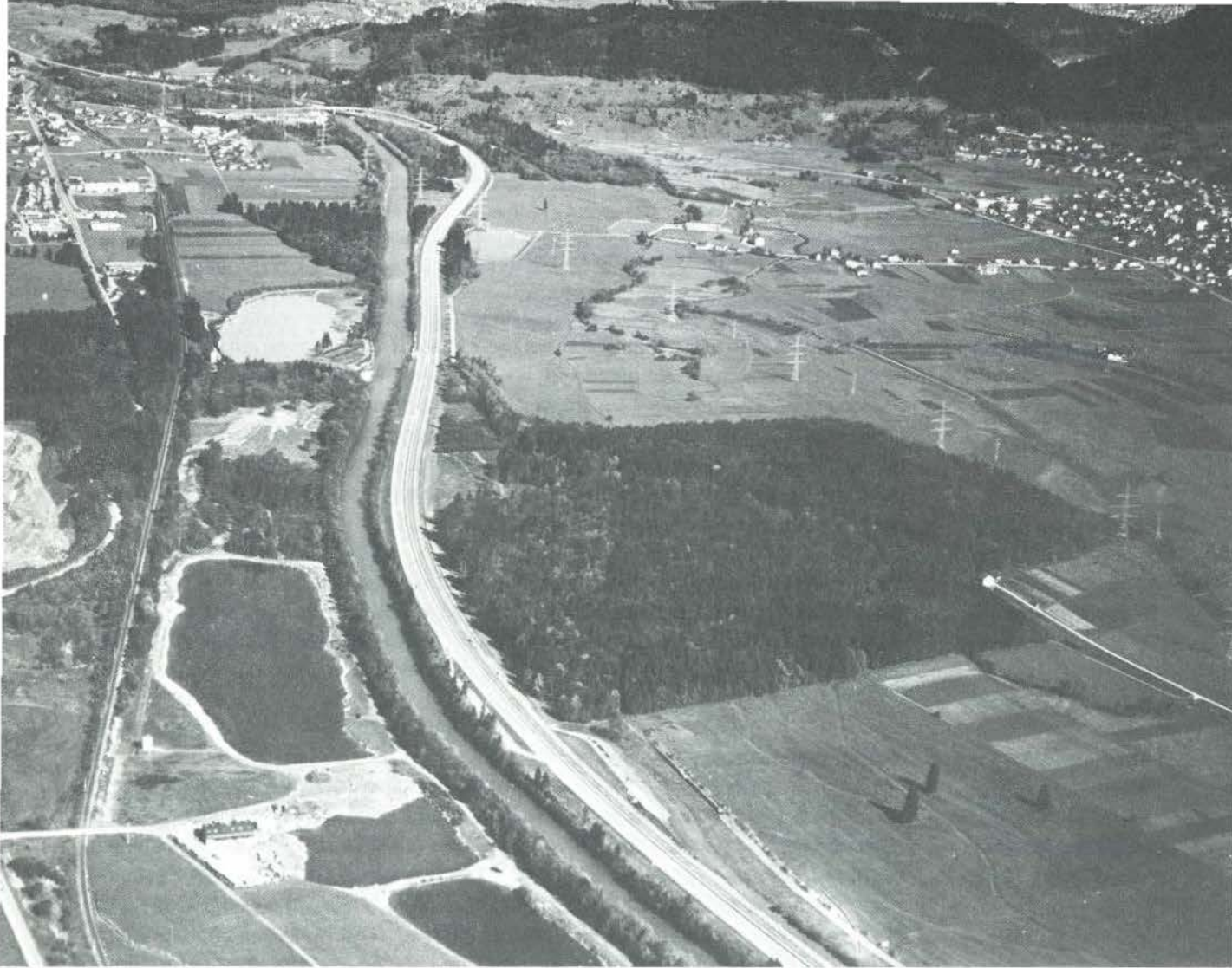
Nutzungsart	Hektar	Anteil in %
Bauflächen	1.513	0,6
Gärten	2.843	1,1
Landwirtschaftsflächen	61.185	23,5
Alpen	84.709	32,6
Wald	75.400	29,0
Unproduktiv	34.484	13,2
Insgesamt	260.134	100,0

**Rheintal und Walgau,
das Kerngebiet des
Landes**

**Ausrichtung der
Gebirgstäler auf das
Kerngebiet**

**Spezifische
Eigenarten der
Gebirgstäler**

**Kleiner Flächenanteil
für Intensivnutzung**



Der kleine Raum wird von einer steigenden Vielzahl von sich überlagernden, konkurrierenden und zum Teil entgegengesetzten Nutzungsinteressen beansprucht. Den Interessen am Schutz der Naturgüter und der Erhaltung von ausreichenden Freiräumen für eine existenzfähige Landwirtschaft und für die Naherholung stehen Flächenansprüche gegenüber für Wohnbau und Betriebsansiedlungen, Verkehrswege, Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen u.dgl.

Vor allem in den großflächig besiedelten Talbereichen des Rheintales und Walgaus treten immer deutlicher Gefahren einer räumlichen Überbeanspruchung in Erscheinung. Dies zeigt sich u.a. daran, daß bei größeren Projekten immer mehr Interessenkonflikte auftreten und daß es auch immer schwieriger wird, diese befriedigend zu lösen.

Im Berggebiet birgt hauptsächlich die zunehmende touristische Erschließung die Gefahr einer Überbeanspruchung in sich.

Mit den auf kleinem Raum weiterhin wachsenden Raumbeanspruchungen wird der Entscheidungs- und Gestaltungsspielraum für künftige Bedürfnisse in der Nutzung von Grund und Boden fortschreitend eingeengt. Nachdem in den Siedlungsbereichen der Rahmen für die Bodennutzung bereits weitgehend abgesteckt ist, treten die Nutzungskonflikte immer mehr in den noch erhaltenen Freiräumen auf.

**Kernproblem:
Große Ansprüche
auf kleinem Raum**

**Gefahren räumlicher
Überbeanspruchung**

**Planungsspielraum
wird immer enger**

2.3 Planungsräume

Gebietsabgrenzungen verschiedener Art

Funktionale Verflechtungsbereiche

Bei der Abgrenzung von Planungsregionen wird im allgemeinen versucht, nach Möglichkeit funktionale Verflechtungsbereiche – z.B. städtische Zentren mit zugeordneten ländlichen Gebieten – zusammenzufassen. Sofern man nicht das ganze Land als eine Region auffaßt, kämen daher am ehesten die vier Verwaltungsbezirke des Landes hierfür in Frage, obschon es sehr schwierig ist, die ineinander greifenden Verflechtungsbereiche der Bezirkshauptorte des Rheintals untereinander abzugrenzen. Für die Festlegung von Verflechtungsbereichen als Planungsregionen ist in Vorarlberg derzeit aber noch keine echte Notwendigkeit zu erkennen.

Gebietsabgrenzungen für bestimmte Aufgaben

Zur leichteren Besorgung bestimmter Aufgaben werden von Fall zu Fall bestimmte Gebiete abgegrenzt; z.B. Fremdenverkehrsregionen, Schulsprengel, Sozialsprengel, Verbände für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung u.dgl.. Solche Gebietsabgrenzungen richten sich somit jeweils nach den besonderen Erfordernissen.

Regionalplanungsgemeinschaften

Forum für vielseitige übergemeindliche Zusammenarbeit

Seit 1970 haben sich in nahezu allen Teilen des Landes die Gemeinden zu Regionalplanungsgemeinschaften zusammengeschlossen (siehe Karte 1 im Anhang). Es sind dies Vereine im Sinne des Vereinsgesetzes, die insbesondere der Förderung der übergemeindlichen Zusammenarbeit in der Region, der Koordinierung zwischengemeindlicher Interessen in raumplanerisch bedeutsamen Belangen und der Vertretung von regionalen Interessen gegenüber Land und Bund dienen. Im Montafon übt der Stand Montafon die Funktion einer Regionalplanungsgemeinschaft aus. Eine lockere Form der Zusammenarbeit ist die Gesprächsrunde der Kummenberggemeinden.

Die Regionalplanungsgemeinschaften sind nicht Planungsträger für die rechtlich verbindliche Raumplanung. Sie sind auch nicht mit hoheitlichen Befugnissen und eigenem Finanzhaushalt ausgestattet. In Vorarlberg als kleinem Land mit leicht überschaubaren Verhältnissen ist derzeit auch keine Notwendigkeit gegeben, zwischen Land und Gemeinden eine Art von zusätzlichen Gebietskörperschaften einzurichten.

Die Regionalplanungsgemeinschaften haben sich bisher vor allem im Zusammenhang mit der Erarbeitung von gemeinsamen Standpunkten oder in der Interessenabstimmung bei konkreten Fachplanungen sehr bewährt (z.B. Straßenbaukonzept der Regionalplanungsgemeinschaft Bregenzerwald, Konzept für den Ausbau der touristischen Aufstiegshilfen im Montafon).

Zusammenarbeit des Landes mit Regionalplanungsgemeinschaften

Bei der Erstellung von Landesraumplänen sieht das Raumplanungsgesetz die Anhörung der Regionalplanungsgemeinschaften verpflichtend vor. Bei der Behandlung regionaler Planungsfragen wird jedoch weit über die bloße Anhörung hinausgegangen. Von Landesseite wird vielmehr großer Wert auf eine enge partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Regionalplanungsgemeinschaften gelegt, da nur von einem Zusammenwirken in allen Planungsphasen befriedigende Ergebnisse erwartet werden.

Keine starren Gebietsabgrenzungen

Die Gebietsabgrenzungen der Regionalplanungsgemeinschaften decken sich häufig mit jenen der einzelnen Talschaften, nicht aber mit denen von funktionalen Verflechtungsbereichen. Darin muß nicht unbedingt ein Nachteil gesehen werden, besonders

dann nicht, wenn durch die gewählten Abgrenzungen dem Zusammengehörigkeitsgefühl soweit wie möglich entsprochen wird und dadurch eine intensivere regionale Zusammenarbeit der Gemeinden erreicht werden kann. Nach den bisherigen Erfahrungen bewährte sich die Zusammenarbeit gerade in den Talschaften, in denen traditionelle Formen des Zusammenwirkens das regionale Denken günstig beeinflussen. Im übrigen können Gebietsabgrenzungen von Regionalplanungsgemeinschaften aber auch korrigiert werden, wenn sie sich für die eine oder andere Gemeinde als unzweckmäßig erweisen sollten.

3. Bevölkerung

3.1 Bevölkerungsentwicklung

Bisheriges und voraussichtliches Wachstum

Die Bevölkerung Vorarlbergs hat sich in den 50 Jahren seit 1930 verdoppelt. Das kräftigste Wachstum war im Zeitraum 1951–1971 mit einer Zunahme um 40,2% zu beobachten. Die mittlere jährliche Zuwachsrate von 1,7% war dabei nicht nur unter den österreichischen Ländern, sondern auch für mitteleuropäische Verhältnisse außergewöhnlich. Selbst das abgeschwächte Wachstum der siebziger Jahre war mit einer mittleren jährlichen Zuwachsrate von 1,2% noch auffallend hoch.

Außerordentlich starkes Wachstum in den vergangenen Jahrzehnten

Entwicklung der Wohnbevölkerung

Volkszählung	Einwohner	Veränderung in %
1869	102.731	
1900	129.237) + 25,8 (31 J.)
1934	155.402) + 20,2 (34 J.)
1951	193.657) + 16,9
1961	226.323) + 19,9
1971	271.473) + 12,4
1981	305.164)

Für das Jahr 1990 ist eine Wohnbevölkerung von 328.500, für das Jahr 2000 von 360.000 Einwohnern prognostiziert (Bevölkerungsprognose für das Bundesland Vorarlberg, 1975). In einer Prognose des Österreichischen Instituts für Raumplanung von 1981 wurde für den Zeitraum 1981–2001 eine Zunahme der Vorarlberger Bevölkerung um 16% errechnet.

Trotz Verringerung der Zuwachsraten noch relativ starkes Bevölkerungswachstum

Selbst wenn die Zunahmen noch etwas geringer ausfallen sollten, wären sie im Vergleich mit der Bevölkerungsentwicklung im übrigen Bundesgebiet und im benachbarten Ausland noch immer auffällig hoch. Für Gesamtösterreich wird für die nächsten zwei Jahrzehnte statt einer Zunahme bereits eine Verringerung der Einwohnerzahl erwartet.

Anhaltend hoher Geburtenüberschuß

Vorarlberg hat in Österreich seit langem die höchsten Geburtenraten und die niedrigsten Sterbeziffern. Die Geburtenraten waren in den vergangenen Jahren aber auch hier rückläufig. Im Jahre 1961 entfielen auf 1.000 Einwohner noch 25,0, 1981 hingegen 15,2 Geborene. Immerhin ist auch der derzeitige Geburtenüberschuß — 1981 betrug er 2.388 bzw. 7,6 auf 1.000 Einwohner — für österreichische Verhältnisse noch immer auffallend hoch. Zuzug der Eheschließungen stärkerer Jahrgänge wird eine Fortsetzung des rückläufigen Trends in der Entwicklung der Geburtenraten vorerst auch noch aufgehalten.

Ein Viertel der Geborenen von ausländischen Müttern

Bei den anhaltend hohen Geburtenraten ist allerdings zu berücksichtigen, daß in den siebziger Jahren fast jedes vierte Geborene — im Bezirk Dornbirn sogar jedes dritte Geborene — von einer ausländischen Mutter stammte. Die Geburtenrate der Ausländer ist in Vorarlberg annähernd doppelt so hoch wie die der Inländer. Sie betrug z.B. 1981 bei Türken 37, bei Jugoslawen 22 Geborene je 1000 Personen.

Einwanderungsland

Jeder vierte Bewohner des Landes ist nicht in Vorarlberg geboren. Das bisherige Bevölkerungswachstum war somit zu einem beachtlichen Teil — im Zeitraum 1951—1971 zu einem Drittel — durch Zuwanderungen aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland mitbestimmt. Bezogen auf die Wohnbevölkerung hatte Vorarlberg in den vergangenen Jahrzehnten unter allen Bundesländern den höchsten Zuwanderungsüberschuß aufzuweisen.

Jeder sechste unselbständig Beschäftigte ist Ausländer

Im Zeitraum 1973—1983 ist der Gastarbeiteranteil an der Zahl der unselbständig Beschäftigten von 23% (Höchststand mit 24.761 Personen) auf 15% (Juni 1983: 17.151 Personen) zurückgegangen. Der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung hat sich hingegen seit 1973 kaum verändert und betrug 1983 noch 11%. Das größte Kontingent unter den rund 35.600 Ausländern stellten 1983 (30,6%) die Türken mit 14.100 Personen und die Jugoslawen mit 12.100 Personen.

Die Zuwanderung wurde bisher hauptsächlich durch den Bedarf an Hilfsarbeitskräften begünstigt. Der Anteil von Personen mit höherem Ausbildungsniveau ist daher bei den Zuwanderern erheblich niedriger als bei den Abwanderern.

Altersstruktur

Die Volkszählung 1971 zeigte noch eine gesunde Altersstruktur mit einer beachtlichen Basis jüngerer Altersgruppen (38% unter 20 Jahren, 29% 20-bis 40jährige). Der Anteil der Altersgruppen ab 60 Jahren betrug nur 14%.

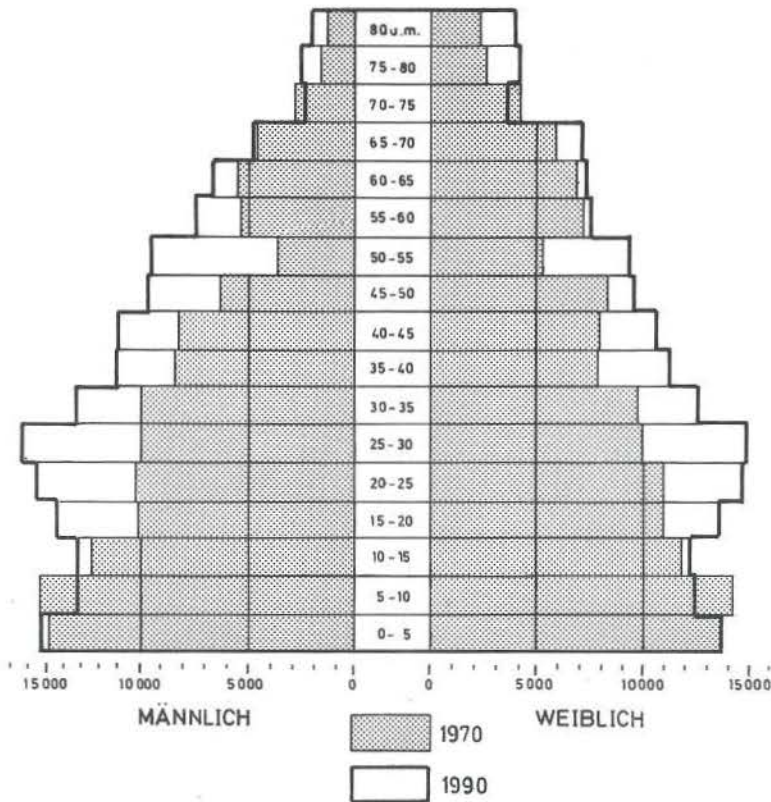
Zwischen 1971 und 1990 werden die Altersgruppen unter 20 Jahren gesamthaft zwar noch leicht zunehmen, ihr Anteil an der Bevölkerung wird voraussichtlich aber auf 32% zurückgehen. Dafür wird der Anteil der Altersgruppen zwischen 20 und 60 von 48% auf 55% ansteigen.

Die Zahl der älteren Menschen (ab 60) wird sich von 1971 bis 1990 um fast 14% erhöhen, womit ihr Anteil an der Einwohnerzahl vorerst aber noch nicht steigen wird. In Vorarlberg wird die Überalterung jedoch nach der Jahrtausendwende voll wirksam werden, wenn die Geburtenraten dem derzeitigen Trend folgend noch weiter absinken.

Vorerst noch relativ gesunder Altersaufbau

Überalterung kommt in Vorarlberg mit Verzögerung

Bevölkerungspyramide Vorarlbergs 1970 und 1990



Berufstätige

1981 waren annähernd 135.000 Vorarlberger berufstätig. Bis 1990 dürfte sich der Bedarf an Beschäftigungsmöglichkeiten voraussichtlich noch um fast 20.000 erhöhen.

Die Gesamtzahl der unselbständig Erwerbstätigen – einschließlich der Gastarbeiter – ist von Jänner 1971 (rd. 92.900) bis Jänner 1981 (rd. 117.000) um 26% angestiegen, während die Gesamtbevölkerung im selben Zeitraum um 10% zugenommen hat. Diese unterschiedliche Entwicklung erklärt sich vor allem aus dem Eintreten geburtenstarker Jahrgänge ins Erwerbsleben und nicht zuletzt auch durch die abnehmende Zahl der selbständig Erwerbstätigen.

Mit dem steigenden Bedarf an Beschäftigungsmöglichkeiten konnte die Entwicklung des Angebots bisher zumindest quantitativ verhältnismäßig gut mithalten. So hat Vorarlberg unter den Bundesländern seit langem die niedrigste Arbeitslosenrate (1981 durchschnittlich 0,7%, Gesamtösterreich 2,4%; 1982 durchschnittlich 1,6%, Gesamtösterreich 3,7%). Industrie, einzelne Branchen des produzierenden Gewerbes und die Fremdenverkehrswirtschaft hatten in den vergangenen Jahren sogar noch ein Überangebot an Arbeitsplätzen aufzuweisen. Allerdings ist das Angebot an offenen Stellen in jüngster Zeit deutlich rückläufig. 1980 war die Zahl der offenen Stellen noch mehr als dreimal so hoch wie die Zahl der Arbeitslosen. 1982 war hingegen die Zahl der Arbeitssuchenden im Durchschnitt bereits mehr als doppelt so hoch wie die Zahl der offenen Stellen.

Starke Jahrgänge treten ins Berufsleben

Bisher niedrigste Arbeitslosenraten

**Diskrepanzen
zwischen Angebot und
Nachfrage auf dem
Arbeitsmarkt**

Abgesehen von der derzeit allgemein rückläufigen Entwicklung des Beschäftigungsangebotes entsprechen auch die angebotenen Arbeitsplätze nur teilweise der Nachfrage der Vorarlberger Schulabgänger. Dies ist vor allem auf die Verbesserungen im Ausbildungswesen und auf die steigenden beruflichen Ansprüche zurückzuführen. Damit wird auch in Vorarlberg wie in anderen Ländern die Zahl der qualifizierten Arbeitskräfte stärker zunehmen, als das Angebot an entsprechenden Erwerbsstellen erweitert werden kann.

3.2 Räumliche Verteilung von Wohnbevölkerung- und Beschäftigungsmöglichkeiten

**Große Unterschiede in
der Bevölkerungsdichte**

Nach der Volkszählung 1981 betrug die Bevölkerungsdichte Vorarlbergs 117 Einwohner pro Quadratkilometer. Die Dichtewerte der einzelnen Landesteile weichen von dieser Durchschnittszahl meist aber sehr stark ab. Sie sind für Vergleiche auch nur bedingt geeignet, da in den Bezugsflächen große unbesiedelbare Flächen mitberücksichtigt sind. Besser vergleichbar sind die auf den (theoretischen) »Siedlungsraum« bezogene Dichtewerte, wie sie in der folgenden Tabelle angeführt sind. Unter dem Begriff »Siedlungsraum« sind Bauflächen und landwirtschaftliche Nutzflächen zusammengefaßt, also jene Flächen, die nach Abzug der unproduktiven Gebiete, Wald- und Alpflächen von der Gesamtfläche übrig bleiben.

Bevölkerungsdichte (Wohnbevölkerung 1981)

Gebiet	Einwohner je Quadratkilometer	
	Gesamtfläche	»Siedlungsraum«
Rheintal-Talgemeinden	468	966
Rheintal-Hanggemeinden	42	126
Walgau-Talgemeinden	143	574
Walgau-Hanggemeinden	61	252
Bregenzerwald	43	133
Großes Walsertal	16	97
Kleinwalsertal	48	143
Lech	14	313
Klostertal	18	194
Montafon	27	294
Vorarlberg	117	462

Verdichtungsgebiet Rheintal-Walgau

**80% der Bevölkerung
Vorarlbergs wohnen
im Rheintal und
Walgau**

Der Siedlungsraum des Verdichtungsgebietes Rheintal-Walgau (ohne Hanggemeinden) hat einen Anteil von nur 11% an der Landesfläche. Er ist aber Wohngebiet für knapp 80% der Landesbevölkerung. Das kräftigste Bevölkerungswachstum war hier im Zeitraum zwischen den Volkszählungen von 1951 und 1981 festzustellen (Rheintal + 73%, Walgau + 51%).

1981 betrug die durchschnittliche Bevölkerungsdichte im Siedlungsraum der Talgemeinden des Rheintals bereits 966 Einwohner/km². Die im Rheintal erreichte Dichte kommt – wenn man von Großstädten absieht – an europäische Spitzenwerte heran.

Im Durchschnitt fast 1000 Einwohner/km² im Siedlungsraum Rheintal

Das anhaltende starke Anwachsen von konkurrierenden Nutzungsinteressen auf den kleinen Raum hängt neben den vielseitig ausgeweiteten Raumbeanspruchungen pro Einwohner vor allem auch mit dem Steigen der Bevölkerungsdichte zusammen. Deswegen muß zwar derzeit auch im Verdichtungsgebiet Rheintal-Walgau noch nicht gesamthaft von räumlicher Überbelastung gesprochen werden. Allerdings mehren sich im einzelnen auch hier bereits deutliche Anzeichen der Überbelastung, auf die im Zusammenhang mit verschiedenen Teilproblemen noch zurückzukommen ist.

Das Verdichtungsgebiet weist eine ziemlich aufgelockerte Bevölkerungsverteilung auf, wobei die vier Bezirkshauptorte Bregenz, Dornbirn, Feldkirch und Bludenz und die Gemeinden Lustenau, Hohenems, Hard, Götzis und Rankweil die wichtigsten Schwerpunkte bilden. Von den Bewohnern des Verdichtungsgebietes Rheintal-Walgau wohnen derzeit 78% in 14 Gemeinden mit über 5000 Einwohnern bzw. 62% in 8 Gemeinden mit über 10.000 Einwohnern. Dabei ist Dornbirn mit rund 38.600 Einwohnern (1981) die bevölkerungsstärkste Gemeinde.

8 Gemeinden mit über 10.000 Einwohnern

Grob gesehen hat sich die Verteilung von Wohnbevölkerung und Arbeitsplätzen bisher überwiegend günstig entwickelt. Dies erklärt sich vor allem aus den in den meisten Talgemeinden annähernd gleichwertigen Standortvoraussetzungen für Wohnzwecke und Betriebsstätten. Außerdem verfügen im Hinblick auf die Versorgung mit Konsumgütern und Dienstleistungen neben den fünf Städten auch mehrere andere Gemeinden, insbesondere die Marktgemeinden, über ein weitgehend bedarfsgerechtes Angebot. Diese Voraussetzungen erlaubten eine größere Streuung und im allgemeinen auch eine hinreichend zufriedenstellende Zuordnung der Bereiche Wohnen und Arbeiten.

Großteils günstige räumliche Verteilung des Angebots an Arbeitsplätzen

Innerhalb des Verdichtungsgebietes hat sich das Pendlerwesen dennoch ziemlich stark entwickelt. Einer der Hauptgründe für die hohe Pendlermobilität liegt für einen Großteil der Bevölkerung in den auffallend ausgeprägten Bindungen, die sich durch Eigenheim, Eigentumswohnung oder familiäre Beziehungen zu einem bestimmten Wohnort ergeben. Ein den individuellen Fähigkeiten und Neigungen entsprechender Arbeitsplatz ist aber oft nicht gleich am selben Ort zu finden. Die Auswahlmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt sind überhaupt von Ort zu Ort sehr verschieden. So ist auch zwischen nahegelegenen Arbeitszentren ein reger Pendleraustausch festzustellen; besonders ausgeprägt z.B. zwischen Feldkirch und Rankweil.

Dennoch hohe Pendlerzahlen im Rheintal und Walgau

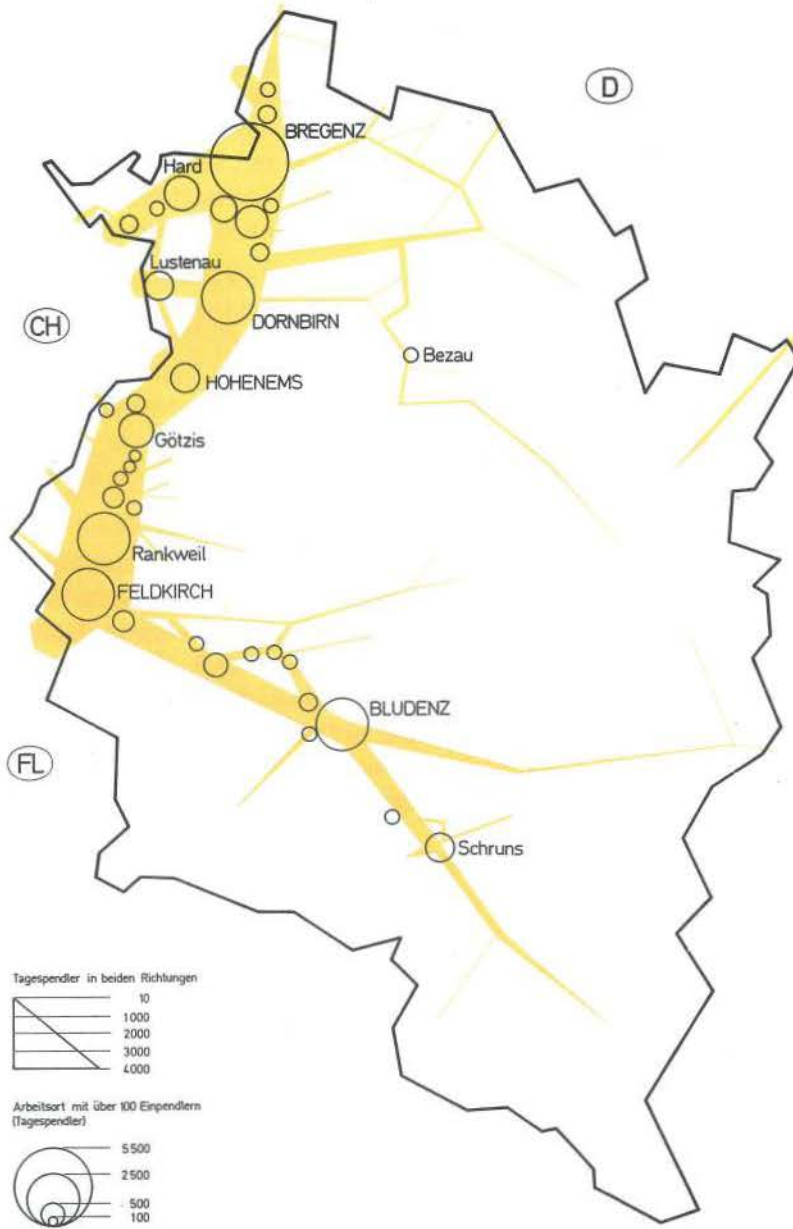
Hinzu kommt die Anziehung grenznaher ausländischer Betriebe für Grenzgänger. Diese bilden in mancher Hinsicht eine nicht zu unterschätzende Ergänzung zum heimischen Arbeitsplätzeangebot.

Stark ausgeprägtes Grenzgängerwesen

Grenzgänger 1981

Beschäftigungsland	abs. Zahl ca.	Anteil %
Schweiz	5.700	58
Liechtenstein	2.400	25
B.R. Deutschland	1.700	17
Insgesamt	9.800	100

Pendlerströme und wichtigste Arbeitsorte



Kurze Distanzen begünstigen das Pendeln

Nicht zuletzt sind es die kurzen Distanzen zu den verschiedenen Arbeitsorten, die das Pendeln erleichtern. Im Vergleich mit großstädtischen Bereichen sind die Fahrzeiten oft aber auch noch über größere Entfernungen – z.B. zwischen den meisten Berggemeinden und den Städten – verhältnismäßig kurz.

Im übrigen hat mit der Motorisierung und dem Ausbau des Straßennetzes auch die Bereitschaft und eine gewisse Unbekümmertheit zugenommen, selbst um unbedeutender Vorteile wegen den Arbeitsplatz außerhalb des Wohnortes oder entfernt vom Arbeitsort einen neuen Wohnort zu wählen. Insofern ist das Pendeln zum Teil nicht so sehr eine Folge von Unterschieden in der räumlichen Verteilung der Arbeitsplätze als von verschiedenerlei persönlichen Beweggründen für die Wahl von Wohn- oder Arbeitsort.

Berggebiet

Der Anteil der außerhalb der Talgemeinden von Rheintal und Walgau wohnenden Bevölkerung des Landes ist von 1951 (49.715 Ew.) bis 1981 (61.787 Ew.) von 26% auf 20% zurückgegangen. In absoluten Zahlen hatte das Berggebiet aber dennoch ein Bevölkerungswachstum um 25%.

Entwicklung der Wohnbevölkerung im Berggebiet

Gebiet	Veränderung 1951–1981 in %
Rheintal-Hanggemeinden	+ 22,6
Walgau-Hanggemeinden	+ 49,6
Bregenzerwald	+ 13,5
Großes Walsertal	+ 5,6
Kleinwalsertal	+ 62,5
Lech	+ 86,5
Klostertal	+ 2,6
Montafon	+ 35,6

Gesamthaft betrachtet kann die erreichte Bevölkerungsverteilung auch im Berggebiet als relativ günstig angesehen werden. Die Bevölkerungsentwicklung verlief hier allerdings oft von Gemeinde zu Gemeinde sehr verschieden. Sie ist im Zusammenhang zu sehen mit den unterschiedlichen räumlichen Voraussetzungen für Land- und Forstwirtschaft und Fremdenverkehr, für die Ansiedlung von Gewerbe- und Industriebetrieben und Kraftwerken und mit den ungleichen Erreichbarkeitsverhältnissen für Berufspendler. Die Unterschiede in den Erwerbsmöglichkeiten spiegeln sich u.a. im Steuererwerb der Gemeinden.

Bei allzu vereinfachter Betrachtungsweise werden wirtschaftliche »Problemgebiete« oft von vorneherein in jenen ländlichen Gebieten erwartet, die am weitesten von den städtischen Zentren entfernt sind. In Vorarlberg ist eher das Gegenteil der Fall. Die von den Städten am weitesten entfernten Berggemeinden in den Talschlüssen haben durch den Fremdenverkehr ihre Erwerbsmöglichkeiten verhältnismäßig stark ausweiten können und damit auch an Bevölkerung zugenommen. Gleichzeitig hatten manche Hanggemeinden im Rheintal und Walgau keine oder nur geringe Bevölkerungszunahmen aufzuweisen, da ihre Möglichkeiten für die Fremdenverkehrsentwicklung und auch für die Ansiedlung von Gewerbe- und Industriebetrieben ziemlich begrenzt sind.

Die Bevölkerungsentwicklung wird im Berggebiet auch künftig sehr ungleich verlaufen. Die Möglichkeiten für den Siedlungsausbau sind in den Gebirgstälern schon von Natur aus ziemlich eng begrenzt. Enger begrenzt als in den Haupttälern sind auch die Möglichkeiten, das Angebot an Erwerbsstellen zu erweitern und vielfältiger zu gestalten.

Je mehr die Lebensgrundlagen und damit der Entwicklungsspielraum durch die natürlichen Verhältnisse eingeengt sind, desto weniger kann man in der Abwanderung »überzähliger« Bewohner eine negative Entwicklung sehen. Eine Überbevölkerung, wie sie in mehreren Vorarlberger Berggemeinden im vergangenen Jahrhundert vorübergehend erreicht war, könnte sich zumindest ebenso nachteilig auswirken wie eine zu geringe Bevölkerungsdichte.

Bevölkerungszunahmen in den meisten Berggemeinden

Vorwiegend günstige Bevölkerungsverteilung, aber unterschiedliche Wirtschaftsentwicklung

Die abgelegenen Gebirgstäler sind nicht zwangsläufig »Problemgebiete«

Begrenzte Lebensgrundlagen begrenzen das Wachstum

Es kann daher nicht die Aufgabe der Raumplanung sein, die Abwanderung aus diesen Gebieten schlechthin zu verhindern. Ihre Bemühungen müssen vielmehr darauf abzielen, eine unter den jeweiligen örtlichen Voraussetzungen bestmögliche Dichte und Verteilung von Bevölkerung und geeigneten Erwerbsmöglichkeiten zu erreichen und zu halten. Insofern wird Abwanderungen überall dort entgegenzuwirken sein, wo von einer größeren Zahl aktiver Gemeindebürger auch tatsächlich allgemeine Verbesserungen der Lebensverhältnisse erwartet werden können.

4. Siedlung

4.1 Siedlungsstruktur

Ausgewogen verteilte Schwerpunkte der Besiedlung

Die räumliche Verteilung der Siedlungen ist weitgehend durch die naturräumlichen Gegebenheiten vorgeprägt.

Im Verdichtungsgebiet Rheintal-Walgau boten die am Talrand aneinander gereihten Schwemmfächer seit jeher die bevorzugten Ansatzpunkte für die Besiedlung. Die fünf Städte sind an den Hauptschnittpunkten des Verkehrs entstanden. Entsprechend den räumlichen Voraussetzungen und als Ergebnis einer jahrhundertelangen Entwicklung ergab sich im Rheintal und im Walgau eine weitgehend ausgewogene Verteilung von über- und untergeordneten Siedlungsschwerpunkten.

Die Siedlungsstruktur im Berggebiet ist durch dörfliche Schwerpunkte in verkehrsgünstiger Lage und vor allem durch die landwirtschaftliche Streubauweise gekennzeichnet. Auch hier hat sich in Anpassung an die räumlichen Voraussetzungen im wesentlichen eine durchaus befriedigende Grobstruktur der Besiedlung herausgebildet.

Die wesentlichen Probleme der Siedlungsentwicklung liegen somit nicht in der Verteilung der Siedlungsschwerpunkte und der landwirtschaftlichen Streubesiedlung, sondern vor allem in der ungeordneten Ausweitung der Siedlungen, der Zersiedlung. Auf die besonderen Probleme der Zersiedlung wird im folgenden noch näher eingegangen.

4.2 Wohnungsbau

Stark entwickelte Wohnbautätigkeit

Das Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum innerhalb der vergangenen drei Jahrzehnte führte zu einem ausgesprochenen Bauboom. Im Zeitraum 1951–1981 hat sich der Bestand an Wohnungen annähernd verdoppelt (1951: 52.986 Wohnungen, 1981: 101.210 Wohnungen). Von 1971 bis 1981 erhöhte sich der Bestand an Wohnungen um 30,5%, wobei diese Zuwachsrate größer ist als in den anderen Bundesländern (im österreichischen Durchschnitt + 13,9%). Sofern sich die wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Wohnungsbau nicht wesentlich ändern, ist weiterhin mit einer starken, gegenüber den vergangenen Jahren aber etwas verminderten Wohnbautätigkeit zu rechnen.

Im Vergleich mit anderen Ländern besteht in Vorarlberg ein auffallend starkes Interesse am Wohnungseigentum, vor allem am Einfamilienhaus. Von je 10 in den siebziger Jahren fertiggestellten Wohnhäusern waren 8 Einfamilienhäuser. Die Hauptgründe dürften in der breiten Streuung des Grundeigentums (Erbrecht) und in der erwähnten Vorliebe für die eigene Wohnung liegen. Hinzu kommt eine ausgeprägte Bereitschaft zu finanziellen Opfern für die Schaffung von Wohnungseigentum, verbunden mit einer eigentumsfreundlichen Förderungspolitik des Landes.

Insgesamt beträgt der Anteil der nicht im Eigenbesitz stehenden Wohnungen an der Gesamtzahl der Wohnungen in Vorarlberg 44% (Stand 1971: Österreich 59%, Schweiz 72%). Aus heutiger Sicht ist allerdings zufolge der in den letzten Jahren stark gestiegenen Grund-, Bau-, Finanzierungs- und Betriebskosten einerseits und der verschlechterten Einkommenssituation andererseits in nächster Zeit mit einer Dämpfung des Wohnungseigentümererwerbs und einer verstärkten Nachfrage nach erschwinglichen, dennoch aber qualitativ entsprechenden Mietwohnungen zu rechnen. Die vermehrte Bereitstellung von Mietwohnungen durch Private, auf die sich das geltende Mietrecht allerdings hemmend auswirkt, könnte neben einem ausreichenden Angebot öffentlich geförderter Mietwohnungen zur Befriedigung dieser speziellen Wohnbedürfnisse beitragen.

Hinsichtlich der Qualität der Wohnungsausstattung liegt Vorarlberg innerhalb Österreichs im Spitzenfeld. Nach der Häuser- und Wohnungszählung beträgt die mittlere Nutzfläche pro Wohnung in Vorarlberg 87 m², im österreichischen Durchschnitt 78 m². Die Mikrozensusserhebung 1980 zeigt, daß auch die Anteile der Wohnungen mit Bad, Zentralheizung und Garage erheblich über dem österreichischen Durchschnitt liegen.

Neben dem Bevölkerungswachstum hängt der hohe Raumbedarf – ebenso der gestiegene Energiebedarf – für Wohnzwecke somit nicht unwesentlich mit überdurchschnittlich erhöhten Komfortansprüchen zusammen. In diesem Zusammenhang fällt übrigens auf, daß Einfamilienhäuser in Vorarlberg im allgemeinen eher größer gebaut werden als etwa in den benachbarten Gebieten der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland.

Zu den Hauptursachen für das starke Anwachsen der Wohnraumanprüche gehören nicht zuletzt familiäre Veränderungen, auf die hier nur in Stichworten hingewiesen sei: wachsender Anteil der Kleinfamilien, vermehrte Ehescheidungen, zunehmende Neigung von Jugendlichen zum frühzeitigen Verlassen der elterlichen Wohnung, steigender Wohnraumbedarf für alleinstehende ältere Personen. Hinzu kommt nicht selten der Wunsch nach einer Zweitwohnung für Wochenende und Ferien.

4.3 Zersiedlung

Die Siedlungsentwicklung verlief bis nach dem Zweiten Weltkrieg im allgemeinen ziemlich geordnet und flächensparend. In den vergangenen drei Jahrzehnten ging die Bautätigkeit hingegen vor allem in den Randbereichen der Siedlungen vielfach ungeordnet und zu flächenaufwendig vor sich. Nach überschlägigen Schätzungen dürften z.B. in der Talsohle des Rheintals die für die Besiedlung in Anspruch genommenen Flächen bis 1980 etwa den dreifachen Umfang von 1950 erreicht haben, obwohl die Bevölkerung in dieser Zeit »nur« um 73% zugenommen hat.

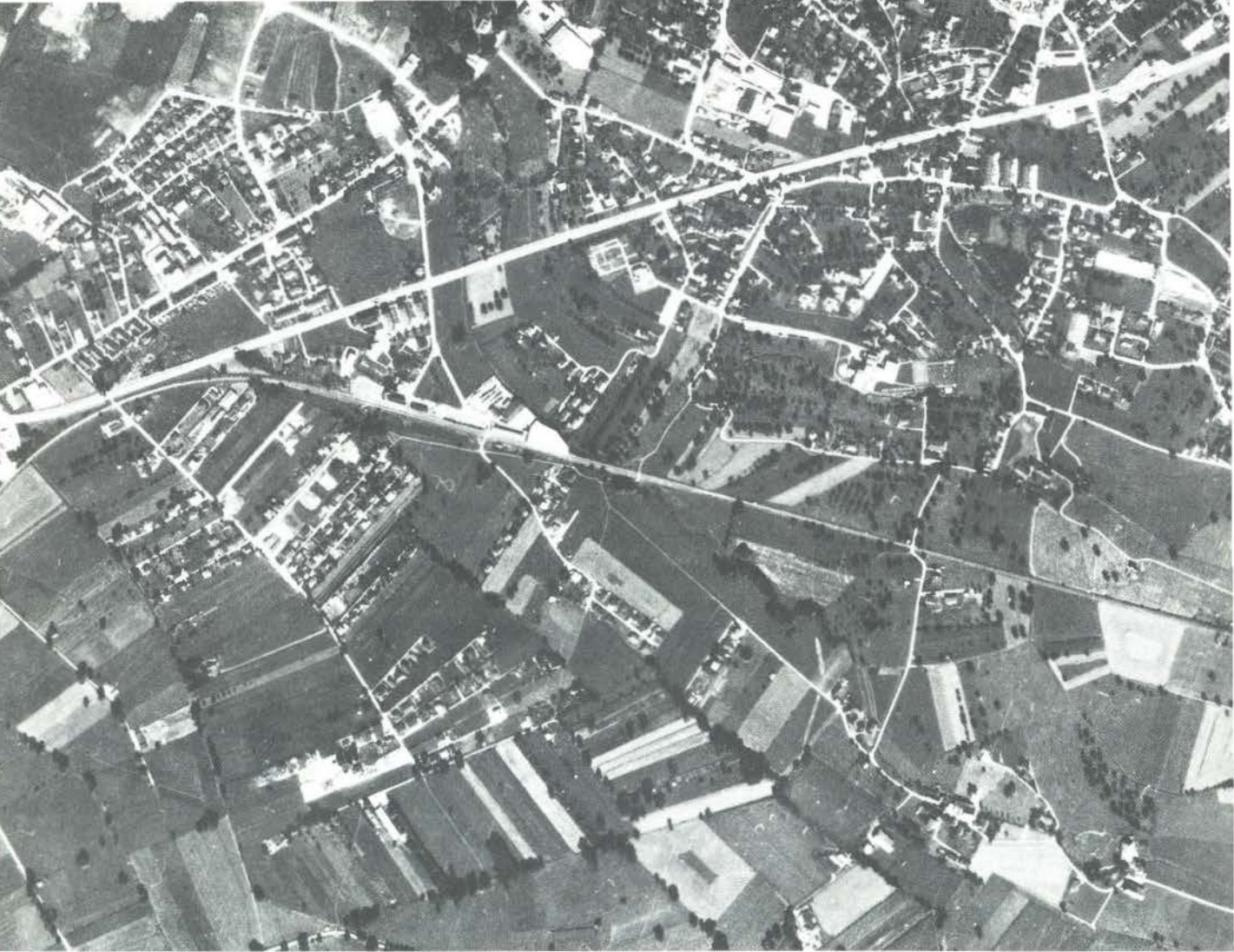
Einfamilienhaus am meisten bevorzugt

Bedarf an mehr und besseren Mietwohnungen

Überdurchschnittliche Qualität der Wohnungsausstattung

Flächenaufwendiges Wohnen

Zersiedlung: das Hauptproblem für die Raumplanung



Die Zersiedlung prägt heute das Bild großer Teile des Landes. Im weiten Umkreis dürfte es kaum ein Gebiet geben, in dem die Siedlungen in ähnlicher Art ungeordnet ausgeföhrt sind wie im Rheintal und Walgau. Die Zersiedlung ist somit das raumplanerische Problem Vorarlbergs schlechthin.

Ursachen der Zersiedlung

Gesteigerter Baulandbedarf und erhöhte Mobilität

Das Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum nach dem Zweiten Weltkrieg gab den Hauptanstoß für das Ausgreifen der Bautätigkeit in bis dahin unbebaute Landwirtschaftsbereiche. Zugleich machten es die rasch ansteigende Motorisierung und der Ausbau des Straßennetzes möglich, Wohnhäuser auch in abgelegeneren Randlagen zu bauen.

Außergewöhnlicher Bauboom

Das Siedlungswachstum ging in dieser Zeit so stürmisch vor sich, daß es den Gemeinden kaum noch gelang, die bauliche Entwicklung einigermaßen unter Kontrolle zu halten. Zudem war besonders in den sechziger Jahren eine Wachstumseuphorie verbreitet, die schon das bloße Größerwerden der Siedlungen als Fortschritt erscheinen ließ.

Große Streuung des Grundbesitzes

Neben diesen auch andernorts wirksamen Ursachen hat in Vorarlberg vor allem die große Streuung des Grundbesitzes zur extremen Zersiedlung beigetragen. Seit altersher werden die landwirtschaftlichen Grundstücke normalerweise nicht – wie etwa bei den geschlossenen Höfen in Tirol – dem Hofübernehmer überlassen, sondern unter die Erben aufgeteilt. Dies führte zu einer sehr kleinteiligen und für jede Art von Nutzung meist nachteiligen Parzellenstruktur und andererseits zu einer breiten Streuung des Grundeigentums.

Hinzu kommt, daß eine Zeitlang allzu großzügige Auffassungen von »Bauland« bestanden. Von einem Grundbesitzer wurde es im allgemeinen als selbstverständlich angesehen, daß sich sein Grundstück, wenn es die natürlichen Verhältnisse nur einigermaßen zuließen, für eine Bebauung eignet. Dafür war nicht zuletzt maßgebend, daß der hohe Bedarf an Wohnungen – besonders die Wohnungsnot der Nachkriegsjahre – die Baubehörden zu einer gewissen Nachsicht bei der Beurteilung der Erschließungsvoraussetzungen veranlaßt hat. Waren Zufahrt und Wasserversorgung in irgendeiner Form gegeben, wurde ein Grundstück zumeist als erschlossen angesehen. Für die Verkehrserschließung begnügte man sich vielfach mit dem vorhandenen agrarischen Straßen- und Wegenetz. Die Frage der Abwasserbeseitigung blieb eher im Hintergrund. Ebenso fehlten in der Regel gesamthafte Bauungs- und Erschließungsvorstellungen für die jeweiligen Baugebiete. Den Fragen des Ortsbild- und Landschaftsschutzes wurde oft gar keine besondere Beachtung geschenkt.

**Allzu großzügige
Auffassungen von
»Bauland«**

Die in Vorarlberg übliche Bindung zum Grundbesitz führte dazu, daß Grundstücke zumeist nur veräußert werden, um andere Vermögensanlagen – z.B. den Bau eines Eigenheimes oder den Kauf eines anderen Grundstückes – zu finanzieren. Die Grundstücke dienen in erster Linie dem eigenen Baulandbedarf oder werden als Baulandreserve für die Kinder aufbewahrt. Überdies wird Grundbesitz als eine der besten Kapitalanlagen angesehen.

**Zurückhaltung bei
Baugrundverkäufen**

Der stagnierende Bodenmarkt und erheblich gestiegene Baulandpreise bewirken, daß gut gelegene und voll erschlossene Grundstücke häufig nicht zur Bebauung gelangen. Auf der Suche nach billigeren Grundstücken neigen viele Bauinteressenten dazu, in Randlagen mit ungünstigeren Voraussetzungen auszuweichen. Der Druck zur Ausweitung der Siedlungsgebiete wird zudem durch weniger bemittelte Bauwillige verstärkt, die ererbte Grundstücke außerhalb des Siedlungsrandes bebauen wollen. Der Siedlungsdruck auf die Randgebiete wird somit eher durch den »Sozialfall« als durch die Bodenspekulation verursacht; letztere konnte in den unbebauten Bereichen durch eine strenge Handhabung des Grundverkehrsgesetzes weitgehend hintangehalten werden.

**Anhaltender Druck zur
Ausweitung der
Siedlungsgebiete**

Folgen der Zersiedlung

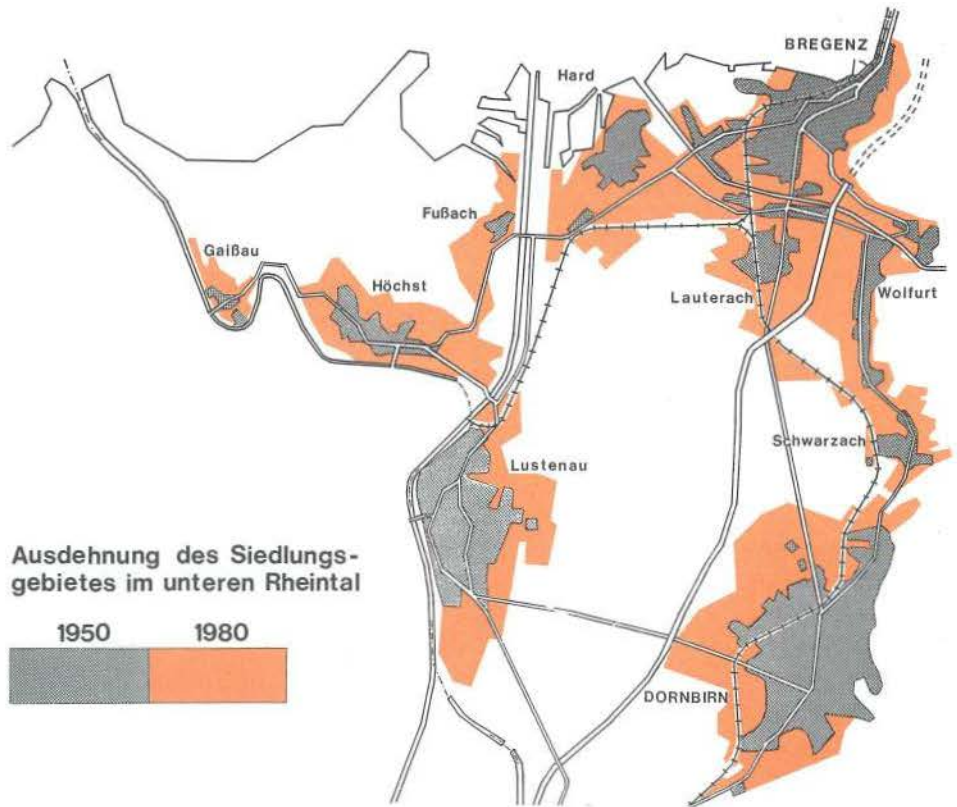
Das ungeordnete Ausufer der Bautätigkeit führte zu einem übermäßigen Schrumpfen der ortsnahen Freiräume. Mit der fortschreitenden Einengung der naturnahen Landschaftsbereiche wuchsen zugleich die Belastungen für den Naturhaushalt (z.B. durch Gefährdung von Grundwasservorkommen, Zerstörung von Biotopen).

**Zunehmende
Belastungen für die
Natur und Abwertung
der Landschaft**

Sichtbarer leidet unter dem Vordringen der ungeordneten Streubebauung das Landschaftsbild. Der Kontrast zwischen Siedlung und freier Landschaft, der einen maßgeblichen Reiz jeder Kulturlandschaft ausmacht, geht verloren. Es entstehen Übergangszonen, die weder Freiraum noch Siedlungsgebiet sind. Um in den Talebenen in noch unverbaute Landschaftsbereiche zu kommen, müssen Erholungsuchende immer größere Entfernungen zurücklegen.

Die gliedernden Freiräume zwischen den einzelnen Orten sind besonders im Rheintal und Walgau durch die Bautätigkeit zum Teil schon aufgebraucht. Wo die Randbereiche der Siedlungen zusammenwachsen, geht der individuelle Charakter der einzelnen Wohnorte zumeist in einem weitläufigen Siedlungsbrei verloren.

**Siedlungsgebiete
wachsen zusammen**



Verdrängung der Landwirtschaft von den guten Böden

Die flächenaufwendige Siedlungstätigkeit der vergangenen Jahrzehnte ging vor allem zu Lasten der Landwirtschaft. Häufig wurden die landwirtschaftlich bestgeeigneten Böden besiedelt. Größere geschlossene Landwirtschaftsgebiete wurden in Restflächen zersplittert, deren Bewirtschaftung in einer den heutigen Anforderungen entsprechenden Betriebsweise immer schwieriger wird. Die Landwirtschaft wird allmählich verdrängt (siehe Pkt. 6.1).

Hoher Aufwand für Erschließungen überfordert die Gemeinden

Die Siedlungsdichte in den zersiedelten Bereichen ist meistens sehr niedrig, der Aufwand für die Erschließung mit Straßen, Wasser, Kanalisation usw. ist hingegen annähernd gleich wie in Bereichen mit höherer Siedlungsdichte. Die Gemeinden sind gezwungen, Erschließungen bereitzustellen, deren Kapazität bei weitem nicht genutzt wird. Gleichzeitig kann aber nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Erschließungskosten durch die Einhebung von Beiträgen hereingebracht werden.

Die Erzielung einer befriedigenden Erschließung ist für viele Gemeinden mit großen Finanzierungsproblemen verbunden. Daher sind in den zersiedelten Randbereichen oft auch erhebliche Erschließungsmängel – besonders bei Straßen und Abwasserbeseitigung – festzustellen.

Einengung der Entscheidungsmöglichkeiten

Ein Hauptnachteil der Zersiedlung liegt darin, daß sie die Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten für die Zukunft zu sehr einengt, ja buchstäblich verbaut. Ein einziges Wohnobjekt am falschen Platz kann oft auch für einen größeren Umkreis eine sinnvolle Bodennutzung verhindern.

In den mit Wohnhäusern angesiedelten Randgebieten ist es nicht immer möglich, die zur Nahversorgung gehörenden öffentlichen und privaten Dienstleistungen (z.B. Kindergärten, Schulen; Lebensmittelgeschäfte, Gaststätten u.dgl.) bereitzustellen. Um solche Einrichtungen in Anspruch nehmen zu können, müssen oft verhältnismäßig große Entfernungen zurückgelegt werden.

Dadurch entwickeln sich neue Verkehrsbedürfnisse und -probleme. Vor allem geht die Abhängigkeit vom eigenen Auto sehr weit. Im Hinblick auf die geringe Bebauungsdichte scheiden diese Gebiete zudem für eine Bedienung mit öffentlichen Verkehrsmitteln großteils aus. Die heute bereits gegebenen Probleme würden sich für die Bewohner dieser Gebiete noch wesentlich verschärfen, falls ein Individualverkehr heutiger Art nicht mehr möglich sein sollte.

Durch alle diese Umstände wird die Attraktivität des »Wohnens im Grünen« empfindlich beeinträchtigt. Erfahrungsgemäß sind Bauwillige aber eher selten bereit, sich über die Nachteile eines ungünstigen Standorts bereits vor dem Bauen Gedanken zu machen.

Eindämmung der Zersiedlung

Unter den gegebenen Voraussetzungen wäre es nicht realistisch, von raumplanerischen Maßnahmen eine Siedlungsentwicklung nach modellhaften Idealvorstellungen zu erwarten. Wenn sich die geschehenen Fehlentwicklungen auch nicht mehr rückgängig machen lassen, so können die negativen Auswirkungen des bisherigen Siedlungstrends oft immerhin noch abgeschwächt werden. Zumindest können neue Fehlentwicklungen vermieden werden.

Angesichts der bereits erreichten Ausdehnung der Siedlungsgebiete ist es die vorrangigste Aufgabe der Raumplanung, die derzeitigen Siedlungsränder auf möglichst lange Sicht zu halten und somit ein weiteres ungeordnetes Ausufern der Bebauung zu verhindern. Ohne die äußeren Siedlungsränder zu überschreiten, könnte in den derzeitigen Siedlungsgebieten von Rheintal und Walgau bei einer einigermaßen geordneten Bebauung – ohne übermäßige Siedlungsverdichtung – immerhin die doppelte Bevölkerung untergebracht werden.

Bei der Eindämmung der Zersiedlung erweist sich der Flächenwidmungsplan als wichtigstes Steuerungsinstrument. Wie die bisherigen Erfahrungen zeigen, wurde bei der Flächenwidmungsplanung im allgemeinen ein weiteres Anreißer größerer Freiflächen vermieden. Eine wesentliche Hilfe bot überdies die im Jahre 1977 erfolgte Festlegung von überörtlichen Freiflächen in der Talsohle von Rheintal und Walgau mittels Landesraumplänen.

Versorgungs- und Verkehrsprobleme werten auch eine schöne Wohnlage ab

Halten der erreichten Siedlungsränder

Flächenwidmungspläne und Grünzonenpläne als Steuerungsinstrumente

Zu den folgenden Bildseiten

Links: Ältere Flugaufnahmen, wie dieses Beispiel von 1950 aus dem Walgau, lassen in den Siedlungsbildern noch deutlich das jahrhundertelange Bemühen um ein möglichst flächensparendes Bauen erkennen.

Rechts: Neuere Aufnahmen – hier dasselbe Gebiet 1979 – veranschaulichen, wie sehr die Besiedlung inzwischen ungeordnet und flächenverschwendend in die freie Landschaft ausgegriffen hat.





4.4 Siedlungsgestaltung

Unbefriedigende Siedlungsbilder

Beim bisherigen außergewöhnlich raschen Siedlungswachstum gelang es vielfach nicht, eine hinreichend befriedigende Siedlungsgestaltung zu erreichen. Oft ergaben sich Probleme schon durch falsche Baustandorte – z.B. weit außerhalb der geschlossenen Siedlungen – oder durch überzogene Größenordnung der Bauten. Maßstäblichkeit und Rhythmus der organisch gewachsenen Stadt- und Dorfbilder sind dadurch oft empfindlich gestört. Bis in die jüngste Zeit war die Siedlungsgestaltung jedoch kaum Gegenstand von öffentlichen Erörterungen; erst die gemachten Fehler der vergangenen Jahre haben zu einer zunehmenden Sensibilisierung diesen Fragen gegenüber geführt.

Ansätze zu besserer Siedlungsgestaltung durch Flächen- widmung

Bei der Ausweisung der Bauflächen im Rahmen der Flächenwidmungsplanung wurde immerhin versucht, orts- und landschaftsbildliche Gesichtspunkte mitzuberücksichtigen und eine entsprechende Konzentration der Bebauung mit möglichst klaren Siedlungsgrenzen zu erreichen. In vielen Fällen war dies aber nur bedingt möglich. Erst allmählich werden die Siedlungsränder durch Auffüllung stärkere Konturen und da und dort eine einigermaßen harmonische Abrundung gewinnen.

Flächenwidmung allein ist aber zuwenig

Der Flächenwidmungsplan sagt noch nicht aus, wie die Bebauung und Aufschließung im einzelnen zu erfolgen hat. Sie enthält keine Richtlinien über das Maß der baulichen Nutzung, über die Höhenentwicklung der Gebäude und über sonstige gestalterische Zielvorstellungen. Um auch auf diese für das Erscheinungsbild der Siedlung sehr wichtigen Faktoren Einfluß zu nehmen, bedarf es im allgemeinen der Bebauungsplanung.

Bessere Siedlungs- gestaltung durch Bebauungs- planung . . .

In einigen Gemeinden wurden bereits gute Erfahrungen mit generellen Bebauungsplänen gemacht, in denen die wichtigsten Bebauungsrichtlinien, wie Baudichte, Geschosshöhe und gestalterische Grundsätze festgelegt sind. Der Gesamtbebauungsplan stellt allerdings nur ein planerisches Rohgerüst dar und eignet sich kaum für die Bewältigung spezifischer städtebaulicher Aufgaben.

In solchen Fällen – etwa in ortsbildlich sehr empfindlichen Bereichen – kann mit einem Teilbebauungsplan mit detaillierteren Vorschriften wesentlich besser auf die jeweiligen besonderen Erfordernisse eingegangen werden.

Je nach der Größe der Gemeinde und den örtlichen Verhältnissen sind verschiedene Vorgangsweisen bei der Bewältigung der siedlungsgestalterischen Probleme denkbar. Entscheidend bleibt aber, daß diese Fragen für die Gemeinden ein echtes und dauerndes Anliegen werden.

. . . und durch Baulandumlegung

Bei der Bewältigung der siedlungsgestalterischen Aufgaben hat sich vor allem die Baulandumlegung als wertvolle Hilfe erwiesen. Sie ist vielfach geradezu die unerläßliche Grundvoraussetzung für eine sinnvolle Erschließung und befriedigende Siedlungsgestaltung. Ein Großteil der Grundstücke, die bisher als Ackerstreifen oder Wiesenparzellen genutzt wurden, ist nämlich zum Bauen äußerst ungünstig geformt. Dies ist am häufigsten bei Bauerwartungsflächen im Bereich des Siedlungsrandes festzustellen.

Baulandumlegung erfordert mehr gestalterische Überlegungen

Nach abgeschlossenen Baulandumlegungen wird oft nur ein Teil der neuen Grundstücke in absehbarer Zeit verbaut. Dies kann vor allem in großflächigen Umlegungsgebieten siedlungsgestalterisch in der ersten Zeit nachteilig wirken. Oft ist das Ergebnis aber auch deshalb zu wenig befriedigend, wenn die neue Einteilung der Grundstücke zu sehr nach rein vermessungs- und erschließungstechnischen Gesichtspunkten erfolgt. Mitunter hat dies eine starre und schematisch wirkende Gebäudeanordnung

zur Folge. Gerade bei Parzellierungen für die Wohnbebauung wird künftig mehr als bisher darauf zu achten sein, daß über ortsgestalterisch interessante Wegeführungen, Bepflanzungsstreifen u.dgl. eine gewisse Strukturierung des Gebietes erfolgt. Ansätze in dieser Richtung sind erfreulicherweise bereits festzustellen, wo für die gestalterischen Überlegungen Architekten beigezogen werden.

4.5 Baugestaltung

Allzu oft ist es die mißglückte Gestaltung von Einzelbauten, von der empfindliche Störwirkungen auf das Ortsbild ausgehen. Die Sicherheit, mit der die Vorfahren Neues zum Alten fügten, mit der sie auch Häuser verschiedenen Stils trotz aller Kontraste zur Harmonie brachten, ist offenbar weitgehend verloren gegangen. Der Verlust an gestalterischem Geschmack und an Gespür für die Erfordernisse der Umgebung zeigt sich wohl am sichtbarsten im Überblick auf die Bautätigkeit der vergangenen Jahre.

Das Bild des heutigen Bauens ist weithin geprägt durch monotone und unproportionierte Baukörper sowie durch spannungslose und unbefriedigend gestaltete Fassaden. Dies gilt nicht zuletzt auch für die sich immer mehr durchsetzenden Typenhäuser, deren gestalterische Qualität oft ebenfalls zu wünschen übrig läßt.

Ortsbildliche Störwirkungen ergeben sich weiters durch das Vielerlei an Materialien und Konstruktionen wie durch die übertriebene Anwendung von Stil- und Dekorationselementen. Im Bemühen um individuelle Originalität und zusätzlichen Ausdruck verstärkt sich derzeit besonders im Eigenheimbau der Trend zu Übertreibungen in rustikalem »Heimatstil«. Dazu gehört der Hang zu kitschig-schwulstigen Formelementen, wie er gegenwärtig besonders bei der »Gestaltung« von Balkonen auffällt. Falsch verstandene Traditionspflege ist auch, wenn Gestaltungsmerkmale aus dem Formenschatz anderer Regionen – z.B. Rundbogen, schräg ausgestellte Wandpfeiler, Sgraffiti – unbedacht übernommen werden. Durch diese Form von Traditionalismus verbreitet sich eine oberflächliche Modeströmung, die mit echter heimischer Bautradition nichts zu tun hat.

Die genannten Mängel zeigen sich gerade in jenen Landesteilen am deutlichsten, wo sich im Laufe der Jahrhunderte besonders charakteristische Bauformen entwickelt haben. In manchen Bereichen wurde die überkommene bauliche Eigenart sogar schon fast vollständig durch die hinzugekommene Allerweltsarchitektur verdrängt. Die zunehmende Häufung derartiger Beeinträchtigungen läßt somit die Baugestaltung immer mehr zu einem Hauptproblem werden.

Mit Bebauungsplänen kann zwar in groben Zügen ein gewisser Einfluß auf die bauliche Gestaltung erreicht werden, dies bedeutet aber noch keineswegs eine Garantie für eine befriedigende architektonische Gestaltung der einzelnen Bauten. Hierzu bedarf es in jedem Fall qualifizierter Planer.

Der zunehmende Verlust an gestalterischer Qualität hängt häufig damit zusammen, daß der Wert einer guten Planung zu sehr unterschätzt wird. Viele Bauherren sind von vorneherein nicht bereit, für die Planung nennenswerte Aufwendungen zu machen. Daher wird der Großteil der Baupläne von Personen verfaßt, die dazu nicht über die erforder-

Auffällige Verluste an gestalterischer Qualität

Schwächen in der Baugestaltung werden immer mehr zum Problem

Verdorbene Eigenart der Ortsbilder

Wert guter Planung wird oft unterschätzt

liche Qualifikation verfügen. Offenbar ist zu wenig bekannt, daß sich mit einem gestalterisch und funktionell gut durchdachten Plan in der Regel auch Kosteneinsparungen erzielen lassen.

Bessere gestalterische Orientierung tut not

Mit dem wachsenden Angebot an Gestaltungsmöglichkeiten wird für den Bauherrn eine gute individuelle Beratung immer notwendiger. Leider fehlt es gerade daran sehr häufig. Durch den Mangel an qualifizierten Fachleuten bei den Bauämtern ist auch die gemeindliche Baubegleitung sehr oft nicht ausreichend. Durch die ungenügende Orientierung wird die Aufklärung über sinnvolle Baugestaltung immer mehr zu einem öffentlichen Anliegen.

Ansätze zu guter Baugestaltung

Erfreulicherweise gibt es immerhin bereits manche ermutigende Ansätze zur Verbesserung der Baugestaltung, u.a. durch eine intensivere Baubegleitung einzelner Gemeinden. In der Vorarlberger Wohnhausentwicklung gibt es auch bereits etliche beachtenswerte Beispiele, wie selbst mit geringem Bauaufwand vorzügliche Lösungen erzielt werden können.

4.6 Erhaltung und Erneuerung von Altbausubstanz

Erhaltenswürdige Altbauten bedürfen der Pflege

Zu einer organischen Siedlungsentwicklung gehört neben der Erneuerung durch die Beseitigung von nicht erhaltenswürdigen Objekten vor allem die Pflege der erhaltenswürdigen Altbausubstanz. Gerade angesichts der oft monotonen Neubausiedlungen zeigt es sich immer mehr, wie wichtig die Erhaltung und Pflege jenes überkommenen architektonischen Grundgerüsts ist, das in ansprechender Weise das Ortsbild und den Ortscharakter prägt.

Substanzverluste durch vernachlässigte oder falsch verstandene Erneuerung

In Vorarlberg gilt dies vor allem für die ländlichen Altbauten. Die Bestände an noch gut erhaltenen charakteristischen Rheintalhäusern, Bregenzerwälder Bauernhäusern, Walserhöfen und Montafoner Häusern wie auch an verschiedenen Formen von Maisäß- und Alphütten, Ställen und Heubergen werden immer weniger. Zum Teil sind solche Altbauten in baufälligem Zustand. Zum Teil sind sie mit unpassenden Baustoffen oder in nicht sachgerechter Weise verändert. Durch die vernachlässigte wie durch die falsch verstandene Erneuerung entstanden in etlichen Siedlungsbereichen bereits empfindliche Substanzverluste.

Pflege der alten Ortskerne verdient mehr Beachtung

Ähnliches gilt für die alten städtischen und dörflichen Siedlungskerne. Es wird daher immer dringender, sich unter Beiziehung geeigneter Fachleute um die notwendigen Erneuerungen zu kümmern. Zur Pflege von erhaltenswürdiger Altbausubstanz gehört allerdings auch eine gekonnte Gestaltung der unmittelbaren Nachbarschaft, um zu vermeiden, daß wertvolle Ortsansichten z.B. durch hinzukommende gestaltlose Neubauten abgewertet werden. Den Bemühungen in dieser Richtung kommt heute immerhin entgegen, daß der Wert der traditionellen Baukultur wieder mehr erkannt wird und gepflegte Altbauten wieder in größerem Maße gefragt sind als in den vergangenen Jahren. Erfreulicherweise mehrten sich in jüngster Zeit die Impulse für Althausanierungen auch durch eine verstärkte Informationstätigkeit von verschiedenen Seiten.

Ungepflegte Hausfassaden

Im Siedlungsbild ist vielfach auch bei den erst in der jüngsten Vergangenheit entstandenen Bauten eine gewisse Ungepflegtheit festzustellen. Daß bei einem neu gebauten

Haus gleich unmittelbar nach der Fertigstellung der Außenputz angebracht wird, ist zum Beispiel in den umliegenden Ländern im allgemeinen eine Selbstverständlichkeit. In Vorarlberg ist hingegen der Anteil der unverputzt gelassenen Häuser auffallend groß. Zusammen mit den ungepflegten Fassaden von Altbauten und dem Flickwerk von Um- und Zubauten entstand in manchen Bereichen ein Bild, bei dem geradezu von ästhetischer Verwahrlosung gesprochen werden kann. Dieser Mangel fällt hier aber weniger im Berggebiet als vielmehr im Rheintal und Walgau auf.

4.7 Bepflanzungen im Siedlungsgebiet

Neben der Bebauung wird das Bild und die Wohnlichkeit eines Ortes sehr wesentlich von den Bepflanzungen der unbebauten Flächen mitbestimmt. Vor allem hochstämmige Bepflanzungen sind geeignet, das Ortsbild aufzulockern und zu bereichern. Durch geschickte Bepflanzungen können bauliche Fehler gemildert und Neubauten besser in die Umgebung integriert werden. Allerdings werden die vielfältigen Möglichkeiten, die sich hier für Bepflanzungen bieten, noch viel zu wenig genutzt.

Andererseits sind viele vorhandene Bepflanzungen eher gut gemeint als gut. Vor allem bei der Bepflanzung von Gärten besteht seit einiger Zeit zunehmend die Neigung, standortfremde Pflanzen zu verwenden. Es werden immer mehr Gebirgspflanzen in Tallagen, Flachlandgehölze in Berggebieten und exotische Bäume und Sträucher der verschiedensten Arten an hierfür ungeeignetsten Standorten gepflanzt. Teilweise sind diese Bepflanzungen so unpassend, daß sich daraus ortsbildliche Störungen ergeben. Andererseits besteht eine gewisse Zurückhaltung bei der Verwendung von ökologisch und ortsbildlich bereichernden Gehölzpflanzen (z.B. Obstbäume und sonstige heimische Gehölze), obgleich diese auch preislich wesentlich günstiger wären. Offensichtlich ist die Orientierung über die für die verschiedenen Standorte geeignetsten Bäume und Sträucher unzureichend.

**Zu wenig genutzte
Möglichkeiten für
Bepflanzungen**

**Auch Bepflanzungen
können störend sein**

5. Freiräume

5.1 Belastungen von Naturhaushalt und Landschaft

Wachsende Umweltbelastungen treten in einem Land mit hoher Bevölkerungsdichte und steigenden Nutzungsansprüchen selbst dann auf, wenn mit den natürlichen Lebensgrundlagen maßvoll umgegangen wird. In den vergangenen Jahrzehnten haben in Vorarlberg die Belastungen der Naturgüter zufolge der explosionsartigen Entwicklung der vielfältigen Raumbeanspruchungen allerdings übermäßig zugenommen. Am auffälligsten zeigt sich dies in der fortschreitenden Einengung und Verdrängung der naturnahen Kulturlandschaft. Dies gilt insbesondere für Rheintal und Walgau und für die stärker entwickelten Fremdenverkehrsgebiete.

**Zunehmende
Gefahren für den
Naturhaushalt**

Wenn man die verschiedenen Formen der Luft- und Gewässerverunreinigungen und andere Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes jeweils nur für sich betrachtet, mögen bestimmte Gefährdungen zwar oft bedenklich, zumeist aber noch nicht alarmierend erscheinen. Die Gefahren für den Naturhaushalt machen sich aber besonders dann bemerkbar, wenn örtlich verschiedenartige Umweltbelastungen zusammentreffen.

Summierung von vielerlei Umweltbelastungen im kleinen

Die wesentlichen Probleme stellen sich in Vorarlberg nicht so sehr durch extreme Umweltverschmutzungen durch bestimmte Industriebetriebe oder andere Großverursacher. Sie ergeben sich größtenteils durch das Zusammenkommen einer Vielzahl wachsender Belastungen im kleinen, die im einzelnen eher wenig auffällig sind. Dies zeigt sich in den dichter besiedelten Landesteilen zum Beispiel bei der Zunahme der verschiedenartigen Luftverunreinigungen durch Hausbrand, Produktionsbetriebe und Autoverkehr. Ebenso fällt bei der Gewässerverschmutzung die Summierung einer Vielzahl von Belastungen im kleinen ins Gewicht. Hinzu kommen Schadstoffe, die mit den Luftströmungen großräumig über die Grenzen hinweg verfrachtet werden. Die Auswirkungen summierter Umweltbelastungen werden an immer zahlreicheren Krankheitssymptomen des Naturhaushaltes auffällig. Bekanntes Beispiel hierfür ist das Absterben von Weißtannen.

Die Hauptsorge der Raumplanung: Der fortdauernde überhöhte Verbrauch an Freiflächen

Vergleiche von Flugaufnahmen aus der Nachkriegszeit und der Gegenwart veranschaulichen am deutlichsten, wie innerhalb von drei Jahrzehnten große zusammenhängende Grünlandflächen durch das ungeordnete Ausufernde der Besiedlung und die Erweiterung des Verkehrswegenetzes verbraucht bzw. in verstreute Reste aufgesplittet wurden.

In dieser überhöhten Inanspruchnahme der Freiflächen und der Gewöhnung an den fortschreitenden Landschaftsverbrauch ist der räumlich problematischste Entwicklungsprozeß Vorarlbergs zu sehen. Dieser Landschaftskonsum ist auch deshalb außerordentlich problematisch, weil dadurch der Entwicklungs- und Gestaltungsspielraum für kommende Generationen zu sehr eingeengt wird.

Immer mehr konkurrierende Nutzungsinteressen in der freien Landschaft

In den von der Besiedlung noch verschonten Bereichen konkurrieren zunehmend nichtbäuerliche Nutzungsinteressen mit der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung und mit den Interessen von Natur- und Landschaftsschutz. Dabei ist zumeist eine Überschätzung der räumlichen Möglichkeiten ebenso festzustellen wie eine Unterschätzung der Auswirkungen.

Freiflächen werden für den Bau von Straßen, Eisenbahnanlagen, Kraftwerksanlagen und Leitungen, für Abwasser- und Abfallbeseitigung benötigt. Baurohstoffe, wie z.B. Kies, können nur in den Freiflächen gewonnen werden. Darüber hinaus hat die freie Landschaft den zunehmenden und vielfältiger werdenden Freizeitbedürfnissen zu dienen. Verschiedene Formen der Erholung im Freien, wie z.B. Wandern und Radfahren, vertragen sich noch gut mit den öffentlichen Interessen an der Schonung der Landschaft. Etliche Freizeitbetätigungen bringen hingegen zunehmend Probleme mit sich (z.B. Camping, Sport- und Modellflugbetrieb, Moto-Cross, bauliche Objekte für Schieß-, Reit- und Hundesport oder durch die hobbymäßige »Kultivierung« von Grundstücken in den offenen Ebenen mit Riedhütten und Einfriedungen).

Im Berggebiet stellen sich besondere Probleme bei Erweiterungen des Angebots an Seilbahnen, Liften und Schipisten, zumal Vorarlberg im internationalen Vergleich hochentwickelter Fremdenverkehrsgebiete bereits die höchste Dichte an touristischen Aufstiegshilfen erreicht hat (siehe Pkt. 6.4).

Innerhalb der noch erhaltenen Freiräume wird die naturnahe Kulturlandschaft durch rationalisierte Formen der Bodennutzung erheblich verändert. Dies geschieht bereits im Wald (siehe Pkt. 6.2) und auch im Landwirtschaftsgebiet, wo mit zunehmender Intensivierung der Nutzung die Natürlichkeit der Landschaft gemindert wird. Je mehr die hochwertigen landwirtschaftlichen Nutzflächen durch Besiedlung, Verkehr und andere Nutzungen verkleinert werden, desto mehr sehen sich die Landwirte gedrängt, die Ertragsfähigkeit der noch erhaltenen Grünlandflächen zu erhöhen. Als Folge dieses Drucks kommt es zum Beispiel dazu, daß artenreiche Wiesen durch Überdüngung zu artenarmen Futterflächen werden und auch Feuchtbiotope verschwinden.

Fortschreitende Verarmung der naturnahen Landschaft

Auf diese Weise geht mit einer gewissen Zwangsläufigkeit die Artenvielfalt von Pflanzen und Tieren verloren. Zugleich werden reizvolle und ökologisch bedeutsame Kleinerelemente der Landschaft, wie z.B. Naturhecken, freistehende Bäume und Baumgruppen oder natürliche Wasserläufe als Hindernisse für die maschinelle Bewirtschaftung beseitigt.

Neben solchen Veränderungen sind es vor allem die Flächenbeanspruchungen für Straßenverkehr, touristische Erschließungen und andere technische Infrastruktureinrichtungen, durch welche die naturnahe Kulturlandschaft fast unaufhaltsam von naturverdrängender Zivilisationslandschaft abgelöst wird.

Technische gestaltete und überstrapazierte Landschaft

Solche Eingriffe werden vielfach als unumgänglich angesehen. Sie können in Beschränkung auf den echten Bedarf und bei entsprechendem Bemühen um die Schonung der Landschaft auch mit den Interessen zur Erhaltung befriedigender Umweltbedingungen vereinbar sein. Manche zerschundene Landschaftsteile lassen allerdings erkennen, welche Folgen Eingriffe in die Landschaft haben können, bei denen neben den Fragen nach der technischen Machbarkeit und Finanzierbarkeit die Berücksichtigung anderer wichtiger öffentlicher Interessen offensichtlich zu kurz kommt.

Schäden dieser Art sind besonders als Verluste an ökologisch nutzbringenden Landschaftsteilen und an landschaftlichem Erlebniswert echte und oft sehr hohe »Kosten« für die Allgemeinheit. Die Landschaft verliert auf die Dauer Werte, die mit Geld nicht mehr zu haben sind.

Schäden an der Landschaft werden als Kostenfaktor unterschätzt

Diese Verluste werden allzu häufig unterschätzt, weil die Auswirkungen aus mangelnder Vertrautheit mit der Natur oft kaum vorausgesehen werden und die Schäden nicht gesamthaft in Geldbeträgen quantifizierbar sind. Was ökologische Stabilität und landschaftliche Schönheit bedeutet, wird vielfach erst bewußt, wenn sie bereits empfindlich angeschlagen ist. Auch wenn Landschaftsschäden durch das sterile Grün gut gemeinter »Sanierungen« mehr oder weniger kaschiert sind, machen sie sich dennoch auf verschiedenartige Weise auf Dauer bemerkbar.

Zu den folgenden Bildseiten

Links: Naturnahe Kulturlandschaft in der Rheintalebene (Flugaufnahme 1950).

Rechts: Dieselbe Landschaft unter dem Nutzungsdruck zunehmender Raumansprüche für Besiedlung, Verkehr und Versorgung (Flugaufnahme 1979).





Erhöhte Schutzbedürftigkeit für noch intakte Landschaften

Mit der Überforderung und fortdauernden Einengung und Verdrängung natürlicher und naturnaher Freiräume ist der Wert der noch erhaltenen intakten Restbereiche erheblich gestiegen. Damit erhöhte sich auch ihre Schutzbedürftigkeit. Die Erhaltung in ihrer Eigenart ist allerdings vielfach noch nicht gesichert. Auch Biotope mit auffälligem Reichtum an Pflanzen- und Tierarten sind zum Teil in ihrer Existenz bedroht.

Diese anhaltende Gefährdung hängt vor allem mit der mangelnden Kenntnis der Bedeutung dieser Restbereiche zusammen. Zumeist geschieht die Landschaftszerstörung durch Einzelfälle von fehlender Einsicht und Rücksichtslosigkeit auch in so kleinen Schritten, daß ihre Folgen oft erst zu spät bemerkt werden.

5.2 Schutz und Pflege der Landschaft

Schutzverordnungen gezielt nach Schutzbedürftigkeit

Im Hinblick auf die naturgegebenen Vorzüge kann das Landesgebiet größtenteils als schutzwürdig angesehen werden. Diese Feststellung kann freilich nicht als Aufforderung aufgefaßt werden, die Natur- und Landschaftsschutzgebiete entsprechend der sehr großflächig gegebenen Schutzwürdigkeit auszudehnen.

Es hat sich bisher zumeist als durchaus zweckmäßig erwiesen, von der Ausweisung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten vorwiegend dann gezielt Gebrauch zu machen, wenn in bestimmten schutzwürdigen Bereichen eine erhebliche Gefährdung zu erkennen oder vorauszusehen ist. Somit wird vor allem nach Prioritäten hinsichtlich der Schutzbedürftigkeit vorgegangen.

Bei manchen Gebieten, die wegen ihres besonders hochwertigen und seltenen Naturinventars geschützt werden, besteht mitunter die Gefahr, daß sie unnötig zu Anziehungspunkten für zu viele Besucher werden. Es liegt daher im besonderen Interesse von Natur- und Landschaftsschutz und trägt zu dessen Wirksamkeit bei, wenn Schutzverordnungen auf die Fälle echter Notwendigkeit beschränkt bleiben. Sie müßten in diesen Fällen aber rechtzeitig und gezielt wirksam werden.

Sicherung von Freiräumen durch Raumplanung

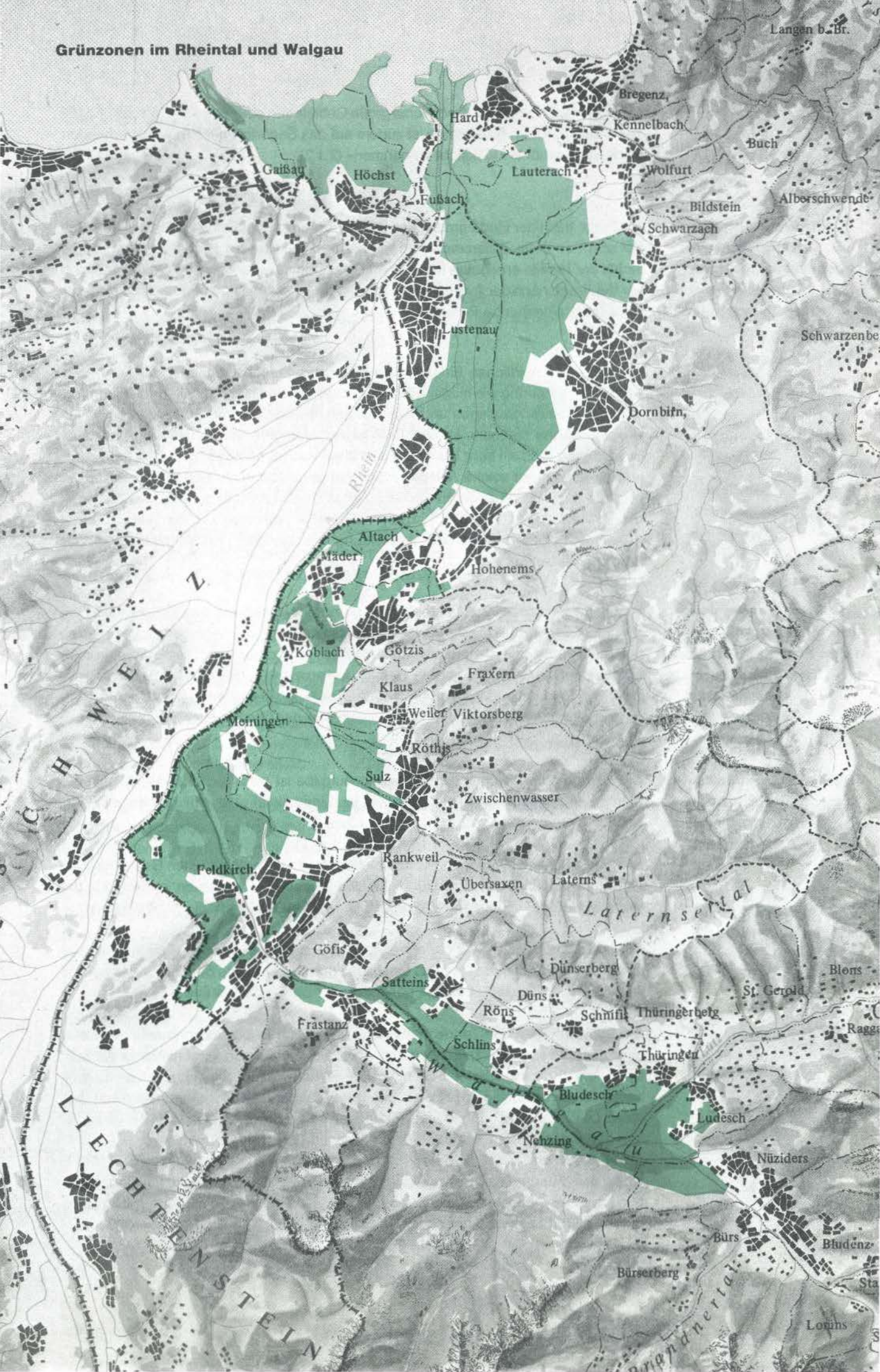
Von der Erlassung von Schutzverordnungen kann zumeist abgesehen werden, wenn Freiräume durch andere Maßnahmen vor störenden Eingriffen verschont bleiben. In dieser Hinsicht wirkt die Raumplanung im Rahmen ihrer Möglichkeiten vorbeugend mit, daß schutzwürdige Gebiete nicht so schutzbedürftig werden, daß die Erlassung von Schutzverordnungen notwendig wird.

Dem ungeordneten Ausufernden der Besiedlung in die freie Landschaft vermag insbesondere die örtliche Raumplanung über die Flächenwidmung entgegenzuwirken.

Ebenso hat die überörtliche Raumplanung mitzuwirken, daß unnötige Beeinträchtigungen von Naturhaushalt und Landschaftsbild vermieden und die Auswirkungen unerläßlicher Eingriffe hinreichend gemildert werden. Diesem Zweck dient u.a. die langfristige Sicherung der noch erhaltenden Grünzonen, wie dies 1977 durch die Verordnungen über die Festlegung von überörtlichen Freiflächen in der Talsohle von Rheintal und Walgau geschehen ist.

Auch dem von der Landesregierung 1978 beschlossenen Vorarlberger Fremdenverkehrskonzept sind Ziele zur Sicherung des Erholungsraumes vorangestellt. Besondere Beachtung verdient hierbei die Zielsetzung: »Zur Vermeidung einer Überbeanspru-

Grünzonen im Rheintal und Walgau



chung der Landschaft sind möglichst große Gebiete von einer Intensiverschließung frei zu halten. In diesen Freiräumen ist zudem auf das Bedürfnis der Erholungsuchenden nach Ruhe erhöhte Rücksicht zu nehmen« (2.1.2).

**Eindämmung des
Landschaftsver-
brauchs verdient auch
bei Fachplanungen
mehr Beachtung**

Die Frage nach der Eindämmung des vermeidbaren Landschaftsverbrauchs stellt sich vor allem auch im Zusammenhang mit den raumwirksamen Fachplanungen. Angesichts der bereits erreichten räumlichen Belastungen verlangt bei solchen Planungen vor der Frage nach der Ausführbarkeit zuerst die Frage nach dem tatsächlich notwendigen eine eingehende Prüfung.

Bei den unvermeidlichen Eingriffen stellt sich die Aufgabe, Schäden für Natur und Landschaft so gering wie möglich zu halten. Dies gilt besonders für die Herstellung von Straßen, Kraftwerksanlagen und Freileitungen, Seilbahnen und Schipisten sowie für wasserbauliche Maßnahmen und Lawinenverbauungen. Die Vermeidung unnötiger Belastungen setzt ein sehr intensives Bemühen voraus, ökologisch heiklen Bereichen auszuweichen und solche Anlagen möglichst geschickt in die Landschaft einzupassen. Sie erfordert oft zugleich die rechtzeitige Begleitplanung für landschaftspflegerische Maßnahmen. Hinzu kommt die notwendige Vorsorge zur Vermeidung unerwünschter Folgewirkungen (z.B. Vermeidung von unnötigem Kraftfahrzeugverkehr in Erholungsgebieten).

**Bereinigung von
Interessenkonflikten
in den Freiräumen als
Koordinierungs-
aufgabe der
Raumplanung**

Das bereits erwähnte Zusammenkommen und Zunehmen von konkurrierenden Nutzungsinteressen stellt die Raumplanung vor die Aufgabe, sich vermehrt den Problemen solcher Interessenabstimmungen anzunehmen. Wo sich eine solche Koordinierungsaufgabe auf die Gebiete mehrerer Gemeinden erstreckt — dies dürfte z.B. in der Grünzone von Rheintal und Walgau häufig zutreffen — ist sie vom Land in engster Zusammenarbeit mit den Gemeinden als eine Aufgabe der überörtlichen Raumplanung zu besorgen.

**Aktive Landschafts-
pflege wird immer
notwendiger**

Die Lösung einer solchen Koordinierungsaufgabe ist noch nicht Landschaftspflegeplanung im eigentlichen Sinne. Sie wird im allgemeinen aber eine solche zur Folge haben.

Landschaftspflegeplanungen wurden bisher bereits in verschiedenen Gemeinden als Flurgehölzplanungen durchgeführt. Solche Planungen verdienen angesichts der wachsenden Belastungen für Natur und Landschaft auch erhöhte Anstrengungen.

Auf örtlicher Ebene stellt sich immer häufiger und dringender die Aufgabe, bereits geschehene Verunstaltungen des Ortsbildes durch geschickte Bepflanzungen so weit wie möglich zu mildern. Dies gilt besonders für die Siedlungsränder.

Als Schwerpunkte von Landschaftsgestaltung durch Bepflanzungen sind vor allem aber auch Straßen, Parkplätze und öffentliche Einrichtungen verschiedener Art (z.B. Sport- und Erholungseinrichtungen, Abwasser- und Abfallbeseitigungsanlagen) anzusehen. In den Hochlagen hat sich die aktive Landschaftspflege hauptsächlich den durch Lawinen, Rutschungen und Wildbächen gefährdeten Bereichen und in verstärktem Maße den für den Schisport erschlossenen Gebieten anzunehmen.

Diese Bemühungen sollten sich freilich nicht allein auf »Landschaftskosmetik« zur Milderung von ästhetischen Mängeln, sondern vor allem auch auf die Erfordernisse eines aktiven Naturhaushaltes beziehen.

6. Wirtschaft

6.1 Landwirtschaft

Veränderungen der Agrarstruktur

1951 lebten noch 18% der Wohnbevölkerung von der Landwirtschaft, 1971 waren es nur mehr 6% (im österreichischen Durchschnitt 11%). 1981 dürfte die Agrarquote zwischen 4 und 5% liegen.

Am geringsten ist der Anteil der bäuerlichen Bevölkerung mit 0,5 bis 5% in den meisten Gemeinden des Verdichtungsgebietes Rheintal-Walgau und in einzelnen Fremdenverkehrsorten, am höchsten hingegen mit 20 bis 50% im Vorderen Bregenzerwald, im Großen Walsertal und in einzelnen Hanggemeinden von Rheintal und Walgau.

Seit 1945 ist die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe um annähernd die Hälfte auf 4.542 Betriebe (1979) zurückgegangen. Im Laufe der siebziger Jahre hat ihre Zahl jährlich um durchschnittlich etwa 100 abgenommen. Der Rückgang dürfte sich in Vorarlberg in den nächsten Jahren verlangsamt fortsetzen. Gesamtösterreichisch ist bereits eine Verringerung der Betriebsauffassungen festzustellen.

Von der Auflösung sind vorwiegend kleinbäuerliche Anwesen betroffen. Die Betriebsauffassungen wirken sich teilweise günstig aus, indem sie gewisse Strukturmängel korrigieren, zu denen es in früheren Zeiten durch fortschreitende Verkleinerung der Betriebe im Wege von Erbteilungen gekommen ist. Die mit dem Auslaufen von Kleinbetrieben freiwerdenden Grundflächen werden vielfach von den verbleibenden Betrieben übernommen, deren Existenzgrundlage dadurch verbessert wird. So hat sich der Anteil der Betriebe mit über 20 Großvieheinheiten z.B. allein in den fünf Jahren von 1974 bis 1979 von 12% auf 17% vergrößert.

Problematisch wird die Auflösung der kleinbäuerlichen Betriebe allerdings dort, wo damit die Flächenbewirtschaftung überhaupt aufgegeben oder vernachlässigt wird. Dies ist vorwiegend in den Fremdenverkehrsgebieten des Landes immer häufiger festzustellen.

Dank der allmählichen Verbesserung der Betriebsstruktur blieb der Viehbestand Vorarlbergs in den vergangenen drei Jahrzehnten trotz Auflösung der Hälfte der Betriebe größenordnungsmäßig etwa gleich und vergrößerte sich sogar in den siebziger Jahren.

Entwicklung der Rinderhaltung

Jahr	Rinderhalter	Rinderbestand	Durchschnittliche Rinderzahl je Halter
1880	13.523	61.115	4,5
1961	7.617	66.844	8,8
1971	5.510	60.525	11,0
1981	4.379	62.966	14,4

**Weniger als 5%
bäuerliche
Bevölkerung**

**Starker Rückgang
kleinbäuerlicher
Betriebe**

**... kann zu Struktur-
verbesserungen
führen,**

**... kann aber auch
zum Problem werden**

**Kein Rückgang des
Gesamtviehbestandes**

Große regionale Unterschiede in der Agrarstruktur

Vollerwerbsbetriebe sind vor allem in den Ebenen von Rheintal und Walgau, im Leiblachtal und im Vorderen Bregenzerwald zu finden. Im Berggebiet nimmt im allgemeinen mit zunehmenden natürlichen Bewirtschaftungerschwernissen der Anteil der Vollerwerbsbetriebe ab. So dominieren in den Gebirgstälern – am meisten im Montafon – die Zu- und Nebenerwerbsbetriebe. Auf die Zu- und Nebenerwerbslandwirtschaft kann gerade dort nicht verzichtet werden, wo die Voraussetzungen für Vollerwerbsbetriebe nicht ausreichend sind. Dies gilt besonders für höher gelegene Berggemeinden, in denen zumeist eine sinnvolle gegenseitige Ergänzung von Landwirtschaft und Fremdenverkehr möglich ist.

Fortschreitende Verkleinerung der landwirtschaftlichen Nutzflächen

Die Entwicklung der Landwirtschaft wird außer dem häufig unbefriedigenden Kosten-Nutzen-Verhältnis der Betriebe hauptsächlich durch das anhaltende Schrumpfen der landwirtschaftlichen Nutzflächen empfindlich beeinträchtigt. Meistens sind es gerade die hochwertigen Böden, die durch Besiedlung, Straßenbau und für andere Zwecke unwiederbringlich der Landwirtschaft entzogen werden. Dadurch werden auch die ohnehin unzureichenden Voraussetzungen für eine Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln in Krisenzeiten noch weiter geschmälert.

Durch die gesetzlich nahezu uneingeschränkt möglichen Erbteilungen werden die Grundlagen für leistungsfähige Vollerwerbsbetriebe weiterhin eingeengt. Nach den Ergebnissen der 1979 durchgeführten Agrarstrukturerhebung sind in Vorarlberg noch bei rund 1.200 landwirtschaftlichen Betrieben solche Teilungen zu erwarten. Im Rheintal dürften in naher Zukunft voraussichtlich sogar zwei Drittel der bäuerlichen Anwesen von Erbteilungen betroffen werden.

Bodennutzungsprobleme im Rheintal und Walgau

Druck durch nichtbäuerliche Raumansprüche

Die Konflikte zwischen Landwirtschaft und anderen Nutzungsansprüchen zeigen sich am auffälligsten in den Ebenen von Rheintal und Walgau. Hier ist die Landwirtschaft durch eine flächenverschwendende Siedlungsentwicklung, durch Straßenbauten und andere nichtbäuerliche Raumansprüche dem empfindlichsten Druck ausgesetzt.

Dies bewirkte die Herauslösung der Landwirtschaft aus dem Siedlungsgebiet mit dem Aufbau leistungsfähigerer Siedlungshöfe. Zugleich verstärkte sich aber auch außerhalb der geschlossenen Ortschaften der Druck auf die Landwirtschaft durch konkurrierende Nutzungsinteressen.

Die landwirtschaftlichen Nutzflächen in der Talsohle von Rheintal und Walgau, die vor nichtbäuerlichen Beanspruchungen längerfristig gesichert sein dürften, umfassen derzeit insgesamt nur mehr etwa 106 Quadratkilometer.

Bewirtschaftungs- probleme auf den besten Böden

Besonders durch die fortschreitende Zersiedlung wurden ortsnahe Landwirtschaftsgebiete in kleine Restflächen aufgesplittert. Dadurch entstanden und entstehen noch weiterhin auf den besten Böden landwirtschaftliche »Problemgebiete«, die für eine rationelle Bewirtschaftung immer uninteressanter werden. Dabei bewirken auch gegenseitige Belästigungen von Landwirtschaft, Besiedlung und Verkehr – z.B. bei Viehtrieb, durch Geruchsbelästigungen u.dgl. – einen noch anhaltenden Rückzug der Landwirtschaft. Dieser problematischen Entwicklung wird zwar auch durch raumplanerische Maßnahmen – besonders durch die Flächenwidmungs- und Grünzonenplanung – intensiv entgegengewirkt, die Gefahren einer zu starken Einengung und Aufsplitterung der Landwirtschaftsflächen sind aber dennoch nicht ausreichend gebannt.

Raumbezogene Probleme der Berglandwirtschaft

Auf teilweise ähnliche Weise wird die Landwirtschaft im Berggebiet – hier vorwiegend in den Fremdenverkehrsorten – zurückgedrängt. Damit entwickeln sich hier aber Probleme von zum Teil anderer Art, in gewisser Hinsicht auch von größerer Tragweite als im Verdichtungsgebiet.

Eine günstige Gesamtentwicklung setzt im Berggebiet nämlich unabdingbar eine ausreichende land- und forstwirtschaftliche Bodennutzung voraus. Die bergbäuerliche Bewirtschaftung ist hier Grundvoraussetzung zur Sicherung der nötigen Siedlungsdichte und einer standortgemäßen Wirtschaftsstruktur. Die richtige Bewirtschaftung der Hanglagen ist zudem die beste Maßnahme zur Abwehr von Naturgefahren und zur Erhaltung einer gepflegten naturnahen Kulturlandschaft. Damit wird hier ein »Nebenprodukt« der bergbäuerlichen Nutzung auch zu einer Hauptvoraussetzung der Lebensqualität im ländlichen Raum und zur Grundlage der Vorarlberger Fremdenverkehrswirtschaft.

Die Auswirkungen der bäuerlichen Bewirtschaftung oder Nichtbewirtschaftung sind im Berggebiet für die Allgemeinheit so vielschichtig und weitreichend, daß die Probleme des Berggebiets überhaupt vorrangig in den Problemen der Berglandwirtschaft zu suchen und zu lösen sind.

Im Zusammenhang mit der rückläufigen Bewirtschaftung der Hochlagen müssen für die Raumplanung die räumlichen Auswirkungen und somit die landschaftliche Verwahrlosung und die daraus folgenden Probleme im Vordergrund stehen. Deswegen muß zwar noch nicht angestrebt werden, daß jeder einmal abgemähte Grenzertragsboden auch weiterhin in der gleichen Weise genutzt wird.

Die Schwierigkeiten der Berglandwirtschaft haben ihre Ursachen nur zum Teil in den natürlichen Bewirtschaftungsschwernissen und in konkurrierenden nichtbäuerlichen Flächenbeanspruchungen. Eine Hauptursache liegt in einem weithin feststellbaren Mißverhältnis zwischen Arbeitsaufwand und Einkommen.

In Vorarlberg wurden bisher bereits beachtenswerte Anstrengungen zur Förderung der Berglandwirtschaft unternommen; z.B. Erschließungs- und Strukturverbesserungsmaßnahmen, Flächenbewirtschaftungs- und Alpengsprämien. Die Sicherung der Berglandwirtschaft bedarf aber – und zwar über die Förderungen des Landes hinausgehend – noch weiterer Maßnahmen, die vor allem auf die Verbesserung der Einkommenslage abzielen. Die Raumplanung hat größtes Interesse an der Lösung der bergbäuerlichen Probleme; denn wo die Berglandwirtschaft aufhört, fangen für die Raumplanung oft noch größere Probleme an.

6.2 Forstwirtschaft

Der Waldbestand Vorarlbergs – rund 30% der Landesfläche – hat nach jahrhundertelanger Verkleinerung in den vergangenen Jahrzehnten wieder zugenommen. In den sechziger und siebziger Jahren war der Holzeinschlag geringer als der Zuwachs. Was an Waldfläche durch Rodungen verloren ging, wurde – wenn man von den Auwäldern

**Bergbäuerliche
Bewirtschaftung ist
Grundvoraussetzung
für eine günstige
Gesamtentwicklung**

**Probleme des Bergge-
bietes sind vorrangig
Probleme der
Berglandwirtschaft**

**Mehr Waldflächen,
aber abnehmende
Waldqualität**

der Talsohle absieht – durch Neuaufforstungen und Naturanflug auf landwirtschaftlichen Grenzertragsböden mehr als wettgemacht. Im langjährigen Durchschnitt hat die Waldfläche zunehmende Tendenz.

Schutzwirkung überalterter Bergwälder läßt nach

Gleichzeitig hat sich aber auch der Anteil der überalterten Bestände vergrößert. Das gilt besonders für Bergwälder, aus denen das Holz nicht mit Motorfahrzeugen abtransportiert werden kann oder wo Schutz- und Bannwälder aus falsch verstandener Vorsicht zu wenig genutzt wurden. Oft erklärt sich die zu geringe Waldbewirtschaftung auch mit einem ausgeprägten Hang zur Vorratshaltung. Der mit der Mindernutzung verbundene Pflegerückstand im Gebirgswald führte und führt zwangsläufig zur Vergreisung. Damit wird die Schutzwirkung gegen Lawinen und andere Naturgefahren geschwächt.

Erfahrungsgemäß hängen Verbesserungen in der Waldpflege in erheblichem Maße von der Erschließung mit Forstwegen ab. Somit liegt der Ausbau des Forstwegenetzes im Wirtschaftswald und besonders in den bewirtschaftungsbedürftigen Schutzwäldern im Interesse der Walderhaltung. Insofern dient er auch der Verhütung von Landschaftsschäden. Allerdings ist auch beim Forstwegebau darauf zu achten, daß nicht unnötige Landschaftsschäden durch die Erschließung selbst entstehen.

Waldverjüngung wichtiger als Neuaufforstungen

Die zunehmende Überalterung der Gebirgswälder fordert schon als unerläßliche Vorbeugung gegen Naturgefahren vermehrte Anstrengungen zur Förderung der Naturverjüngung und eine auf einen standortgemäßen Mischwald ausgerichtete Bewirtschaftung. Insofern brauchen Walderhaltung und Schutzwaldsanierung Vorrang vor der Waldflächenvergrößerung durch Neuaufforstungen.

Die Wiederbewaldung von landwirtschaftlich ungenutzten Grenzertragsböden ist vor allem in steilem Gelände zweckmäßig, wenn damit Hänge befestigt, der Wasserhaushalt reguliert und Lawinenabgänge verhindert werden können. In Erholungsgebieten mit wohltuendem Wechsel von Wald- und Freiflächen ist das Entstehen von großflächig geschlossenen Waldbeständen hingegen meistens unerwünscht, weil darunter die landschaftliche Vielfältigkeit verkümmern würde.

Problematische »Auffichtungen«

Aufforstungen erfolgen auch in Vorarlberg allzu häufig allein mit Fichte, obwohl von den Standortverhältnissen her auch andere Holzarten möglich wären. Durch die oft planmäßig angelegten Fichten-Monokulturen verliert der Wald seinen naturgemäßen Charakter. Dies führt zu einer Verarmung der Landschaft und zu ökologischen Problemen. Der Erhaltung und Schaffung von gesunden Mischwäldern wird daher bei der Waldpflege wie bei der Wiederbewaldung noch mehr Augenmerk als bisher zu schenken sein.

Waldschäden als Folge von Luftverunreinigungen

Das »Tannensterben« – weltweit eine immer alarmierender werdende Folgewirkung der zunehmenden Luftverunreinigungen – tritt in Vorarlberg vor allem in den Hanglagen von Rheintal und Walgau immer auffälliger in Erscheinung. Die Ursachen hierfür sind sehr komplex und im einzelnen oft nur schwer feststellbar. Immerhin darf in den über längere Zeit angestiegenen Luftbelastungen mit Schwefeldioxyd aus den Kaminabgasen eine der Ursachen gesehen werden. Die waldschädigenden Schadstoffkonzentrationen dürften im Nahbereich des Verdichtungsgebietes Rheintal-Walgau zu einem nicht geringen Teil »hausgemacht« sein. Sie werden aber verstärkt durch grenzüberschreitende Schadstoffverfrachtungen in Form von saurem Regen.

Überzogene Wildhaltung . . .

Die in den vergangenen drei Jahrzehnten verstärkt betriebene Hege von Rot- und Rehwild hat in den meisten Waldgebieten des Landes die Wilddichte zu sehr ansteigen lassen. Darin ist neben der teilweise vernachlässigten Waldpflege und den Folgen der Luftverunreinigung einer der Hauptgründe für die sich verschlechternde Waldqualität zu sehen.

Unter den Verbiß- und Schälschäden leiden besonders die Gebirgswälder. Überhöhte Wildbestände gefährden die notwendige rechtzeitige und ununterbrochene Waldverjüngung. Auch dadurch wird die Schutzwirkung gegen Lawinen und andere Naturgefahren verringert. Dies wird insbesondere in den Wildbach- und Lawinengebieten zum Problem. Durch den Verbiß von Mischhölzern trägt das Wild überdies zur problematischen Verfichtung der Wälder bei.

... eine ernste Gefahr für die Gebirgswälder

6.3 Industrie und produzierendes Gewerbe

Stellung der Industrie in der Vorarlberger Wirtschaft

Annähernd 55% des Brutto-Inlandsproduktes Vorarlbergs stammen aus dem Sekundären Sektor mit Industrie, produzierendem Gewerbe, Energie- und Bauwirtschaft.

Sekundärer Sektor vorherrschend

Nach der Volkszählung von 1971 waren 58% der Berufstätigen des Landes dem Sekundären Sektor zugehörig (im österreichischen Durchschnitt 42%). Damit weist Vorarlberg unter den Bundesländern die höchste Industrie-Gewerbequote auf.

Unter den verschiedenen Wirtschaftsbereichen hat die Industrie mit einem Anteil von fast 30% am Brutto-Inlandsprodukt die stärkste Stellung. Diese Stellung der Industrie hängt großteils mit den für ein Gebirgsland überdurchschnittlich günstigen Standortvoraussetzungen zusammen, wobei hier auch die grenzüberschreitenden Kontaktvorteile mit den benachbarten Industriestaaten eine nicht unbedeutende Rolle spielen.

Vorarlberg ist vor allem Industrieland

Nahezu ein Drittel aller Vorarlberger Arbeitnehmer ist in der Industrie beschäftigt. Die Zahl der Arbeitnehmer hat in der Industrie (Jan. 1971: 35.400, Jan. 1981: 37.000) in den siebziger Jahren aber weniger zugenommen als in anderen Wirtschaftsbereichen. Somit ging im Zeitraum 1971–1981 der Industrieanteil an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer von 39% auf 33% zurück. 1982 betrug der Anteil noch 30%, wobei sich bei diesem weiteren Rückgang auch die Verminderung des Beschäftigungsstandes infolge der international gedämpften Wirtschaftsentwicklung stärker bemerkbar machte. Allerdings ist der Industrieanteil auch jetzt noch größer als in den anderen Bundesländern.

Fast ein Drittel der Arbeitnehmer in der Industrie beschäftigt

Im Zeitraum 1971–1981 hatte das verarbeitende Gewerbe mit einer Steigerung von 18% eine größere Zunahme an Beschäftigungsmöglichkeiten aufzuweisen als die Industrie (+ 10%), was vor allem mit der starken Bautätigkeit zusammenhing. 1981 beschäftigte es 26% der Arbeitnehmer der gewerblichen Wirtschaft.

Relativ hoher Beschäftigungsstand im produzierenden Gewerbe

Strukturelle Entwicklung

Innerhalb der Vorarlberger Industrie hat die hochentwickelte Textil- und Bekleidungsindustrie mit Abstand den größten Produktionsanteil. Das Arbeitsplätzeangebot des Textilssektors entspricht – ebenso wie in manchen anderen Industriezweigen – wegen des relativ geringen Anteils an höher qualifizierten Beschäftigungsmöglichkeiten aber nur zum Teil der Nachfrage der heimischen Berufstätigen. Andererseits bildet die bereits vielseitig spezialisierte Textil- und Bekleidungsindustrie eine unentbehrliche Stärke des »Textillandes« Vorarlberg. Sie vermochte sich auch in den Konjunkturreinbrüchen der vergangenen Jahre verhältnismäßig gut zu behaupten.

Dominierende Stellung der Textil- und Bekleidungsindustrie

Zunehmende industrielle Vielseitigkeit

Die Gefahr einer zu einseitigen Produktionsausrichtung konnte innerhalb der vergangenen drei Jahrzehnte durch den Auf- und Ausbau nichttextiler Produktionsparten bereits stark gemindert werden. Im Zeitraum 1960–1980 wuchs der Produktionsanteil (Brutto-Produktionswert) der eisen- und metallverarbeitenden Industrie einschließlich der Elektroindustrie von 7% auf 29%. Der Anteil von chemischer Industrie, Holzverarbeitung und Papierindustrie stieg von 7% auf 10%, jener der Nahrungs- und Genussmittelindustrie von 10% auf 12%. Gleichzeitig ging der Produktionsanteil der Textil- und Bekleidungsindustrie von 75% auf 48% zurück.

Durch die stärkere Ausweitung des Arbeitsplätzeangebotes in anderen Sparten und auch außerhalb der Industrie sank im Zeitraum 1971–1981 der Anteil der Textil- und Bekleidungsindustrie an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer von 27% auf 17% und an der Gesamtzahl der Industriebeschäftigten von 86% auf 55%.

Arbeitsintensive Produktion an der Grenze der Erweite- rungsfähigkeit

Die weitere Ausbreitung der Industrie stößt in Vorarlberg aus verschiedenen Gründen an enger werdende Grenzen. Dies gilt vor allem für größere Betriebe mit arbeitsintensiver Produktion und niedriger Wertschöpfung. Für Betriebe dieser Art stehen jetzt schon zu wenig heimische Arbeitskräfte zur Verfügung. Ein weiteres Expandieren arbeitsintensiver Industrie mit steigendem Bedarf an auswärtigen Arbeitskräften dürfte angesichts der erreichten Bevölkerungsdichte und der wachsenden räumlichen Belastungen auch nicht im Interesse einer gesunden Gesamtentwicklung des Landes liegen.

Die Frage nach der Weiterentwicklung der Vorarlberger Industrie ist im Hinblick auf den Arbeitsmarkt vor allem eine Frage nach der Schaffung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten mit höherem Qualifikationsniveau. Diese Frage ist freilich in engstem Zusammenhang mit anderen Fragen zu sehen, wie vor allem nach den allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und nach den Möglichkeiten zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit; z.B. in anpassungsfähiger und rationeller Erzeugung von möglichst hochwertigen Produkten, in der Internationalisierung von Arbeitsteilung und Verkauf wie im zweckmäßigen Ausbau von Forschung und Entwicklung.

Betriebsstandorte

Günstige räumliche Verteilung der Betriebsstätten

Trotz des hohen Industrialisierungsgrades fehlen in Vorarlberg Bilder von typischen großflächigen Industriegebieten. Selbst in den am stärksten industrialisierten Gemeinden ist das Siedlungsbild nicht beherrschend von der Industrie geprägt.

Die optisch weitgehende Unauffälligkeit der Industrie hat verschiedene Gründe. Zum einen sind die Betriebsstandorte mit guter Verkehrslage und den erwünschten Zuordnungs- und Führungsvorteilen nicht auf wenige Orte konzentriert, sondern auf nahezu alle Gemeinden des Verdichtungsgebietes Rheintal-Walgau verteilt. Andererseits sind die derzeit bestehenden rund 500 Industriebetriebe durchwegs Klein- und Mittelbetriebe (fast die Hälfte mit bis zu 20 Beschäftigten).

Im groben Gesamtüberblick ist die derzeitige Verteilung überwiegend befriedigend, zumal damit auch eine ziemlich günstige Zuordnung der Arbeitsstätten zu den Wohnorten erreicht wurde (siehe Karte 6 im Anhang). Für Vorarlberg hat es sich als vorteilhaft erwiesen, daß nicht getrachtet wurde, die Industrieansiedlung nur auf ausgewählte regionale Schwerpunkte zu konzentrieren.

Probleme der Standortplanung für neue Betriebe

Für die Errichtung neuer Betriebsstätten wie für den Ausbau oder die Verlegung bestehender Betriebe obliegt der Raumplanung die Aufgabe, geeignete Standorte von ausreichender Größe zu sichern. Bei der Ausweisung solcher Flächen ist eine Reihe ver-

schiedenster Eignungsvoraussetzungen zu berücksichtigen, wie z.B. Geländebeschaffenheit, Grundstücksform, Verkehrslage, Störungsempfindlichkeit von Natur und Landschaft, Vermeidung von Belästigungen für Wohn- und Erholungsbereiche. Es wird allerdings zunehmend schwieriger, Betriebsstandorte ausfindig zu machen, die solchen Grundvoraussetzungen noch befriedigend entsprechen.

Die am besten geeigneten Flächen sind durch die Bautätigkeit schon sehr weitgehend in Anspruch genommen. Zahlreiche Flächen mit günstigen Standortvoraussetzungen wurden bereits mit Siedlungssplittern durchsetzt. Sie kommen als Betriebsgebiete nicht mehr oder höchstens teilweise in Betracht. Somit wurde der Spielraum für die Ausweisung geeigneter Betriebsgebiete vor allem durch die Zersiedlung sehr empfindlich eingeengt.

Wo noch geeignete Flächen vorhanden sind, sind diese zwar meistens als Betriebsgebiete gewidmet, sie sind für die tatsächliche Inanspruchnahme jedoch nur sehr beschränkt verfügbar. Die Eigentümer von solchen Grundstücken sind an einem Verkauf an bauwillige Unternehmer häufig nicht interessiert.

Die Immobilität des Grundstücksmarktes wirkt sich bei den Betriebsgebieten noch schwerwiegender aus als bei den Wohngebieten. Die Erschließung eines größeren Betriebsgebietes ist nämlich nur vertretbar, wenn in absehbarer Zeit eine entsprechende Bebauung mit Betriebsanlagen und damit eine hinreichende Nutzung der Infrastruktur erzielt werden kann. Eine geordnete bauliche Inanspruchnahme eines Betriebsgebietes kann aber nicht erreicht werden, wenn sich die Bebauung nach den Zufälligkeiten im Angebot an Grundstücken richten muß. Dasselbe gilt für landschaftspflegerische Begleitmaßnahmen (z.B. Bepflanzungen).

Das unzureichende Angebot an geeigneten Betriebsflächen verleitet zwangsläufig dazu, Betriebe auch an weniger geeigneten Standorten zu errichten. Dies gilt im besonderen für Betriebe mit großem Flächenbedarf.

Das Problem der Beistellung geeigneter Grundstücke konnte bisher vor allem dort gelöst werden, wo eine Gemeinde beim Grunderwerb von sich aus aktiv wurde oder sich um die Wiederverwendung freigewordener Betriebsobjekte kümmerte.

Gelegentlich wird die Frage nach der Schaffung von regionalen Industriezonen aufgeworfen. Maßnahmen dieser Art erscheinen in Vorarlberg derzeit aber wenig zweckmäßig. Zunächst sind schon die Ansiedlungserfordernisse für neue Industriebetriebe mit größerem Flächenbedarf kaum voraussehbar. Vor allem aber wären bei entsprechend großflächigen Zonierungen die Probleme der Grundbeistellung noch wesentlich größer als bei örtlichen Betriebsgebieten. Außerdem ergeben sich im Vergleich mit der bereits erreichten Streuung der Betriebsstätten größere Schwierigkeiten in der Zuordnung zu den Wohnorten der Beschäftigten.

Die wichtigste Vorsorge zur Sicherung geeigneter Standorte für den heute noch nicht voraussehbaren Flächenbedarf größerer Betriebe besteht in der langfristigen Sicherung möglichst großer Freiflächen. Daher enthalten auch die Verordnungen für die Grünzonen im Rheintal und Walgau Ausnahmebestimmungen, die in besonderen Bedarfsfällen die Errichtung von Betrieben in Randbereichen der Grünzone zulassen. Es müßte in solchen Fällen aber streng geprüft werden, ob in der jeweiligen konkreten Situation das öffentliche Interesse an einer Neuansiedlung oder Aussiedlung eines Betriebs tatsächlich mehr ins Gewicht fällt als das öffentliche Interesse an der Erhaltung der Freiflächen.

Mangel an verfügbarem Bauland in den Betriebsgebieten

Schaffung regionaler Industriezonen derzeit nicht zweckmäßig

Standortsicherung durch die Erhaltung von Freiflächen

Industrie und produzierendes Gewerbe im Berggebiet

Möglichkeiten für Industrialisierung im Berggebiet eng begrenzt

Im Berggebiet stoßen Bestrebungen, den Bedarf an nichtbäuerlichen Arbeitsplätzen durch die Ansiedlung von Industriebetrieben und größeren Gewerbebetrieben zu decken, auf besondere Schwierigkeiten. Auch für Kraftwerke, die sich bisher in einzelnen Berggemeinden zu wichtigen Arbeitgebern entfalten konnten, sind die Ausbaumöglichkeiten bereits ziemlich eng begrenzt.

Vorrangige Bedeutung des Erholungstourismus

Vereinzelt sind zwar in den Gebirgstälern noch geeignete Standorte für kleinere Industriebetriebe vorhanden, die bisher noch nicht oder erst teilweise in Anspruch genommen wurden. In den meisten Berggemeinden sind aber schon aus der vorrangigen Bedeutung des Erholungstourismus kaum oder nur mehr sehr begrenzte Entwicklungsmöglichkeiten für die Industrie gegeben. Andererseits sind aber auch hier oft verhältnismäßig günstige Standortvoraussetzungen für kleine und mittlere Gewerbebetriebe zu finden, die vielfach – besonders im Bregenzerwald – auch genutzt werden.

Mangel an heimischen Arbeitskräften

In den Gebirgstälern entspricht das Arbeitsplätzeangebot der Industrie oft zu wenig den Bedürfnissen der ansässigen Bevölkerung. Dies war bisher auch ein Hauptgrund für das Scheitern einiger Versuche mit der Einrichtung von Zweigniederlassungen von Industriebetrieben.

Entwicklungschancen besonders für das produzierende Gewerbe

Im Berggebiet bieten sich allerdings auch im enger begrenzten Bereich industrieller und vor allem gewerblicher Produktion noch ungenutzte oder zu wenig genutzte Entwicklungschancen an, um das Angebot an Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten sinnvoll zu ergänzen und den regionalen Versorgungsstand zu verbessern. Solche Möglichkeiten liegen hier vor allem im Handwerk (z.B. Holz- und Metallverarbeitung mit Spezialisierung) und in der Nahrungs- und Genußmittelerzeugung (z.B. Herstellung spezieller Produkte durch Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse). In dieser Hinsicht dürften noch manche Anstrengungen erfolgversprechend sein, besonders dann, wenn sie die in der jeweiligen wirtschaftlichen Tradition der Gebirgstäler entwickelten Stärken »stärker« machen.

6.4 Fremdenverkehr

Bedeutung des Fremdenverkehrs

Industrieland mit Fremdenverkehr

Beim Vergleich der Wertschöpfung und des Arbeitsplätzeangebots der verschiedenen Wirtschaftsbereiche zeigt sich Vorarlberg viel mehr als Industrieland denn als Fremdenverkehrsland. Der Anteil der Industrie am Brutto-Inlandsprodukt ist fast sechsmal so groß wie jener des Beherbergungs- und Gaststättenwesens (5%). Beim Angebot an Arbeitsplätzen für Unselbständige erreichten die Betriebe der Fachgruppe Fremdenverkehr einschließlich des Seilbahnwesens 1981 einen Anteil von 8%, während der Anteil der Industriebeschäftigten 33% betrug. In diesen Zahlen kommt freilich die Bedeutung des Fremdenverkehrs als Nebenerwerbsquelle wie auch in seinem Nutzen für andere Wirtschaftsbereiche noch nicht zur Geltung.

Untergeordnete Bedeutung des Ferientourismus im Rheintal und Walgau

Industrie und produzierendes Gewerbe sind zum weitaus größten Teil im Verdichtungsgebiet Rheintal-Walgau vertreten. Hier ist gleichzeitig die Abhängigkeit vom Fremdenverkehr von so untergeordneter Bedeutung, daß kaum eine Gemeinde als echte Fremdenverkehrsgemeinde angesprochen werden kann. Dies gilt vor allem im

Hinblick auf den Ferientourismus. Wo hier dennoch relativ hohe Nächtigungszahlen erreicht werden, ergeben sie sich vorwiegend aus dem Durchreise-, Geschäfts- und Veranstaltungstourismus.

Auch innerhalb des Berggebietes fallen größere Unterschiede in der Fremdenverkehrsbedeutung auf. Dies ist schon weitgehend durch die ungleichen Voraussetzungen für die touristische Entwicklung bedingt. Die besten räumlichen Voraussetzungen für den Ferientourismus mit zwei Saisonen sind überwiegend in den hochgelegenen Berggemeinden zu finden. In den Hochlagen wohnt zwar nur ein kleiner Teil der Landesbevölkerung, dieser ist aber am meisten auf den Fremdenverkehr angewiesen. Damit bewirkt der Fremdenverkehr innerhalb des Landes einen wichtigen Ausgleich in den Erverbsverhältnissen. Er trägt in hohem Maße dazu bei, in den Gebirgstälern eine angemessene Bevölkerungsdichte zu sichern. In welchem Maße sich in den Hochlagen der Fremdenverkehr als Haupterwerbsquelle entwickelt hat, spiegelt sich u.a. im überdurchschnittlichen Steueraufkommen pro Kopf der Bevölkerung.

Ein Hauptvorteil der gegenwärtigen räumlichen Verteilung des Tourismus liegt in der von Natur aus gegebenen Begünstigung der höher gelegenen und abgelegeneren Berggemeinden, die für andere Erwerbsmöglichkeiten ebenfalls von Natur aus weniger begünstigt sind. Die vielfältigen landschaftlichen Voraussetzungen ermöglichen aber auch außerhalb der bestgeeigneten Gebiete eine breite Auffächerung des touristischen Angebots. Die durch eine ungenügende Infrastruktur bedingten Entwicklungshemmungen konnten durch die bisherige Erschließungstätigkeit bereits sehr weitgehend abgebaut werden. Dies trug dazu bei, daß sich die Nachfrage der Gäste nicht zu sehr auf wenige Zentren konzentriert. Dadurch wurde in Vorarlberg eine Entwicklung vermieden, die auf das Entstehen großer Kontraste zwischen überdimensionierten Superzentren und touristischen Notstandsgebieten hinausläuft.

Für den Fremdenverkehr im Vorarlberger Berggebiet ist überhaupt eine sehr breite Streuung des Nutzens kennzeichnend. Diese Streuung ergab sich vor allem aus der sich an vielen Orten zugleich entfaltenden und geförderten Eigeninitiative der heimischen Bevölkerung. Damit konnte auch eine weitgehend eigenbestimmte und organische Fremdenverkehrsentwicklung erreicht werden.

Der Zustrom der Gäste verteilt sich vorwiegend auf die über das ganze Berggebiet verstreuten kleinen bis mittelgroßen Fremdenverkehrsorte. Etwa die Hälfte der Nächtigungen entfällt auf kleinere Fremdenverkehrsorte mit weniger als 2.000 Betten. Nahezu zwei Drittel der Berggemeinden haben jährlich mehr als 50 Nächtigungen je Einwohner aufzuweisen (siehe Karte 7 im Anhang).

Die erreichte Verteilung des Fremdenverkehrs ist zwar noch nicht überall befriedigend, gesamthaft gesehen erscheint sie im Vergleich mit anderen Fremdenverkehrsgebieten des Alpenraums aber doch auffallend ausgewogen.

Entwicklung von Angebot und Nachfrage

Die Hauptstärken des touristischen Angebots liegen in der hohen landschaftlichen und kulturellen Vielfaltigkeit des Landes, in der großteils noch ansprechend gestalteten naturnahen Kulturlandschaft sowie vor allem auch in der individuellen Gastlichkeit. Von der Sicherung dieser maßgeblichen Stärken ist die Zukunft des Vorarlberger Fremdenverkehrs weit mehr abhängig als von der Vermehrung der Fremdenverkehrseinrichtungen.

**Ferientourismus als
Haupterwerbsquelle in
den Hochlagen**

**Ausgewogene
räumliche Verteilung
des Fremdenverkehrs**

**Breite Streuung des
Nutzens**

**Hauptstärken des
Angebots:
Attraktive Landschaft
und individuelle
Gastlichkeit**

Das zum Teil mit langer Tradition gewachsene Angebot an Unterkünften und Gaststätten, an Aufstiegshilfen und anderen touristischen Infrastruktureinrichtungen hat sich in den sechziger und siebziger Jahren stark ausgeweitet.

**Bettenangebot
innerhalb von zwanzig
Jahren mehr als
verdoppelt**

Der Gesamtbestand an Gästebetten (ohne Ferienwohnungen) ist zwischen 1960 und 1980 von 35.200 auf 75.500 angestiegen. Er hat sich damit innerhalb von zwanzig Jahren mehr als verdoppelt, wobei sich aber im Bettenangebot das Verhältnis von gewerblichen Betrieben (1980: 46%) und Privatquartieren (39%) nicht wesentlich verändert hat.

**Dichtestes Angebot an
Seilbahnen und Liften**

Im Angebot an Seilbahnen und Liften hat Vorarlberg innerhalb Österreichs die dynamischste Entwicklung und die höchste Seilbahndichte aufzuweisen. Die Gesamtförderleistung der Seilbahnen hat sich von 1960 bis 1970 mehr als verdreifacht und zwischen 1970 und 1980 bereits wieder verdoppelt. Anfang 1981 standen in Vorarlberg 76 Seilbahnen und 262 Schlepplifte mit einer Förderleistung von insgesamt 266.000 Personen pro Stunde zur Verfügung.

Im Verhältnis zum Angebot an Gästebetten weist Vorarlberg bei den Seilbahnen eine überdurchschnittliche Transportkapazität auf. Dies erklärt sich nicht zuletzt aus der starken Anziehung der Wintersportgebiete für Tagesgäste, wobei das Einzugsgebiet des Ausflugsverkehrs weit in den südwestdeutschen Raum reicht.

Dichte der touristischen Aufstiegshilfen 1980 im Vergleich mit anderen Fremdenverkehrsländern

Land/Kanton	Transportkapazität der Seilbahnen und Lifte in Millionen Personenhöhenmetern pro Stunde	
	insgesamt	je 1000 km ²
Vorarlberg	55,7	21,4
Tirol	220,0	14,8
Salzburg	145,7	16,3
Graubünden	84,4	11,9
Wallis	78,8	15,1

Anmerkung: Transportkapazität = Förderleistung x Höhenunterschied

**Wintersaison bereits
stärker als Sommer-
saison**

Zu den Hauptproblemen der Fremdenverkehrswirtschaft gehörte noch vor wenigen Jahren das Mißverhältnis zwischen starker Sommersaison und schwacher Wintersaison. Inzwischen kam es gerade in der Entwicklung von Sommer- und Winternachfrage zu wesentlichen Änderungen.

In den vergangenen zehn Jahren haben sich die Winternächtigungen (1981/82: 4,3 Mio.) nahezu verdoppelt, während die Sommernächtigungen (1982: 4,1 Mio.) etwas zurückgegangen sind. Dadurch stieg im Zeitraum 1971/72 – 1981/82 der Anteil der Winternächtigungen von 35% auf 51%. Vorarlberg hat heute unter den österreichischen Bundesländern mit Abstand den höchsten Winteranteil. Das Saisonenverhältnis ist allerdings von Gemeinde zu Gemeinde verschieden (s. Tabelle 5 im Anhang).

**Abschwächung der
Nachfrageentwicklung**

Erfolgszahlen dieser Art sollen nicht über die noch anstehenden oder bevorstehenden Probleme hinwegtäuschen. Wohl lassen steigende Erholungsbedürfnisse, vermehrte

Freizeit, Verbesserungen in der Erreichbarkeit Vorarlbergs und andere Gründe auch künftig noch einen starken Gästezustrom erwarten, gleichzeitig wird die Nachfrageentwicklung aber auch durch andere Einflüsse – z.B. Bevölkerungsverluste, Konjunkturabschwächung und Arbeitslosigkeit in den wichtigsten Herkunftsländern der Gäste sowie zunehmende Konkurrenzierung – gedämpft. Mit einem stürmischen Wachstum wie in vergangenen Jahren kann somit nicht mehr gerechnet werden.

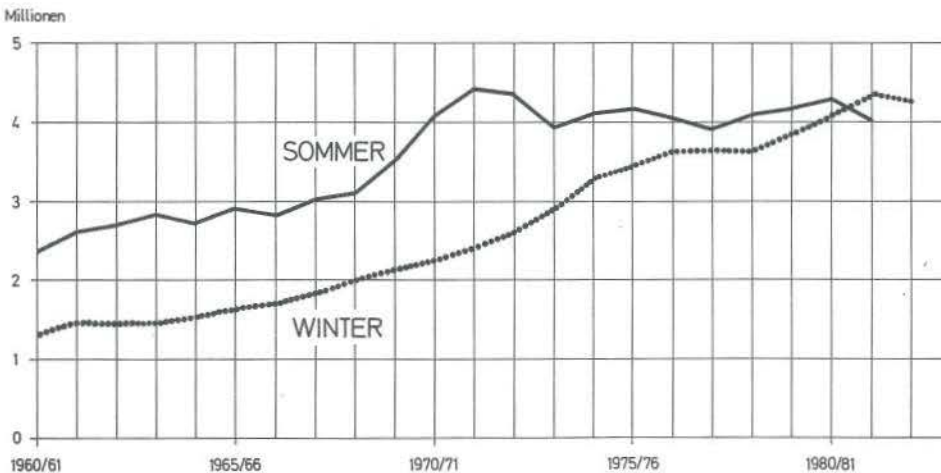
Größere Nächtigunzsunahmen und bessere Bettenauslastung werden vor allem für die Wintersaison erwartet. Die winterliche Bettenauslastung hat seit mehreren Jahren steigende Tendenz. Im Landesdurchschnitt erhöhte sie sich zwischen 1969/70 und 1979/80 von 23% auf 28% – beim gewerblichen Bettenangebot auf 36%. Im Bundesländervergleich erreichten die Vorarlberger Unterkünfte nach Wien, dessen Städtetourismus mit dem Winterfremdenverkehr in den anderen Bundesländern aber nicht vergleichbar ist, die beste Auslastung. Allerdings verringerten sich seit der Mitte der siebziger Jahre die Wachstumsraten der Winternächtigungen. Die durchschnittliche jährliche Zunahme lag zwischen 1969/70 und 1974/75 bei +9%, zwischen 1975/76 und 1981/82 bei +4%.

Die Sommernächtigungen sind schon seit dem Rekordjahr 1972 stagnierend bis rückläufig. Besonders in den höher entwickelten Fremdenverkehrsorten wird die Sommersaison zunehmend von der Wintersaison überrundet. Dadurch wird im Sommer die zu geringe Bettenauslastung zu einem Hauptproblem. Dies gilt vor allem für Orte, wo durch ein ungehemmtes Wachsen der Bettenkapazitäten die Auslastung jetzt schon empfindlich gedrückt ist.

Starke, aber nachlassende Zunahmen in der Wintersaison

Stagnierende bis rückläufige Entwicklung der Sommersaison

Entwicklung der Gästenächtigungen in Vorarlberg



Probleme in den Auswirkungen der Fremdenverkehrsentwicklung

Wie bereits erwähnt, liegt ein Hauptvorteil Vorarlbergs als Fremdenverkehrsland in der individuellen und qualitativ befriedigenden Gästebetreuung. Dieser Vorteil wird mit großen Kapazitätserweiterungen im Beherbergungs- und Gaststättenwesen gefährdet. Damit kann sich nämlich der Mangel an geeignetem Personal qualitätsdrückend bemerkbar machen.

Fremdenverkehrsarbeitsplätze von Ortsansässigen oft zu wenig begehrt

Für die Fremdenverkehrsorte des Landes wurde es überhaupt immer mehr zum Problem, daß die in der Fremdenverkehrswirtschaft mit überdurchschnittlichem Gesamtaufwand an Kapital je Arbeitsplatz geschaffenen Beschäftigungsmöglichkeiten von der heranwachsenden Jugend oft zu wenig angenommen wurden. Daher vermochte der Fremdenverkehr auch die Abwanderung eines Teiles der jungen Generation nicht aufzuhalten. Diese Abwanderung war bisher unauffällig und zeigte sich nicht in kleiner werdenden Einwohnerzahlen, da sie durch den Zuzug auswärtiger Arbeitskräfte verdeckt wurde.

Das begrenzte Angebot an heimischen Arbeitskräften machte sich beim Ausbau des touristischen Angebots in den vergangenen Jahren immer mehr als Engpaß bemerkbar. Dies bedeutete, daß Kapazitätserweiterungen zumeist nur mit auswärtigen Arbeitskräften, insbesondere mit ausländischen Gastarbeitern, bewältigt werden konnten.

Die Frage nach dem Wieviel an mehr Fremdenverkehr

Das Berggebiet des Landes ist wohl der bevorzugte Erholungsraum der Gäste, es ist in erster Linie aber Lebensraum der dort ansässigen Bevölkerung und Naherholungsgebiet der Vorarlberger. Die Frage nach dem Wieviel an mehr Fremdenverkehr müßte sich daher – die räumlichen Möglichkeiten vorausgesetzt – zu allererst an der Frage nach dem Gemeinwohl und nicht nur an Einzel- und Gruppeninteressen orientieren. Darauf zielt auch das von der Landesregierung 1978 beschlossene Vorarlberger Fremdenverkehrskonzept ab.

Fremdenverkehrs- entwicklung mit verkannten Bedürfnissen?

Erfahrungsgemäß fehlt bei der Gestaltung des touristischen Angebots allzu oft eine realistische Einschätzung der tatsächlichen Bedürfnisse von Ortsansässigen und Gästen sowie der örtlichen Möglichkeiten. Ebenso mangelt es an hinreichend konkreten Vorstellungen von einer längerfristig gesunden Gesamtentwicklung. Dies birgt die Gefahr in sich, daß Ausbaumaßnahmen für den Fremdenverkehr die Ziele einer im Interesse von Ortsansässigen und Gästen bestmöglichen Fremdenverkehrsentwicklung verfehlen.

Oft fehlt es an einer realistischen Prüfung der Ertragschancen, wenn die Kapazitäten von Bettenangebot, Aufstiegshilfen und anderen Fremdenverkehrseinrichtungen erweitert werden. Statt längerfristigen gesamtwirtschaftlichen Überlegungen stehen mitunter eher vage Prestigeziele im Vordergrund. Investitionen aus steuerlichen Abschreibungsgründen tragen ebenfalls dazu bei, Kapazitäten über den echten Bedarf hinaus auszubauen. Aus solchen und anderen Gründen ergeben sich für die Fremdenverkehrswirtschaft jetzt schon in verschiedener Hinsicht – besonders durch die sinkende Auslastung – spürbare Probleme.

Abnehmende Erholungseignung durch zunehmende Raumbelastungen

Mit dem Anhalten einer solchen Entwicklung summieren sich räumliche Belastungen durch überzogenen Landschaftsverbrauch für Besiedlung und Erschließungen, durch gehäufte Einzelfälle von gestalterischen Mängeln und Landschaftsschäden, durch wachsende Verkehrsbelastungen und andere Beeinträchtigungen. Es besteht die Tendenz, den technischen Teil des touristischen Angebots weiterhin auf Kosten des landschaftlichen zu erweitern, obschon sich die Nachfrage nach mehr naturnahen Formen von Erholung und Freizeitgestaltung (z.B. Langlaufen, Wandern, Radfahren) verstärkt.

Mit steigenden Belastungen mindert der Fremdenverkehr auch wieder die von ihm bewirkte erhöhte Lebensqualität der Ortsansässigen, sei es über die angeschlagene natürliche Umwelt, sei es durch andere Störungen der örtlichen »Behaglichkeit«. Mitbelastend wirkt hierbei die überhandnehmende Verdrängung der kulturellen Eigenständigkeit im äußeren Bild wie im Lebensstil.

Von einem Großteil der Gäste wird das Zusammenkommen solcher Belastungen ebenfalls als Überlastung empfunden. In den empfindlicheren alpinen Erholungsgebieten ist

dies früher der Fall als anderswo, wobei freilich die vielzitierten »Grenzen der Belastbarkeit« nur schwer faßbar sind. Im Blick auf Gefahren dieser Art enthält das Vorarlberger Fremdenverkehrskonzept die Forderung: »Einer Entwicklung, die bei einem steigenden Bedarf an reizvollen Erholungsgebieten ohne zwingende Gründe zu einem weiteren Rückgang des Angebots an ‚Landschaft‘ führt, ist intensiv entgegenzuwirken.«

Beim erreichten Entwicklungsstand des Fremdenverkehrs stellt sich der Raumplanung die vordringliche Aufgabe, Grenzen der Raumbeanspruchung durch den Tourismus aufzuzeigen und im Interesse der heimischen Bevölkerung wie der Gäste der Abwertung der Erholungsgebiete durch Überbeanspruchung intensiv entgegenzuwirken. Dazu gehört vor allem die Freihaltung möglichst großer Bereiche des Berggebietes von Intensiverschließungen, wie dies in dem von der Vorarlberger Landesregierung 1978 beschlossenen Fremdenverkehrskonzept angestrebt wird.

Um eine sinnvolle Weiterentwicklung des Fremdenverkehrs zu erreichen, wurden bereits verschiedene regionale Untersuchungen in die Wege geleitet. Von diesen Arbeiten wurde bisher besonders die sogenannte Montafon-Studie bekannt, auf deren Grundlage von der Landesregierung 1980 ein »Konzept für den Ausbau der touristischen Aufstiegshilfen im Montafon« beschlossen wurde. Weitere Untersuchungen zur Fremdenverkehrsentwicklung waren 1982/83 mit unterschiedlichen Akzentsetzungen für das Brandnertal, das Große Walsertal sowie für das Kleinwalsertal in Bearbeitung.

Die Nachfrage nach Zweitwohnungen in Erholungsgebieten hat bereits zu etlichen problematischen Ansätzen des Zweitwohnungsbaues geführt. Immerhin konnte in Vorarlberg bisher verhindert werden, daß der Bau von Freizeitwohnsitzen für die Raumplanung zu einem wesentlichen Problem wurde, wie dies in nicht wenigen Fremdenverkehrsgebieten bereits der Fall ist.

Durch eine Reihe wirksamer gesetzlicher Bestimmungen – z.B. Grundverkehrsgesetz (starke Einschränkung des Grunderwerbs durch Ausländer), Raumplanungsgesetz und Landschaftsschutzgesetz sowie eine zurückhaltende Einstellung der Gemeinden ist es in den vergangenen Jahren gelungen, die Errichtung von Zweitwohnungen weitgehend einzudämmen.

Maßnahmen gegen die Abwertung von Erholungsgebieten

Regionale Untersuchungen als Grundlage für eine maßvolle Entwicklung des Tourismus

Eindämmung der Probleme mit Zweitwohnungen

7. Verkehr

7.1. Übergeordnetes Verkehrswegenetz

Vorarlberg verfügt schon durch seine verkehrsgünstige Lage im zentralen Alpenraum über die räumlichen Voraussetzungen für eine ausreichende Verknüpfung mit dem hochrangigen europäischen Verkehrssystem. Die lagemäßige Gunst ist vor allem genutzt durch den Durchgang und die Verknüpfung der Europastraßen E 17 (Chagny – Zürich – Bregenz – Feldkirch – Arlberg – Innsbruck – Salzburg), E 61 (Mailand/Belinzona – San Bernardino – Bregenz – München) und E 77 (Feldkirch – Buchs) sowie durch die internationalen Eisenbahnverbindungen Wien – Arlberg – Feldkirch – Zürich – Basel und München – Bregenz – Zürich – Genf.

Günstige Lage im europäischen Verkehrssystem

**Grundstruktur des
Verkehrswegenetzes
vorgeprägt**

Der Verlauf der Hauptlinien des Straßen- und Schienenverkehrs ist innerhalb des Landes überwiegend durch den Verlauf der Haupttäler und die Lage der geeignetsten Gebirgsübergänge bestimmt. Ebenso ist das Netz der davon ausgehenden und sich verästelnden Verkehrswege im allgemeinen durch die Gelände- und Besiedlungsverhältnisse vorgezeichnet. Der Spielraum für Straßen- und Eisenbahnplanungen ist schon von Natur aus ziemlich eng begrenzt.

**Hochleistungsstraßen
größtenteils
fertiggestellt**

Hauptverkehrsader des Landes ist die 62 km lange Rheintal-Autobahn (A 14; Hörbranz – Bludenz). Sie konnte mit Ausnahme der Strecken Rankweil – Frastanz (Ambergtunnel) und der zweiten Richtungsfahrbahn in Bludenz fertiggestellt werden. Die daran anschließende Arlberg-Schnellstraße (S 16) ist im Klostertal seit 1979 bis auf zwei kurze Teilstrecken in Braz und Klösterle durchgehend benützbar.

7.2 Individualverkehr

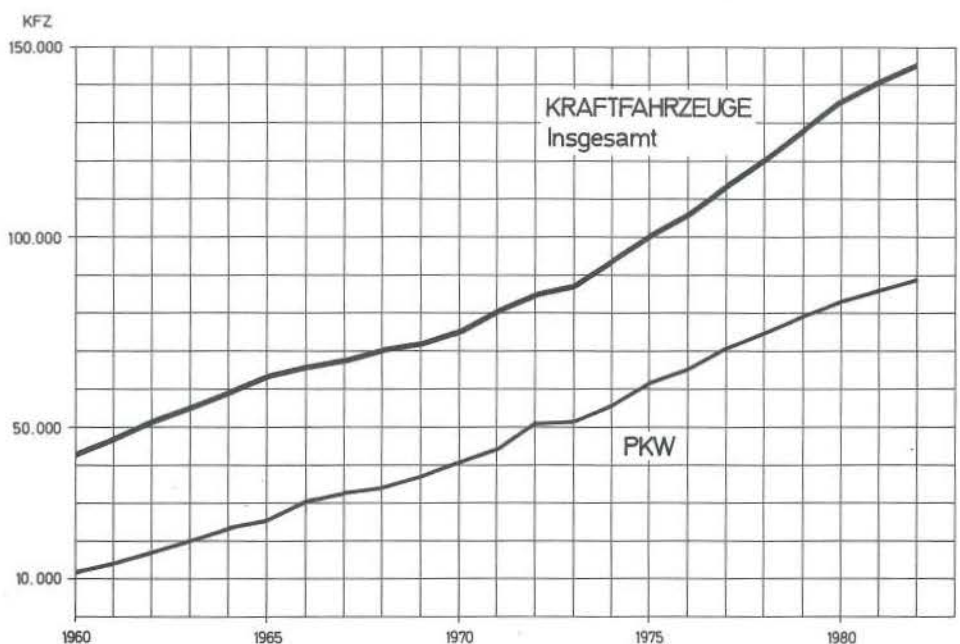
Erreichbarkeitsverhältnisse innerhalb des Landes

**Für 94% der Landes-
bevölkerung ist die
nächste Stadt
innerhalb 30 Minuten
PKW-Fahrzeit
erreichbar**

Für den größten Teil der Landesbevölkerung sind Arbeitsstätten, Versorgungseinrichtungen und Erholungsmöglichkeiten in kurzen Fahrzeiten erreichbar. Als wesentlicher Vorzug fallen besonders die kurzen Distanzen zu den größeren Arbeits- und Versorgungsschwerpunkten ins Gewicht. Für 82% der Landesbevölkerung ist die nächstgelegene Stadt Vorarlbergs in einer mittleren PKW-Fahrzeit von maximal 15 Minuten, für 94% innerhalb von 30 Minuten erreichbar.

Die günstigen Erreichbarkeitsverhältnisse spiegeln sich u.a. in der durchschnittlichen Jahresfahrleistung von Personenkraftwagen. Diese ist in Vorarlberg (12.142 km/Jahr lt. Mikrozensus 1977) niedriger als in allen anderen Bundesländern (österreich. Durchschnitt 1977: 13.124 km/Jahr).

Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes in Vorarlberg



Der Kraftfahrzeugbestand Vorarlbergs ist in den siebziger Jahren wie nie zuvor angewachsen. Von 1970 bis 1980 erhöhte sich die Gesamtzahl der Kraftfahrzeuge um 80%, die der PKW um 104%. Im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre vergrößerte sich der PKW-Bestand jährlich um mehr als 4000 Fahrzeuge. 1960 traf es auf 1000 Einwohner erst 56 PKW, 1982 hingegen bereits 290 PKW.

Motorisierungsentwicklung

Jahr 31.12.	Motorfahrzeuge insgesamt	PKW	Einwohner auf einen PKW
1960	43.227	12.420	17,9
1970	75.560	41.007	6,6
1980	136.090	83.552	3,8
1982	146.234	89.233	3,5

Mit dem derzeitigen Stand ist der nach internationalen Erfahrungen bei einem PKW auf 2,5 Einwohner angenommene »Sättigungsplafond« noch nicht erreicht.

Verkehrsbelastungen und Straßenbau

Die stürmische Verkehrsentwicklung der vergangenen Jahrzehnte brachte vor allem für den Verdichtungsraum Rheintal-Walgau ein sehr empfindliches Steigen der Belastungen. Zu einem guten Teil sind diese auf die zunehmende Motorisierung innerhalb des Landes zurückzuführen. Hinzu kommt, daß die Hauptdurchzugsverbindungen sowohl dem Nord-Süd- wie auch dem Ost-Westverkehr dienen. Die Belastungen durch den grenzüberschreitenden Verkehr machen sich am meisten in der sommerlichen Hauptreisezeit sowie an Winterwochenenden durch örtliche Stauungen und Behinderungen des lokalen Verkehrs bemerkbar.

Zur Bewältigung des regionalen und überregionalen Verkehrs ist die Fertigstellung der Rheintal-Autobahn von ausschlaggebender Bedeutung. Sie ermöglichte bereits die Entlastung einer Reihe von Ortsdurchfahrten vom Durchzugsverkehr. Nach der für 1985 vorgesehenen Fertigstellung des Ambergtunnels kann auch für den Verkehrsschwerpunkt Feldkirch die dringend notwendige Entlastung erreicht werden.

Beim Ausbau der Bundes- und Landesstraßen ist es in den vergangenen Jahrzehnten mit außerordentlichen Anstrengungen gelungen, die Bedarfsentwicklung größtenteils einzuholen. Für das derzeitige und in der nächsten Zukunft zu erwartende Verkehrsaufkommen ist das übergeordnete Straßennetz bereits weitgehend bedarfsgerecht ausgestaltet. Das gilt auch für das Berggebiet, in dem nun beinahe alle Gemeinden über zweckentsprechend ausgebaute Zufahrten verfügen.

Bei Teilstrecken sind Baumaßnahmen zur Sanierung von Engpässen oder zur Hebung der Wintersicherheit erforderlich, für die überwiegend auch schon Ausbauplanungen vorliegen. Größere Vorhaben sind u.a. der Ausbau bzw. Neubau der B 188 im Montafon sowie die Herstellung einer besseren Anknüpfung des Bregenzerwaldes an die Rheintal-Autobahn. Schwierigkeiten bei der Realisierung des Ausbauprogrammes ergeben sich zum Teil durch die eingeschränkten Finanzierungsmöglichkeiten, zum Teil durch Widerstände aus Gründen des Umweltschutzes und anderen gegenläufigen Interessen.

Hohe Zunahme der Motorisierung

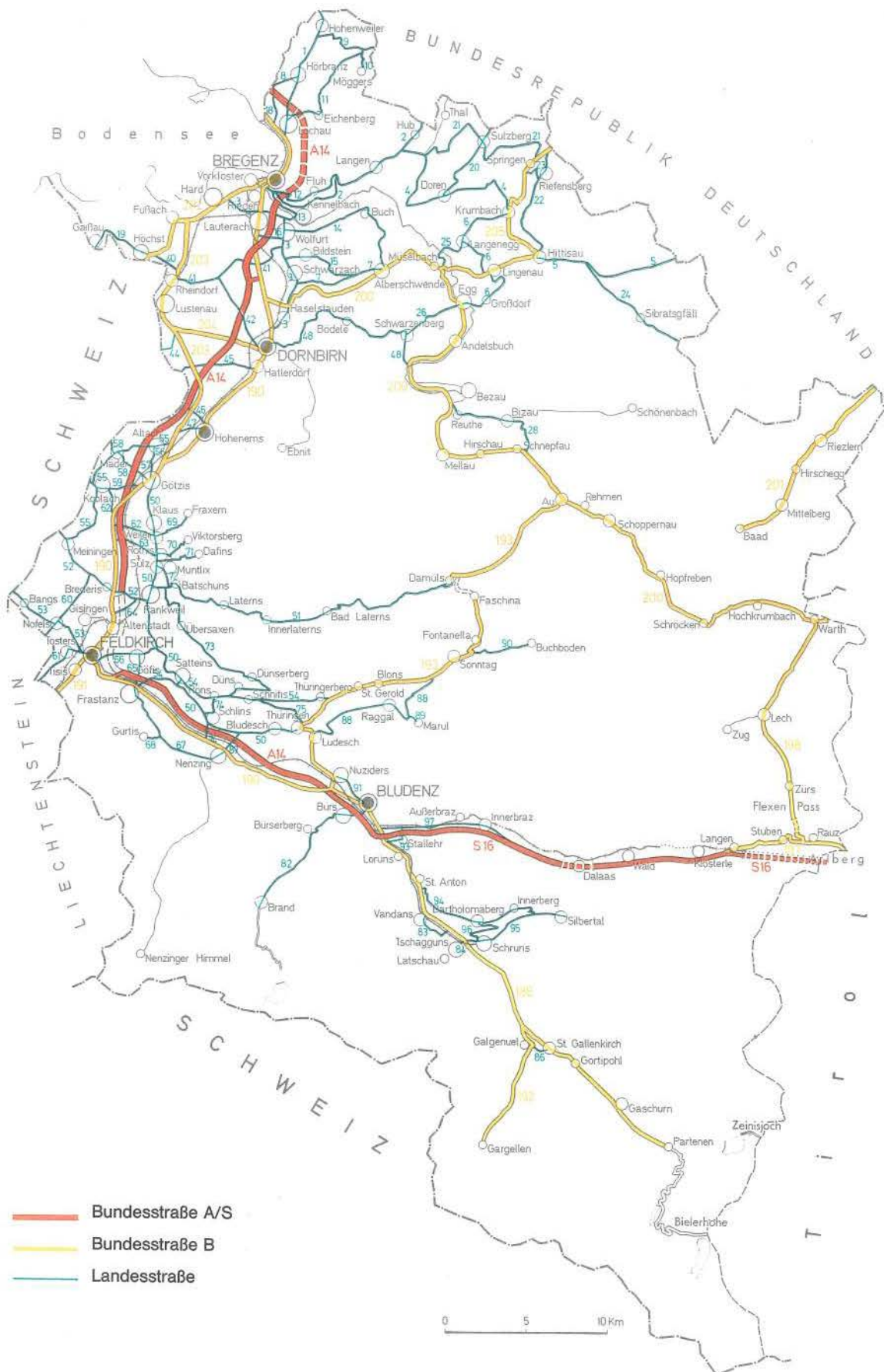
PKW-Bestand hat sich zwischen 1960 und 1982 mehr als verdiebenfacht

Stark angestiegene Verkehrsbelastungen im Verdichtungsgebiet Rheintal-Walgau

Fertigstellung der Rheintal-Autobahn von maßgeblicher Bedeutung

Hauptstraßennetz ist weitgehend bedarfsgerecht

Bundes- und Landesstraßen (Bestand 1983)



Der Ausbau der kommunalen Straßen blieb vielfach hinter der expandierenden Siedlungsentwicklung zurück. Oft erfolgte die Erschließung neuer Siedlungsgebiete über ehemalige Feldwege, die in der Folge behelfsmäßig ausgebaut und ergänzt wurden. In den Ortsteilen mit konzeptlos gewachsener Bebauung und Verkehrserschließung wurden die Möglichkeiten für eine sinnvolle Ausgestaltung des Straßennetzes häufig regelrecht verbaut. Wo sich nachträglich noch ein zweckmäßig gegliedertes Ortsnetz mit Sammel- und Erschließungsstraßen entwickeln läßt, erfordern die Verbesserungen zumeist einen hohen finanziellen Aufwand. Verspätete Straßenkorrekturen stoßen zudem vielfach auf Widerstände der betroffenen Bevölkerung.

Probleme bei der innerörtlichen Verkehrserschließung

Auch der gemeindliche Straßenbau kann nicht immer verkehrsplanerischen Idealvorstellungen folgen. Die vielerorts anstehenden Probleme sind jedoch eine Herausforderung zu intensiveren Überlegungen, wie die innerörtliche Verkehrsentwicklung bedarfsgerecht und flächensparend verbessert werden kann. Besondere Beachtung verdienen zugleich die Ansätze für eine Neuorientierung, bei der auch Fragen nach den Möglichkeiten zur Verkehrsberuhigung und nach einer dem Ortsbild förderlichen Gestaltung des Straßenraumes im Vordergrund stehen.

Probleme der Verkehrsentwicklung

Die anhaltend wachsende Motorisierung verstärkte zusammen mit dem Ausbau des Straßennetzes eine gewisse Unbekümmertheit im Annehmen wachsender Entfernungen zwischen Wohnung und Arbeitsplatz sowie zum Einkaufen, für Erholung und Vergnügen. Die Erleichterung der Mobilität hat die ungeordnete Siedlungsausweitung begünstigt, was wiederum zur Vergrößerung der Verkehrsbedürfnisse des Einzelnen und zu einer größeren Abhängigkeit vom eigenen Fahrzeug geführt hat.

Weiter zunehmende Verkehrsbedürfnisse

Durch die stark angewachsene Motorisierung und die gesteigerten Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung hat sich der Bedarf an Verkehrsfläche je Einwohner vervielfacht. Hinzu kamen erhöhte – zum Teil auch unnötig gesteigerte – Ansprüche an die Straßenausstattung, womit sich die Auswirkungen des Straßenbaus auf die Landschaft verstärkten. Bei diesen Ansprüchen sollte aber nicht übersehen werden, daß Verkehr und verkehrstechnische Normen nicht Selbstzweck sind, sondern dienende Funktion haben.

Steigender Flächenbedarf für den Verkehr

Der gestiegene Bedarf an Verkehrsflächen macht sich in Vorarlberg als kleinem Gebirgsland mit ohnehin stark belasteten Talgebieten besonders unangenehm bemerkbar. Die Grenzen des räumlich Möglichen sind schon von Natur aus ziemlich eng gehalten. Die Grenzen des räumlich Zutraglichen zeigen sich in den bereits feststellbaren Beeinträchtigungen der Landschaft, in der geschädigten Wohnlichkeit vieler Siedlungsbereiche, im Verlust an Landwirtschaftsflächen und nicht zuletzt in der Abwertung von Erholungsgebieten. Dadurch wurde der steigende Bedarf an Verkehrsflächen auch zu einem schwerwiegenden Problem der Raumplanung.

Deckung des Bedarfs an Verkehrsflächen um jeden Preis?

Mit dem Ansteigen des Verkehrsaufkommens hat der Straßenverkehrslärm erheblich zugenommen. Von dieser Verlärmung sind besonders die Wohn- und Erholungsgebiete entlang von Hochleistungs- und Hauptverkehrsstraßen empfindlich betroffen. Dies gilt vor allem für Rheintal und Walgau sowie für die Hauptanziehungspunkte des Fremdenverkehrs.

Verlärmung von Wohn- und Erholungsgebieten wird immer mehr zum Problem

Wo man innerörtlich eine spürbare Verkehrsberuhigung durch die Schaffung von Umfahrungsmöglichkeiten erreichte, geschah dies oft zwangsläufig um den Preis von spürbaren Belastungen in den noch erhaltenen Freiräumen.

Mit dem Wachsen der Lärmbelastigungen wird es immer notwendiger, mit verstärkten Anstrengungen nach Möglichkeiten zur Verkehrsberuhigung zu suchen. Diese Aufgabe stellt sich vor allem bei Neuanlagen von Straßen sowie bei verkehrslenkenden Maßnahmen im Siedlungsgebiet. Im Sinne der Zielsetzungen des Vorarlberger Fremdenverkehrskonzeptes wird u.a. auch bei der Schaffung oder dem Ausbau von Anziehungspunkten des Ausflugsverkehrs mehr Zurückhaltung zu üben sein.

Mehr Verkehr und weniger Lebensqualität?

Angesichts der problematischen Verkehrsauswirkungen verbreitet sich auch in der Bevölkerung ein Unbehagen. Einerseits wird zwar die Erleichterung der Mobilität durch Autobesitz und gute Straßen als Mittel zur Hebung der Lebensqualität bejaht, andererseits wird zunehmend bewußt, daß mit steigenden Verkehrsbelastungen der Zweck des Verkehrs – die angestrebte Hebung der Lebensqualität – zusehends mehr gefährdet wird.

Probleme des weiteren Straßenbaues

Auf diese Problematik wurde u.a. auch in der »Verkehrsplanung Vorarlberg, Entwurf 1976« (S. 33) hingewiesen: »Die Verkehrsplanung gerät in einen Teufelskreis, wenn sie sich bloß auf das Bemühen beschränkt, ständig das Angebot an Verkehrsleistungen der Nachfrage anzupassen. Mehr Investitionen lassen nämlich zwangsläufig neue Verkehrsbedürfnisse entstehen, durch welche die erzielte Entlastung wieder eingeholt wird und wiederum weitere Investitionen erforderlich werden. Diese Bedarfsentwicklung wäre ohne Zweifel von einer ständigen Erhöhung der Umweltbelastung wie auch größerer Energie- und Zeitverschwendung und letztlich von einer fortschreitenden Einengung der persönlichen Freiheit begleitet.« Daran knüpft sich u.a. die Forderung nach Abstimmung der Verkehrsplanung mit anderen Planungen, um sowohl ein übermäßiges Wachsen der Verkehrsbedürfnisse wie auch unnötige Ausweitungen des Verkehrswegenetzes zu vermeiden.

Nicht maximal möglicher, sondern bestmöglicher Straßenausbau

Die allgemeinen Grundsätze und Ziele der »Verkehrsplanung Vorarlberg« sind nicht auf einen maximal möglichen, sondern auf einen bestmöglichen Straßenausbau ausgerichtet. Die Frage nach dem Bestmöglichen ist vorrangig eine Frage umsichtiger Interessenabwägung. Die Interessenabwägung kann mitunter auch zum Verzicht auf straßenbautechnische Ideallösungen führen, wenn anderen Interessen größere Bedeutung zukommt.

Schon deshalb und angesichts der sich ständig verändernden Erfordernisse und Möglichkeiten enthält die »Verkehrsplanung Vorarlberg« kein starres Ausbauprogramm. Verkehrsplanung wird hier überhaupt als eine anpassungsfähige Planung verstanden, als ständige Aufgabe mit wiederholter Überprüfung der Bauvorhaben und mit laufender Abstimmung mit anderen Planungen.

7.3 Öffentlicher Verkehr

Mehr Alternativen zum Individualverkehr erforderlich

Schon im Hinblick auf die räumlichen Belastungen durch den Individualverkehr ist es notwendig, den öffentlichen Verkehr so weit wie möglich als bedarfsgerechte Alternative zum Individualverkehr auszugestalten. Darüber hinaus sind es insbesondere Unsicherheiten in der längerfristigen Treibstoffversorgung und zu befürchtende Bezinpreiserhöhungen, die eine hinreichende Vorsorge für den Fall einer stärkeren Einschränkung des motorisierten Straßenverkehrs verlangen.

Mit dem Unbehagen über die wachsenden Probleme des Individualverkehrs mehren sich die Forderungen nach Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs. Dabei werden Vorstellungen von einem attraktiven öffentlichen Verkehrsangebot mitunter von Agglomerationen mit großstädtischem Charakter übernommen, obschon die Voraussetzungen im Vorarlberger Verdichtungsgebiet stark abweichend sind.

Vorgegebene Siedlungsstruktur erschwert Ausbau des öffentlichen Verkehrsangebotes

Im Verdichtungsgebiet Rheintal-Walgau bildet die Eisenbahn das Rückgrat des öffentlichen Verkehrs. Die Bahn berührt hier aber größtenteils nur Randbereiche der Siedlungsgebiete. So ist es entlang der Hauptstrecke Bregenz—Bludenz nur für etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung möglich, die nächstgelegene Personenzugshaltestelle innerhalb von 20 Minuten Gehzeit zu erreichen. Wesentliche Verbesserungen der Erreichbarkeitsverhältnisse werden sich hier gesamthaft gesehen weder durch Maßnahmen zur Steuerung der Siedlungsentwicklung noch durch die Verlegung von Haltestellen erzielen lassen.

Schon aus diesen Gründen bedarf es im Verdichtungsgebiet wie im Berggebiet eines ausgedehnten Busliniennetzes. In den allzu großflächig locker bebauten Siedlungsgebieten der Talebenen und in den Streusiedlungsgebieten der Gebirgstäler läßt sich aber auch durch den Ausbau des Busliniennetzes mit vertretbarem Aufwand keine ausreichende Flächenbedienung erreichen.

Für die Weiterentwicklung des Park-and-Ride-Systems sind die Voraussetzungen zum Teil beschränkt. Der Anteil der Tagespendler, für die es sich lohnt, das eigene Fahrzeug nur bis zur nächsten Haltestelle zu benützen und von dort mit Bahn oder Bus weiter zu fahren, ist begrenzt. Dies hängt vor allem mit den Distanzverhältnissen (auch zwischen Zielstationen und Arbeitsstätten), mit dem zu wenig nachfragegerechten Betrieb der Linienverkehrsmittel und mit dem aus Platz- und Kostengründen nur schwer behebbaren Mangel an Parkplätzen bei den Zusteigestationen zusammen.

Beschränkte Möglichkeiten für den Park-and-Ride-Verkehr

Bei der Frage nach den Möglichkeiten für den Ausbau der öffentlichen Verkehrsleistungen ist somit von teilweise ungünstigen Voraussetzungen auszugehen. Gerade deshalb muß versucht werden, die mit angemessenem Aufwand behebbaren Mängel im öffentlichen Verkehrsangebot auch tatsächlich zu beheben.

Dennoch bieten sich Verbesserungsmöglichkeiten . . .

Die bei zunehmenden Verkehrsbedürfnissen stagnierenden bis rückläufigen Beförderungsleistungen im Personenzugsverkehr machen deutlich, daß die Bahn im Nahverkehr noch nicht den Anforderungen zu entsprechen vermag, die heute an öffentliche Verkehrsmittel gestellt werden. Dies gilt vor allem hinsichtlich der Wünsche nach rascher Beförderung, Pünktlichkeit, bedarfsgerechter Fahrplangestaltung und nach Fahrkomfort. Die Voraussetzungen für die Erfüllung dieser Ansprüche verbessern sich insbesondere mit den Fortschritten im Ausbau der Strecke Bregenz—Bludenz auf Doppelspur und nach Einführung des von den Bundesbahnen vertraglich zugesicherten schnellbahnmäßigen Taktverkehrs.

. . . bei der Bahn

Sehr ähnliche Ansprüche und Wünsche, wie sie an die Eisenbahn als Nahverkehrsmittel gestellt werden, betreffen das für die Flächenbedienung noch bedeutsamere Busliniennetz. Auch bei diesem fehlt es nicht an kurzfristig nutzbaren Verbesserungsmöglichkeiten, um das Attraktivitätsgefälle zwischen privatem und öffentlichem Verkehrsmittel abzubauen und damit ein freiwilliges Umsteigen auf das öffentliche Verkehrsmittel zu fördern. Es wäre kleinräumig noch näher zu untersuchen, welche Chancen für solche Verbesserungen derzeit noch zu wenig genutzt sind.

. . . und bei den Busverbindungen

8. Versorgungsschwerpunkte

**Nahversorgung für
täglichen Grundbedarf
ist überwiegend
hinreichend**

Die Nahversorgung mit Konsumgütern und Diensten des täglichen Bedarfs – z.B. im Schul-, Gesundheits- und Fürsorgewesen – ist derzeit in fast allen Landesteilen hinreichend gesichert. Im Berggebiet sind besonders die Schwerpunkte des Fremdenverkehrs durchwegs gut versorgt.

**Günstige Verteilung
von Schwerpunkten
für die qualifizierte
Grundversorgung**

Unzulänglichkeiten in der Nahversorgung sind jedoch in einzelnen kleinen Orten festzustellen, in denen für Geschäfte die Nachfrage durch den ansässigen Kundenstock und durch den Fremdenverkehr zu gering ist. Hier wird die Existenz von Geschäften und anderen Dienstleistungseinrichtungen am Ort vor allem auch durch die Konkurrenz von gut erreichbaren Versorgungsschwerpunkten in Frage gestellt. Die Lösung solcher Einzelprobleme ist aber kaum in raumplanerischen Maßnahmen zu finden.

Zur Deckung des qualifizierten Grundbedarfs an Konsumgütern, Bildungseinrichtungen, ärztlicher und sozialer Versorgung und anderen privaten und öffentlichen Diensten verfügen neben den Städten besonders die Marktgemeinden über Versorgungsangebote für größere Nahbereiche. Damit ist eine der Bevölkerungsverteilung größtenteils entsprechende Verteilung der Versorgungsschwerpunkte gegeben. In den abgelegeneren Landesteilen sind hochentwickelte Fremdenverkehrszentren, wie z.B. Mittelberg und Lech, bereits in der Lage, auch den qualifizierten Grundbedarf zu einem großen Teil selbst zu decken.

Vorerst ist noch keine Notwendigkeit zu erkennen, die gegebene Grobstruktur und Ausstattung der Versorgungsschwerpunkte nach raumplanerischen Gesichtspunkten korrigierend zu beeinflussen. Bei der Schaffung von neuen Versorgungseinrichtungen von überörtlicher Bedeutung sind jedoch eingehende und vor allem frühzeitige Standortüberlegungen erforderlich, um unnötige und unwirtschaftliche Konkurrenzierungen und andere unerwünschte Folgewirkungen zu vermeiden.

Für die Beurteilung der Versorgungsverhältnisse eignen sich in Vorarlberg nur beschränkt die üblichen Ausstattungskataloge für »Zentrale Orte«. Gerade bei der Ausstattung, die über die Deckung des täglichen Bedarfs hinausgeht, können die Versorgungsschwerpunkte nicht jeweils für sich allein betrachtet werden, da sie oft nahe beieinander liegen. In mancher Hinsicht ergänzen sie sich auch über die Landesgrenze hinweg, wie etwa in Teilen des Rheintals, des Vorderen Bregenzerwaldes und im Kleinwalsertal.

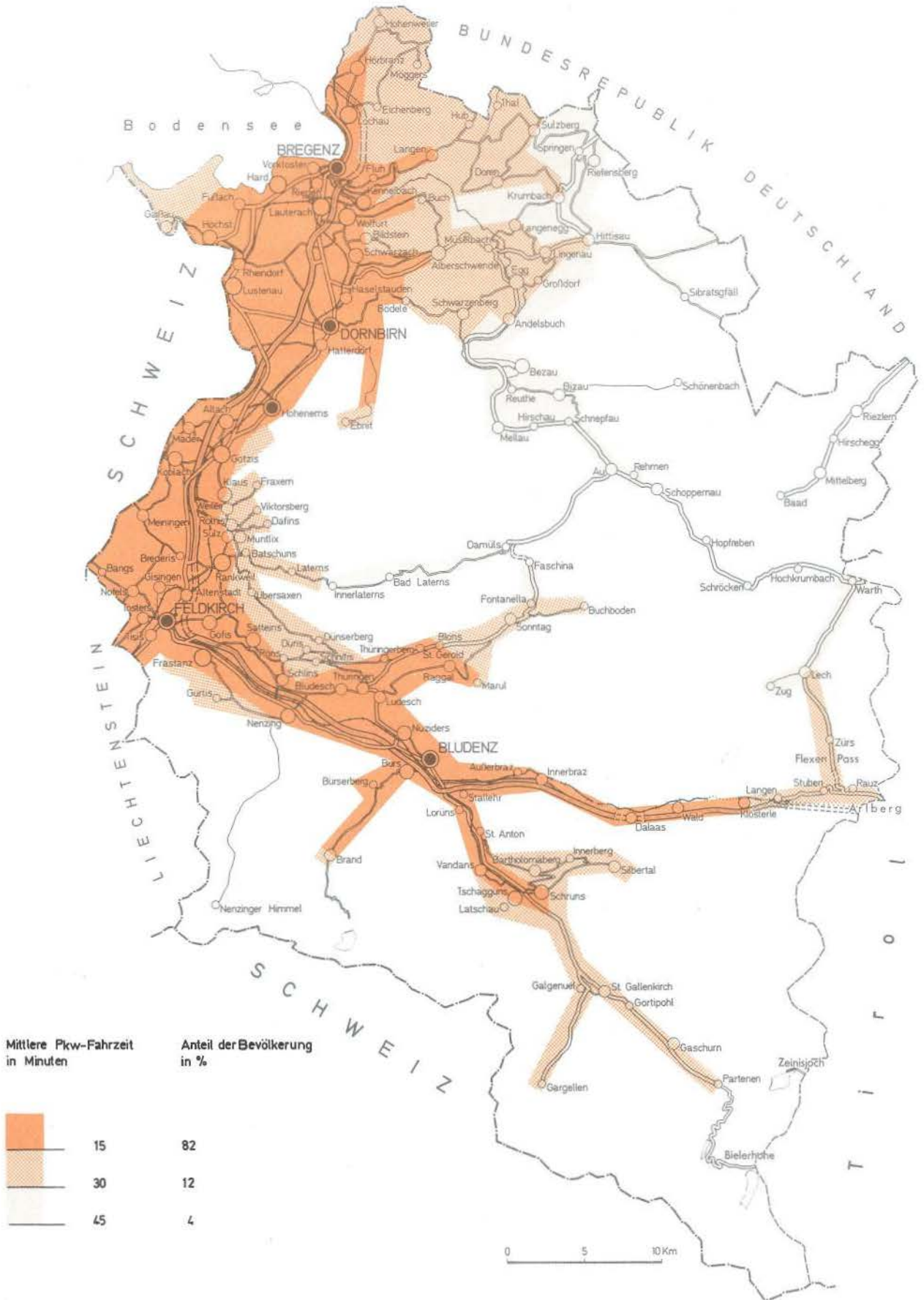
**Vier Bezirkshauptorte
als übergeordnete
Zentren**

Die über den Grundbedarf hinausgehende Nachfrage nach Dienstleistungen kann größtenteils in den Bezirkshauptorten Bregenz, Dornbirn, Feldkirch und Bludenz befriedigt werden, wobei sich diese in ihrer regionalen Versorgungsbedeutung auch von den anderen größeren Gemeinden deutlich abheben. Für sich genommen verfügt jeder Bezirkshauptort über das Dienstleistungsangebot eines »Mittelzentrums«. Dabei ist von besonderer Bedeutung, daß für 82% der Landesbevölkerung die nächstgelegene Stadt innerhalb von 15 Minuten und für 94% innerhalb von 30 Minuten PKW-Fahrzeit erreichbar ist.

**Funktionenteilung der
Städte Bregenz,
Dornbirn und
Feldkirch**

Bei den Bezirkshauptorten des Rheintals fällt eine starke Überlagerung ihrer Einzugsgebiete auf. Dieses Ineinandergreifen erklärt sich schon aus dem Umstand, daß Bregenz wohl Landeshauptstadt ist, die Städte Dornbirn und Feldkirch jedoch ebenfalls verschiedene ergänzende Funktionen einer Landeshauptstadt erfüllen.

Erreichbarkeit der nächstgelegenen Stadt



Bregenz	Bregenz ist Sitz des Landtages und der Landesregierung sowie verschiedener zentraler Dienste des Bundes (z.B. Militärkommando, Sicherheitsdirektion, Landesarbeitsamt, Landesinvalidenamt, Denkmalamt) und des Landes (z.B. Agrarbezirksbehörde, Landeswasserbauamt, Anstalt für Umweltschutz, Landesarchiv, Landesmuseum) und anderer Institutionen (z.B. Landwirtschaftskammer, Landesfremdenverkehrsverband).
Feldkirch	In Feldkirch sind aber ebenfalls mehrere für das ganze Land zuständige Ämter und Dienste situiert (z.B. Landesgericht, Finanzlandesdirektion, Landesstraßenbauamt, Landeshochbauamt, Handelskammer, Arbeiterkammer, Landeskrankenhaus, bischöfliches Ordinariat, Pädagogische Akademie, Gendarmerieschule).
Dornbirn	Dornbirn bildet dagegen den bevölkerungsgeographischen Schwerpunkt und zugleich den wirtschaftlichen Mittelpunkt (Industrie-, Einkaufs- und Messestadt). Auch mehrere auf das ganze Land bezogene Institutionen haben ihren Sitz in Dornbirn (z.B. ORF, Wirtschaftsförderungsinstitut, Vorarlberger Naturschau, Gemeindeverband, Ärztekammer, Gebietskrankenkasse, Landessportschule).
Ausgewogene Verteilung von Diensten für den gehobenen Bedarf	<p>Durch diese historisch gewachsene Gliederung konnte eine ausgewogene Verteilung des Angebots an Diensten für den gehobenen Bedarf und damit auch von höher qualifizierten Arbeitsplätzen erreicht werden. Dadurch wurden zugleich gewisse zentralörtliche Überlastungen sowie hohe innerregionale Leistungs- und Wohlstandsgefälle, wie sie in Gebieten mit ausgeprägter hauptstädtischer Ballung häufig auftreten, weitgehend vermieden. Zudem verstärkt ein gewisser Wettbewerb der Rheintalstädte die Anstrengungen zur Verbesserung ihrer Leistungsangebote.</p> <p>Aus der vorgegebenen Funktionenteilung ergeben sich für die Raumplanung derzeit keine nennenswerten Probleme. Es wird aber auch künftig darauf zu achten sein, daß bei der Errichtung von weiteren höher spezialisierten Diensten die jeweils günstigsten Standorte gewählt werden.</p>
Begrenzte Möglichkeiten für eigenes Angebot an hochspezialisierten Diensten	Im Verhältnis zur Einwohnerzahl verfügt Vorarlberg wohl über eine gut entwickelte Ausstattung mit Versorgungseinrichtungen, für ein umfassendes Angebot an hochspezialisierten Diensten fehlt jedoch ein entsprechend tragfähiges Einzugsgebiet. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, inwieweit es mit angemessenem Aufwand möglich und sinnvoll ist, den Bedarf an hochspezialisierten Diensten – z.B. im Bereich von Forschung, Gesundheits- und Bildungswesen – künftig innerhalb des Landes zu decken.
Kurze Distanzen zu auswärtigen Zentren mit höher spezialisierten Diensten	Den in dieser Hinsicht begrenzten Möglichkeiten innerhalb des Landes steht immerhin ein beachtliches Angebot an solchen Diensten in nahegelegenen auswärtigen Oberzentren zur Verfügung, wie z.B. in Innsbruck, St.Gallen und Zürich. Diese Zentren sind über verhältnismäßig kurze Distanzen gut erreichbar. Zudem liegt ein wesentlicher Vorteil in den gegebenen Auswahlmöglichkeiten.

**Anhang:
Strukturdaten
der Gemeinden**

Karte 1: Landes-, Bezirks-, Gemeindegrenzen, Regionalplanungsgemeinschaften



Tabelle 1: Höhenlagen, Katasterflächen und Bevölkerungsdichte

Gemeinde/Talschaft	Höhenlage in Metern ü.M. von bis		Gesamtfläche in km ²	Siedlungsraum in km ²	Bevölkerungsdichte Einwohner (1981) je km ²	
	Gesamt- fläche	Siedlungs- raum				
Rheintal-Talgemeinden						
Altach	410	418	5,31	4,68	834	946
Bregenz	397	1.020	29,51	8,35	832	2.941
Dornbirn	405	2.062	120,93	35,88	319	1.076
Feldkirch	430	1.378	34,32	19,12	691	1.242
Fußbach	397	404	11,50	5,68	230	467
Gaißau	398	403	5,32	2,99	196	349
Götzis	412	1.460	14,66	7,64	595	1.143
Hard	398	404	17,43	6,79	579	1.487
Höchst	398	404	20,16	13,00	292	453
Hörbranz	398	800	8,73	6,49	572	769
Hohenems	409	1.532	29,19	12,86	433	984
Kennelbach	415	700	3,19	1,25	656	1.675
Klaus	440	970	5,25	2,37	451	999
Koblach	420	667	10,32	7,01	255	375
Lauterach	400	415	11,91	10,85	540	593
Lochau	398	1.063	10,26	5,55	510	944
Lustenau	402	410	22,22	19,52	783	891
Mäder	414	420	3,40	2,75	658	814
Meiningen	425	449	5,28	3,55	243	361
Rankweil	430	880	21,89	14,18	453	700
Röthis	435	760	2,72	1,51	683	1.231
Sulz	442	520	3,01	2,53	648	771
Schwarzach	410	720	4,91	3,30	628	934
Weiler	440	750	3,09	1,90	436	710
Wolfurt	405	800	10,01	6,90	658	954
Zwischenwasser	490	2.004	22,63	5,08	112	502
insgesamt	397	2.062	437,15	211,73	467	965
Rheintal-Hanggemeinden						
Bildstein	460	924	9,14	5,51	75	125
Buch	440	971	6,15	2,93	81	171
Eichenberg	640	1.044	11,59	4,80	23	57
Fraxern	580	1.645	8,86	2,01	58	258
Hohenweiler	440	740	8,43	4,62	112	205
Langen b. Bregenz	460	1.095	21,87	10,26	46	99
Laterns	680	2.004	43,80	6,08	13	100
Möggers	620	1.066	11,44	6,24	34	63
Übersaxen	760	1.594	5,77	2,48	85	198
Viktorsberg	680	2.004	12,51	1,11	29	327
insgesamt	440	2.004	139,56	46,04	41	126
Walgau-Talgemeinden						
Bludenz	555	2.214	29,96	10,87	430	1.185
Bludesch	500	680	7,57	3,97	163	311
Bürs	555	2.643	24,62	3,39	113	825
Frastanz	470	2.198	32,29	8,28	167	653
Lorüns	570	2.233	8,44	0,44	23	454
Stallehr	580	1.269	1,54	0,71	129	280
Ludesch	520	1.709	11,25	6,47	190	331
Nenzing	475	2.841	110,32	13,97	43	343
Nüziders	520	2.211	22,08	6,34	165	574
Satteins	475	1.594	12,71	6,39	169	337
Schllins	490	620	6,05	3,76	284	458
Thüringen	525	852	5,67	3,13	298	540
insgesamt	470	2.841	272,50	67,72	142	574
Walgau-Hanggemeinden						
Brand	900	2.965	40,10	3,73	16	172
Bürserberg	700	1.809	13,74	4,04	34	118
Düns	632	1.440	3,47	1,60	85	184
Dünserberg	860	1.854	5,54	2,08	23	61
Göfis	470	752	9,05	4,37	268	556
Röns	560	660	1,44	0,87	163	271
Schnifis	590	1.985	4,78	2,31	118	245
insgesamt	470	2.965	78,30	19,00	61	251

Fortsetzung von Tabelle 1:

Gemeinde/Talschaft	Höhenlage in Metern ü.M.		Gesamtfläche in km ²	Siedlungsraum in km ²	Bevölkerungsdichte Einwohner (1981) je km ²	
	von	bis			Gesamt- fläche	Siedlungs- raum
Bregenzerwald						
Alberschwende	450	1.182	21,15	13,59	118	184
Andelsbuch	540	1.800	19,44	9,45	97	201
Au	770	2.403	44,91	9,53	32	153
Bezau	620	2.090	34,47	4,86	45	319
Bizau	660	2.090	21,08	5,06	38	159
Damüls	1.160	2.095	20,91	4,48	14	67
Doren	460	933	14,17	8,45	58	98
Egg	509	2.230	65,45	18,65	43	153
Hittisau	640	1.645	46,66	20,03	35	81
Krumbach	500	900	8,71	5,84	96	143
Langenegg	465	932	10,47	6,55	77	123
Lingenau	509	994	6,89	4,66	180	266
Mellau	660	2.068	40,55	6,96	26	156
Reuthe	620	1.746	10,24	2,59	50	200
Riefensberg	560	1.300	14,86	8,89	59	99
Schnepfau	700	2.044	16,54	4,01	22	93
Schoppernau	820	2.397	47,64	3,43	18	258
Schröcken	1.080	2.649	23,43	7,00	9	30
Schwarzenberg	560	1.464	25,75	10,90	57	134
Sibratsgfäll	740	2.020	29,24	5,21	12	70
Sulzberg	550	1.030	23,05	15,95	65	94
Warth	1.260	2.533	19,34	5,41	8	28
insgesamt	450	2.649	564,95	181,50	42	133
Großes Walsertal						
Blons	680	1.962	14,88	3,82	20	79
Fontanella	1.060	2.403	31,23	5,47	12	73
Raggal	630	2.481	41,69	7,58	17	98
St.Gerold	610	1.962	12,58	2,48	25	129
Sonntag	735	2.704	81,58	8,06	7	80
Thüringerberg	580	2.000	10,39	3,43	54	163
insgesamt	580	2.704	192,35	30,84	15	96
Kleinwalsertal						
Mittelberg	987	2.533	96,80	32,27	47	142
Arlberg						
Lech	1.340	2.809	90,00	4,06	14	312
Kloostertal						
Dalaas	780	2.753	94,31	7,61	15	194
Innerbraz	660	2.413	19,96	3,23	42	261
Klösterle	1.015	2.912	62,31	5,13	12	152
insgesamt	660	2.912	176,58	15,97	17	194
Montafon						
Bartholomäberg	640	2.032	27,28	9,85	73	203
Gaschurn	920	3.312	176,78	5,21	9	324
St.Anton i.M.	607	1.881	3,42	0,64	169	906
St.Gallenkirch	760	2.875	127,82	12,65	15	157
Schruns	650	2.520	18,05	6,02	206	618
Silbertal	820	2.769	88,61	5,13	9	162
Tschagguns	650	2.830	57,67	7,08	37	307
Vandans	600	2.965	53,54	4,53	38	448
insgesamt	600	3.312	553,17	51,11	27	294
Vorarlberg						
	397	3.312	2.601,38	660,24	117	462

Anmerkung: Katasterflächen nach dem Stand 1.1.1981. Der (theoretische) »Siedlungsraum« umfaßt Bauflächen, Gärten und landwirtschaftliche Grundflächen.

Tabelle 2: Flächennutzung

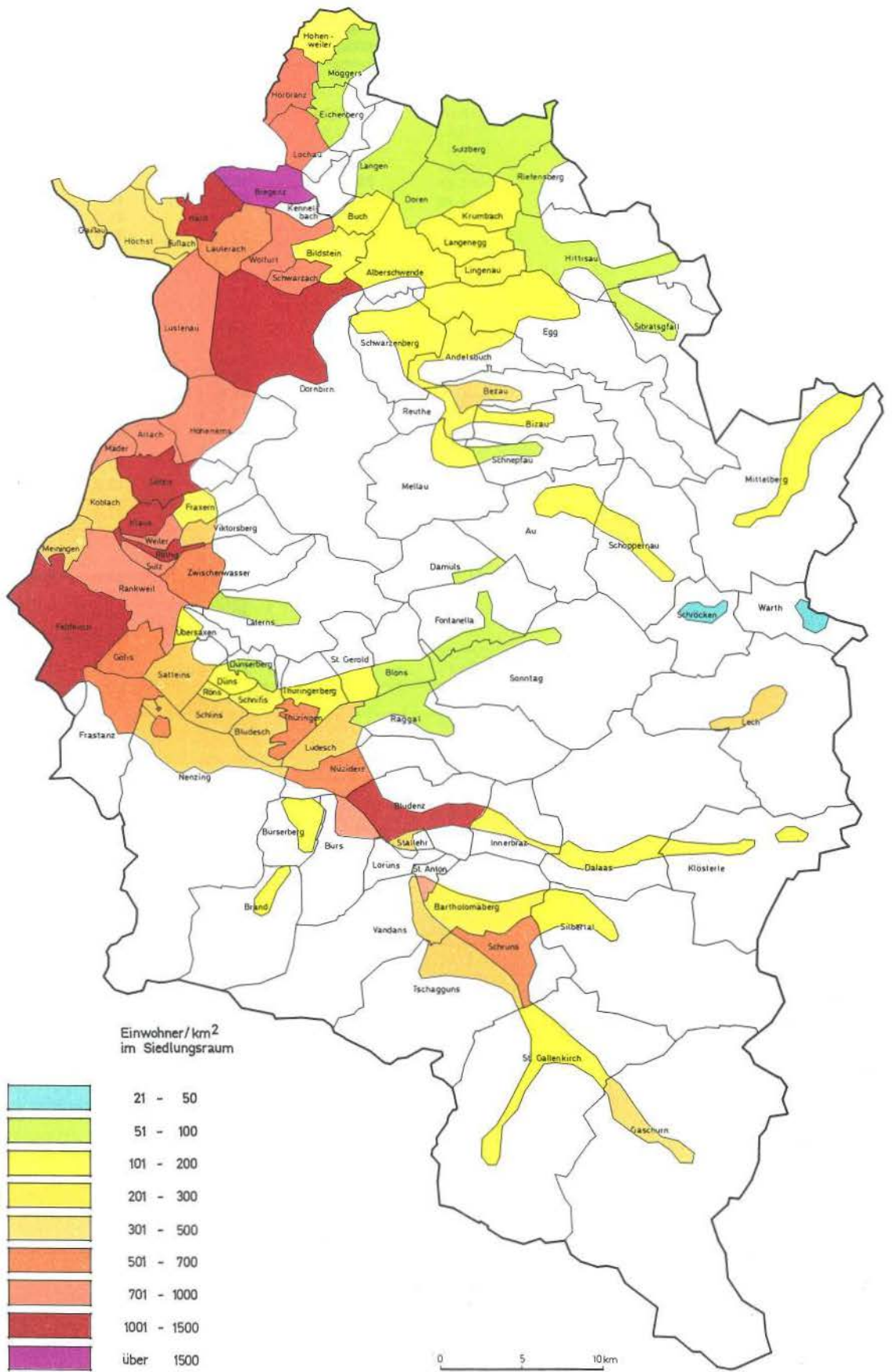
Gemeinde/Talschaft	Bauflächen	Anteile der Hauptnutzungsarten in Prozenten der Katasterfläche				
		Gärten	landwirtsch. Grundflächen	Alpen	Wald	unproduktiv
Rheintal-Talgemeinden						
Altach	2,5	12,2	70,6	--	0,9	13,8
Bregenz	3,1	6,0	19,2	0,3	18,8	52,6
Dornbirn	2,3	5,0	32,1	17,6	35,4	7,6
Feldkirch	2,5	10,3	42,8	--	36,2	8,2
Fußach	0,5	0,2	48,2	--	--	51,1
Gaißau	0,6	4,1	51,5	--	7,5	36,3
Götzis	2,1	7,7	41,2	0,8	42,3	5,9
Hard	1,7	1,0	36,2	--	1,5	59,6
Höchst	0,8	3,6	60,1	--	1,2	34,3
Hörbranz	2,0	0,5	71,6	--	20,6	5,3
Hohenems	1,4	4,2	38,4	7,1	42,2	6,7
Kennelbach	2,2	2,2	35,1	--	46,4	14,1
Klaus	1,3	2,7	39,9	--	50,0	6,1
Koblach	1,2	5,4	61,1	--	19,6	12,7
Lauterach	1,7	0,7	88,7	--	0,2	8,7
Lochau	1,7	0,8	47,3	--	47,2	3,0
Lustenau	8,8	15,2	62,4	--	2,1	11,5
Mäder	4,7	7,7	68,5	--	1,5	17,6
Meiningen	1,9	0,4	65,0	--	16,6	16,1
Rankweil	2,1	10,6	52,0	--	30,6	4,7
Röthis	2,6	4,0	47,8	--	34,9	10,7
Sulz	2,3	3,0	78,7	--	6,0	10,0
Schwarzach	3,3	0,8	62,9	--	27,7	5,3
Weiler	1,3	3,2	55,7	--	33,7	6,1
Wolfurt	1,7	0,6	66,5	--	22,4	8,8
Zwischenwasser	0,4	0,2	21,1	6,3	68,8	3,2
insgesamt	2,0	4,8	41,3	7,3	29,2	15,4
Rheintal-Hanggemeinden						
Bildstein	0,4	0,4	59,3	--	36,5	3,4
Buch	0,3	--	47,3	--	47,3	5,1
Eichenberg	0,3	--	41,2	--	55,8	2,7
Fraxern	0,2	0,1	22,2	30,5	45,2	1,8
Hohenweiler	0,7	1,2	52,8	--	42,0	3,3
Langen b. Bregenz	0,3	--	46,5	2,6	47,6	3,0
Laterns	0,1	--	13,6	45,8	39,0	1,5
Möggers	0,4	--	53,5	--	43,7	2,4
Übersaxen	0,5	1,6	40,9	7,3	48,5	1,2
Viktorsberg	0,2	0,2	8,4	15,1	71,4	4,7
insgesamt	0,3	0,2	32,4	18,4	46,2	26,0
Walgau-Talgemeinden						
Bludenz	1,7	4,3	30,3	3,4	47,2	13,1
Bludesch	0,8	4,5	46,7	--	42,5	5,5
Bürs	0,5	1,6	11,6	34,1	34,1	18,1
Frastanz	0,7	0,6	24,3	7,9	58,8	7,7
Lorüns und Stallehr	0,3	0,8	10,4	20,1	60,6	7,8
Ludesch	0,7	2,8	54,0	--	36,5	6,0
Nenzing	0,2	0,4	12,0	44,7	30,7	12,0
Nüziders	0,5	1,6	26,6	9,9	57,6	3,8
Satteins	0,8	3,1	46,3	3,7	42,6	3,5
Schllins	1,2	8,4	52,6	--	32,7	5,1
Thüringen	1,4	6,2	47,6	--	39,3	5,5
insgesamt	0,6	1,7	22,5	24,2	40,8	10,2
Walgau-Hanggemeinden						
Brand	0,1	--	9,2	34,2	23,8	32,7
Bürserberg	0,3	0,6	28,5	20,3	44,9	5,4
Düns	0,6	2,6	42,8	--	52,3	1,7
Dünserberg	0,2	--	33,2	23,5	42,6	0,5
Göfis	1,0	7,3	39,9	--	47,9	3,9
Röns	0,7	5,6	54,1	--	36,8	2,8
Schnifis	0,6	2,0	44,8	15,4	34,5	2,7
insgesamt	0,3	1,3	22,3	23,7	33,8	18,6

Fortsetzung von Tabelle 2:

Gemeinde/Talschaft	Bauflächen	Anteile der Hauptnutzungsarten in Prozenten der Katasterfläche				
		Gärten	landwirtsch. Grundflächen	Alpen	Wald	unproduktiv
Bregenzerwald						
Alberschwende	0,7	–,-	63,5	–,-	31,5	4,3
Andelsbuch	0,7	–,-	48,1	21,2	26,1	3,9
Au	0,3	–,-	20,9	42,9	28,3	7,6
Bezau	0,4	–,-	13,6	49,6	31,8	4,6
Bizau	0,3	–,-	23,6	38,2	34,9	3,0
Damüls	0,1	–,-	21,3	60,4	17,4	0,8
Doren	0,4	0,1	55,2	–,-	41,0	3,3
Egg	0,3	–,-	28,0	33,0	32,9	5,8
Hittisau	0,3	0,1	38,9	24,1	33,9	2,7
Krumbach	0,7	–,-	63,6	–,-	31,1	4,6
Langenegg	0,6	–,-	61,9	–,-	33,6	3,9
Lingenau	1,5	–,-	66,2	–,-	26,8	5,5
Mellau	0,2	–,-	16,9	35,3	33,4	14,2
Reuthe	0,4	–,-	24,9	21,7	47,3	5,7
Riefensberg	0,4	–,-	59,4	14,5	23,4	2,3
Schnepfau	0,2	0,1	23,9	20,8	39,7	15,3
Schopperrau	0,1	–,-	7,0	43,6	25,7	23,6
Schröcken	0,1	–,-	29,8	36,5	13,6	20,0
Schwarzenberg	0,5	0,1	41,7	16,8	37,8	3,1
Sibratsgfall	0,2	–,-	17,7	34,4	42,3	5,4
Sulzberg	0,5	–,-	68,7	–,-	27,9	2,7
Warth	0,1	–,-	27,9	49,5	12,8	9,7
insgesamt	0,2	–,-	28,2	31,6	27,6	12,4
Großes Walsertal						
Blons	0,2	0,1	25,4	37,0	34,8	2,5
Fontanella	0,1	–,-	17,4	58,4	19,4	4,7
Raggal	0,1	0,1	18,0	49,5	31,4	0,9
St.Gerold	0,2	–,-	19,5	43,2	35,9	1,2
Sonntag	0,1	–,-	9,7	44,5	24,1	21,6
Thüringerberg	0,3	0,6	32,1	23,5	41,9	1,6
insgesamt	0,1	0,1	15,8	46,1	27,5	10,5
Kleinwalsertal						
Mittelberg	0,3	–,-	33,1	27,8	30,3	8,5
Arlberg						
Lech	0,1	–,-	4,4	71,3	11,0	13,2
Klostertal						
Dalaas	0,1	–,-	7,9	48,0	22,9	21,1
Innerbraz	0,2	0,9	15,1	25,6	48,8	9,4
Klösterle	0,1	–,-	8,1	47,0	15,7	29,1
insgesamt	0,1	0,1	8,8	45,1	23,3	22,6
Montafon						
Bartholomäberg	0,5	0,5	35,0	32,4	29,7	1,9
Gaschurn	0,2	–,-	2,8	60,2	8,9	27,9
St.Anton i.M.	0,6	1,4	17,0	–,-	64,6	16,4
Schruns	1,0	1,9	30,5	19,4	40,3	6,9
Silbertal	0,1	–,-	5,7	39,0	29,1	26,1
Tschagguns	0,3	0,3	11,7	39,7	29,0	19,0
Vandans	0,3	0,6	7,6	50,8	26,2	14,5
insgesamt	0,2	0,2	8,8	50,0	21,4	19,4
Vorarlberg						
	0,6	1,1	23,5	32,6	29,0	13,2

Anmerkung: Die Anteile der Hauptnutzungsarten sind nach dem Stand der Katasterflächen zum 1.1.1981 ermittelt.

Karte 2: Dauersiedlungsraum und Bevölkerungsdichte 1981



Karte 3: Bevölkerungsverteilung und Bevölkerungsentwicklung 1951–1981

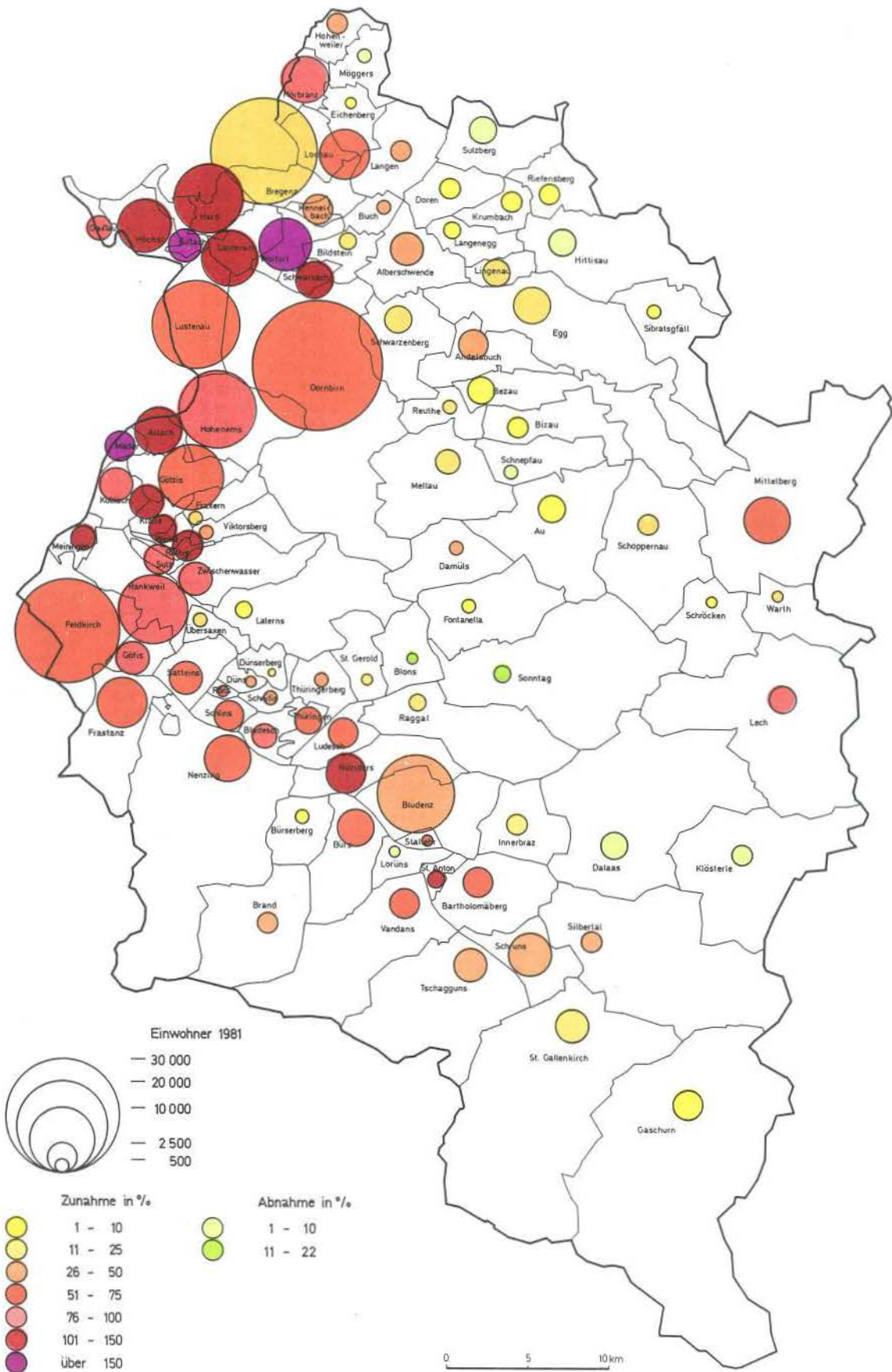


Tabelle 3: Entwicklung der Wohnbevölkerung

Gemeinde/Talschaft	Wohnbevölkerung		Vergleichszahlen der Volkszählungen			Veränderung in % seit		
	1981	1971	1961	1951	1869	1971	1951	1869
Rheintal-Talgemeinden								
Altach	4.430	3.889	2.802	1.930	935	+ 13,9	+ 129,5	+ 373,8
Bregenz	24.561	22.839	21.428	20.277	5.223	+ 7,5	+ 21,1	+ 370,2
Dornbirn	38.641	33.810	28.075	22.532	8.707	+ 14,3	+ 71,5	+ 343,8
Feldkirch	23.745	21.214	17.343	15.115	6.186	+ 11,9	+ 57,1	+ 283,8
Fußbach	2.655	1.608	1.013	706	616	+ 65,1	+ 276,1	+ 331,0
Gaißau	1.045	915	644	562	378	+ 14,2	+ 85,9	+ 176,5
Göttzis	8.735	7.931	7.034	5.435	2.534	+ 10,1	+ 60,7	+ 244,7
Hard	10.103	8.693	6.671	4.788	2.305	+ 16,2	+ 111,0	+ 338,3
Höchst	5.893	4.774	3.391	2.740	1.982	+ 23,4	+ 115,1	+ 197,3
Hörbranz	4.997	4.404	3.260	2.523	1.174	+ 13,5	+ 98,1	+ 325,6
Hohenems	12.666	11.487	9.188	6.990	4.191	+ 10,3	+ 81,2	+ 202,2
Kennelbach	2.094	2.070	1.870	1.505	563	+ 1,2	+ 39,1	+ 271,9
Klaus	2.369	2.008	1.211	1.023	596	+ 18,0	+ 131,6	+ 297,5
Koblach	2.633	2.204	1.659	1.405	877	+ 19,5	+ 87,4	+ 200,2
Lauterach	6.440	5.504	3.844	2.919	1.281	+ 17,0	+ 120,6	+ 402,7
Lochau	5.239	4.609	3.745	3.030	972	+ 13,7	+ 72,9	+ 439,0
Lustenau	17.401	15.239	12.582	10.292	3.903	+ 14,2	+ 69,1	+ 345,8
Mäder	2.239	1.591	960	786	547	+ 40,7	+ 184,9	+ 309,3
Meiningen	1.284	980	672	563	400	+ 31,0	+ 128,1	+ 221,0
Rankweil	9.926	8.440	6.451	5.244	2.410	+ 17,6	+ 89,3	+ 311,9
Röthis	1.860	1.533	1.157	900	538	+ 21,3	+ 106,7	+ 245,7
Sulz	1.952	1.849	1.232	1.002	647	+ 5,6	+ 94,8	+ 201,8
Schwarzach	3.084	2.341	1.780	1.339	689	+ 31,7	+ 130,3	+ 347,6
Weiler	1.350	1.163	833	670	383	+ 16,1	+ 101,5	+ 252,5
Wolfurt	6.589	5.648	3.391	2.522	1.648	+ 16,7	+ 161,3	+ 299,8
Zwischenwasser	2.552	2.250	1.671	1.363	854	+ 13,4	+ 87,2	+ 198,8
Insgesamt	204.483	178.993	143.907	118.161	50.539	+ 14,2	+ 73,0	+ 304,6
Rheintal-Hanggemeinden								
Bildstein	693	587	580	586	807	+ 18,1	+ 18,3	- 14,1
Buch	503	441	360	364	372	+ 14,1	+ 38,2	+ 35,2
Eichenberg	276	288	234	365	308	- 4,2	+ 4,2	- 10,4
Fraxern	519	481	473	430	341	+ 7,9	+ 20,7	+ 52,2
Hohenweiler	951	775	630	647	477	+ 22,7	+ 47,0	+ 99,4
Langen b. Bregenz	1.019	845	755	712	727	+ 20,6	+ 43,1	+ 40,2
Laterns	608	584	601	660	645	+ 4,1	- 7,9	- 5,7
Mögggers	394	422	429	405	413	- 6,6	- 2,7	- 4,6
Übersaxen	492	474	413	406	278	+ 3,8	+ 21,2	+ 77,0
Viktorsberg	363	352	313	271	196	+ 3,1	+ 33,9	+ 85,2
Insgesamt	5.818	5.249	4.788	4.746	4.564	+ 10,8	+ 22,6	+ 27,5
Walgau-Talgemeinden								
Bludenz	12.891	12.050	11.127	10.178	2.466	+ 7,0	+ 26,7	+ 422,7
Bludesch	1.236	981	763	631	470	+ 26,0	+ 95,9	+ 163,0
Bürs	2.799	2.670	2.263	1.816	753	+ 4,8	+ 54,1	+ 271,7
Frastanz	5.413	4.976	4.221	3.530	1.664	+ 8,8	+ 53,3	+ 225,3
Lorüns	200	213	213	207	106	- 6,1	- 3,4	+ 88,7
Stallehr	199	172	158	115	66	+ 15,7	+ 73,0	+ 201,5
Ludesch	2.146	1.724	1.408	1.257	708	+ 24,5	+ 70,7	+ 203,1
Nenzing	4.797	4.324	3.478	2.986	1.975	+ 10,9	+ 60,6	+ 142,9
Nüziders	3.644	2.742	1.924	1.641	866	+ 32,9	+ 122,1	+ 320,8
Satteins	2.155	2.002	1.604	1.347	890	+ 7,6	+ 60,0	+ 142,1
Schllins	1.723	1.507	1.285	1.044	523	+ 14,3	+ 65,0	+ 229,4
Thüringen	1.691	1.483	1.261	1.029	595	+ 14,0	+ 64,3	+ 184,2
insgesamt	38.894	34.844	29.705	25.781	11.082	+ 11,6	+ 50,9	+ 251,0
Walgau-Hanggemeinden								
Brand	644	583	530	446	349	+ 10,5	+ 44,4	+ 84,5
Bürserberg	479	471	447	447	431	+ 1,7	+ 7,2	+ 11,1
Düns	295	255	224	259	235	+ 15,7	+ 13,9	+ 25,5
Dünserberg	128	134	116	109	122	- 4,5	+ 17,4	+ 4,9
Göfis	2.433	2.034	1.656	1.366	972	+ 19,6	+ 78,1	+ 150,3
Röns	236	203	147	151	127	+ 16,3	+ 56,3	+ 85,8
Schnifis	567	490	442	418	379	+ 15,7	+ 35,6	+ 49,6
insgesamt	4.782	4.170	3.562	3.196	2.615	+ 14,7	+ 49,6	+ 82,9

Fortsetzung von Tabelle 3:

Gemeinde/Talschaft	Wohnbevölkerung		Vergleichszahlen der Volkszählungen			Veränderung in % seit		
	1981	1971	1961	1951	1869	1971	1951	1869
Bregenzerwald								
Alberschwende	2.504	2.271	2.073	1.900	1.847	+ 10,3	+ 31,8	+ 35,6
Andelsbuch	1.904	1.666	1.467	1.380	1.331	+ 14,3	+ 38,0	+ 43,0
Au	1.466	1.476	1.440	1.414	1.039	- 0,7	+ 3,7	+ 41,1
Bezau	1.554	1.554	1.484	1.468	979	0,0	+ 5,9	+ 58,7
Bizau	805	749	735	793	663	+ 7,5	+ 1,5	+ 21,4
Damüls	304	317	241	223	383	- 4,1	+ 36,3	- 20,6
Doren	830	841	783	786	750	- 1,3	+ 5,6	+ 10,7
Egg	2.857	2.661	2.458	2.359	1.617	+ 7,7	+ 21,0	+ 76,7
Hittisau	1.638	1.560	1.565	1.661	1.992	+ 5,0	- 1,4	- 17,8
Krumbach	836	778	759	771	1.009	+ 7,5	+ 8,4	- 17,1
Langenegg	807	705	718	763	1.049	+ 14,5	+ 5,8	- 23,1
Lingenau	1.240	1.171	1.081	1.007	1.022	+ 5,9	+ 23,0	+ 21,0
Mellau	1.088	1.051	922	871	650	+ 3,5	+ 24,9	+ 67,4
Reuthe	520	441	429	418	315	+ 17,9	+ 24,4	+ 65,1
Riefensberg	887	818	778	816	805	+ 8,4	+ 8,7	+ 10,2
Schnepfau	373	339	378	406	409	+ 10,0	- 8,1	- 8,8
Schoppernau	885	785	662	712	485	+ 12,7	+ 24,3	+ 82,5
Schröcken	214	220	196	207	170	- 2,7	+ 3,4	+ 25,9
Schwarzenberg	1.470	1.430	1.283	1.333	1.300	+ 2,8	+ 10,3	+ 13,1
Sibratsgfall	367	308	330	340	304	+ 19,2	+ 7,9	+ 20,7
Sulzberg	1.507	1.561	1.474	1.579	1.489	- 3,5	- 4,6	+ 1,2
Warth	154	161	120	129	143	- 4,3	+ 19,4	+ 7,7
insgesamt	24.210	22.863	21.376	21.336	19.751	+ 5,9	+ 13,5	+ 22,6
Großes Walsertal								
Blons	302	297	249	385	335	+ 1,7	- 21,6	- 9,9
Fontanella	401	402	366	370	456	- 0,2	+ 8,4	- 12,1
Raggal	744	684	612	618	761	+ 8,8	+ 20,4	- 2,2
St.Gerold	321	282	308	282	275	+ 13,8	+ 13,8	+ 16,7
Sonntag	647	656	686	753	795	- 1,4	- 14,1	- 18,6
Thüringerberg	562	477	432	411	325	+ 17,8	+ 36,7	+ 72,9
insgesamt	2.977	2.798	2.653	2.819	2.947	+ 6,4	+ 5,6	+ 1,0
Kleinwalsertal								
Mittelberg	4.599	3.900	3.557	2.830	1.500	+ 17,9	+ 62,5	+ 206,6
Arlberg								
Lech	1.270	1.218	931	681	436	+ 4,3	+ 86,5	+ 191,3
Klostertal								
Dalaas	1.477	1.490	1.507	1.508	838	- 0,9	- 2,1	+ 76,2
Innerbraz	844	766	726	722	438	+ 10,2	+ 16,9	+ 92,7
Klösterle	782	851	799	793	526	- 8,1	- 1,4	+ 48,7
insgesamt	3.103	3.107	3.032	3.023	1.802	- 0,1	+ 2,6	+ 72,2
Montafon								
Bartholomäberg	2.001	1.792	1.553	1.368	1.197	+ 11,7	+ 46,3	+ 67,2
Gaschurn	1.691	1.710	1.750	1.660	1.101	- 1,1	+ 1,9	+ 53,6
St.Anton i.M.	580	486	346	271	95	+ 19,3	+ 114,0	+ 510,5
St.Gallenkirch	1.989	1.970	1.915	1.745	1.316	+ 1,0	+ 14,0	+ 51,1
Schruns	3.724	3.607	3.304	2.717	1.394	+ 3,2	+ 37,2	+ 167,5
Silbertal	834	774	629	582	646	+ 7,8	+ 43,3	+ 29,1
Tschagguns	2.176	2.177	1.769	1.572	1.006	0,0	+ 38,4	+ 116,3
Vandans	2.033	1.815	1.546	1.169	711	+ 12,0	+ 73,9	+ 185,9
insgesamt	15.028	14.331	12.812	11.084	7.466	+ 4,9	+ 35,6	+ 101,3
Vorarlberg								
	305.164	271.473	226.323	193.657	102.702	+ 12,4	+ 57,6	+ 197,1

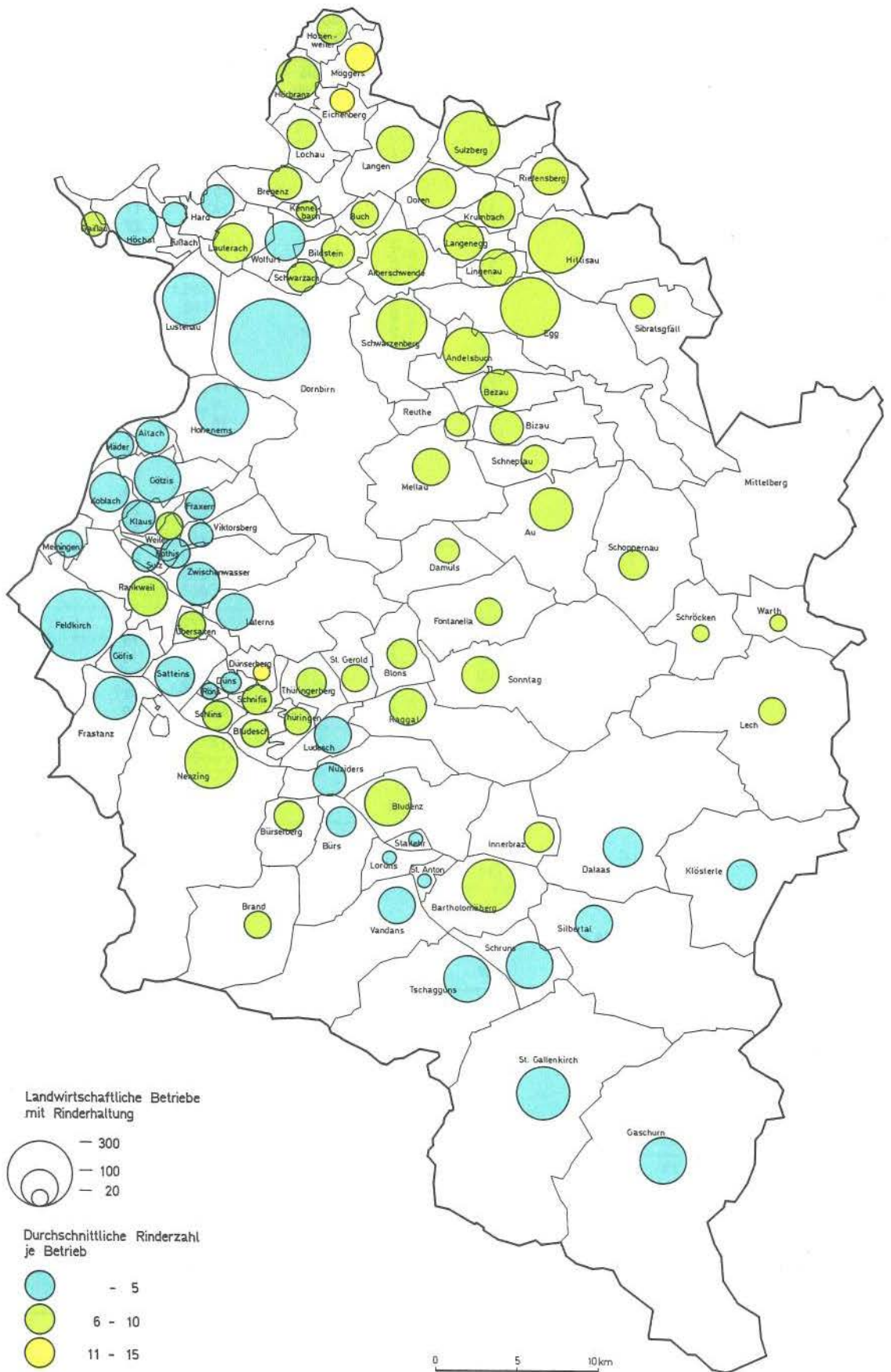
Tabelle 4: Gebäude- und Wohnungsbestand

Gemeinde/Talschaft	Gesamtzahl der Gebäude		Gliederung des Gebäudebestandes nach der Zeit der Errichtung in %				Gesamtzahl der Wohnungen 1981
	1981	vor 1919	1919 bis 1944	1945 bis 1960	1961 bis 1971	1971 bis 1981	
Rheintal-Talgemeinden							
Altach	989	22	7	22	26	23	1.281
Bregenz	2.903	29	26	18	13	14	8.837
Dornbirn	7.431	27	10	18	21	24	12.262
Feldkirch	4.409	27	13	17	19	24	8.012
Fußach	615	13	1	13	27	46	734
Gaißau	253	25	8	11	25	31	280
Götzis	1.890	28	8	22	21	21	2.581
Hard	1.906	21	9	21	27	22	2.951
Höchst	1.298	24	7	17	25	27	1.626
Hörbranz	967	22	8	18	23	29	1.417
Hohenems	2.516	29	7	19	23	22	3.855
Kennelbach	380	33	10	21	18	18	651
Klaus	503	29	2	14	30	25	687
Koblach	612	24	6	12	28	30	720
Lauterach	1.207	18	9	22	23	28	2.018
Lochau	775	20	13	22	23	22	1.786
Lustenau	3.820	25	12	24	20	19	5.398
Mäder	526	18	6	10	26	40	628
Meiningen	317	22	2	12	19	45	349
Rankweil	1.747	23	7	21	25	24	2.778
Röthis	340	27	6	18	19	30	478
Sulz	387	29	5	19	27	20	536
Schwarzach	649	17	8	18	24	33	899
Weiler	293	26	5	14	25	30	372
Wolfurt	1.203	18	6	19	31	26	1.879
Zwischenwasser	599	33	5	15	18	29	751
insgesamt	38.535	25	10	19	22	24	63.766
Rheintal-Hanggemeinden							
Bildstein	230	45	3	6	13	33	182
Buch	124	34	7	11	21	27	133
Eichenberg	68	44	1	12	19	24	60
Fraxern	129	34	27	7	9	23	140
Hohenweiler	204	37	3	11	17	32	243
Langen b. Bregenz	240	38	6	9	12	35	244
Laterns	219	48	10	9	13	20	169
Möggers	101	62	6	5	10	17	97
Übersaxen	166	37	5	11	22	25	133
Viktorsberg	83	31	2	14	29	24	89
insgesamt	1.564	41	7	9	16	27	1.490
Walgau-Talgemeinden							
Bludenz	2.069	28	19	17	17	19	4.321
Bludesch	277	30	7	17	21	25	356
Bürs	606	18	12	21	25	24	832
Frastanz	1.149	26	12	18	18	26	1.643
Lorüns	54	43	7	11	20	19	54
Stallehr	45	33	4	27	9	27	62
Ludesch	445	32	5	12	23	28	556
Nenzing	1.277	35	9	14	22	20	1.346
Nüziders	832	22	6	17	25	30	1.072
Satteins	464	38	3	19	20	20	608
Schlins	371	29	8	15	21	27	448
Thüringen	383	25	5	22	22	26	504
insgesamt	7.972	29	11	17	20	23	11.802
Walgau-Hanggemeinden							
Brand	203	25	9	14	21	31	172
Bürserberg	191	35	11	13	19	22	136
Düns	101	46	6	6	23	19	84
Dünserberg	52	53	2	8	27	10	29
Göfis	568	31	5	14	21	29	694
Röns	67	44	6	3	28	19	64
Schnifis	153	48	6	10	16	20	152
insgesamt	1.335	36	6	12	21	25	1.331

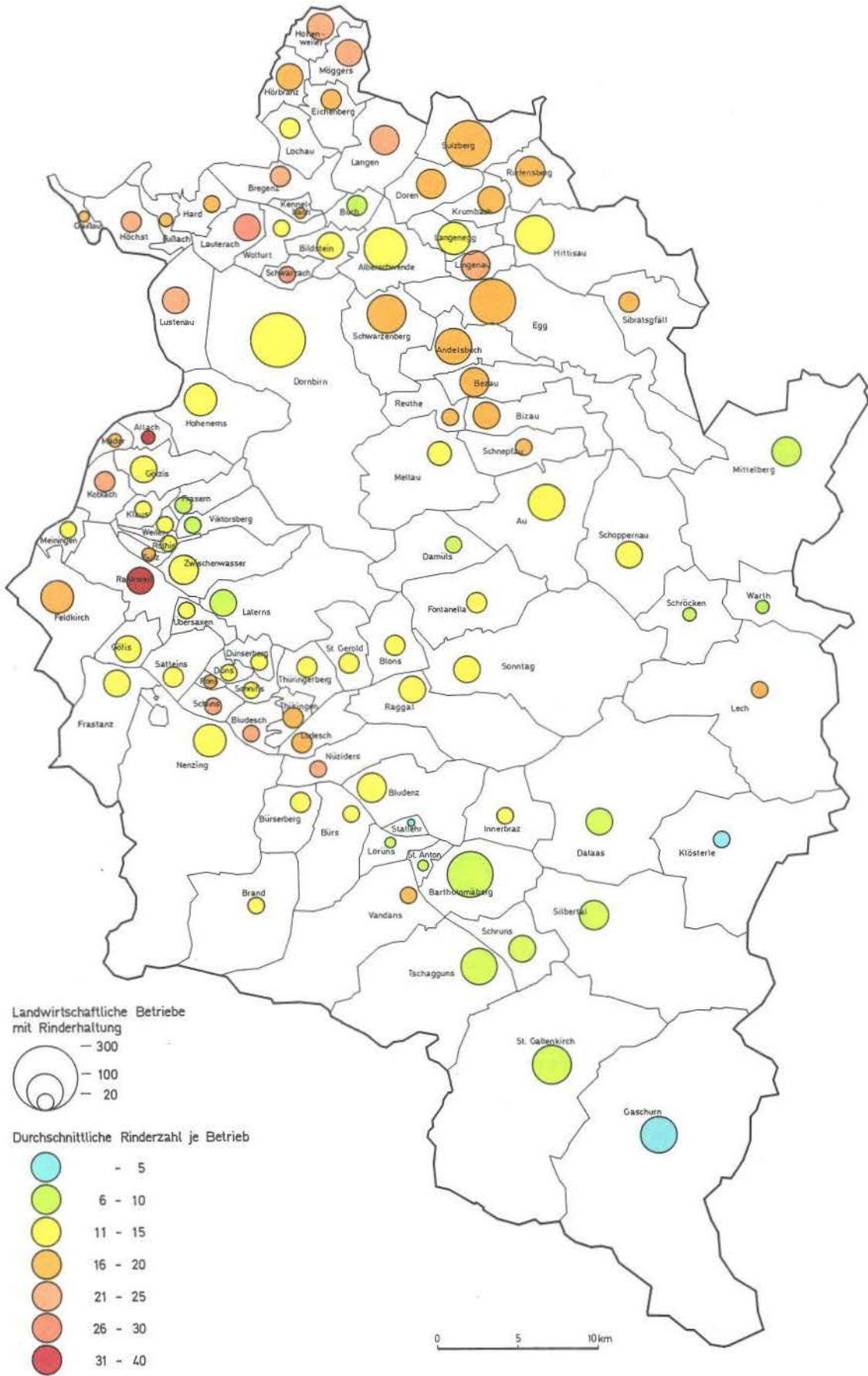
Fortsetzung von Tabelle 4:

Gemeinde/Talschaft	Gesamtzahl der Gebäude 1981	vor 1919	Gliederung des Gebäudebestandes nach der Zeit der Errichtung in %				Gesamtzahl der Wohnungen 1981
			1919 bis 1944	1945 bis 1960	1961 bis 1971	1971 bis 1981	
Bregenzerwald							
Alberschwende	706	43	7	12	13	25	617
Andelsbuch	441	44	3	11	17	25	469
Au	376	43	4	15	15	23	376
Bezau	484	53	5	11	14	17	423
Bizau	325	57	4	8	9	22	217
Damüls	126	40	3	10	22	25	79
Doren	224	51	8	10	11	20	218
Egg	1.068	52	2	8	17	21	770
Hittisau	483	65	4	6	9	16	458
Krumbach	255	51	5	10	13	21	238
Langenegg	256	65	2	6	6	21	217
Lingenau	292	57	3	7	10	23	322
Mellau	309	30	5	14	19	32	311
Reuthe	166	54	3	7	12	24	126
Riefensberg	256	51	7	7	9	26	231
Schnepfau	98	36	7	16	16	25	99
Schoppernau	209	32	3	11	23	31	213
Schröcken	59	34	8	19	14	25	54
Schwarzenberg	702	50	6	9	15	20	379
Sibratsgfall	141	31	4	11	15	39	95
Sulzberg	379	50	7	10	10	23	367
Warth	59	34	5	5	14	42	42
insgesamt	7.414	48	5	10	14	23	6.321
Großes Walsertal							
Blons	92	48	9	23	9	11	66
Fontanella	192	53	5	13	14	15	89
Raggal	219	52	3	14	15	16	180
St.Gerold	87	48	11	13	6	22	75
Sonntag	202	60	6	12	11	11	153
Thüringerberg	144	37	8	15	10	30	139
insgesamt	936	51	6	14	12	17	702
Kleinwalsertal							
Mittelberg	1.163	26	13	17	21	23	1.504
Arlberg							
Lech	428	11	5	20	25	39	335
Klostertal							
Dalaas	374	35	6	14	23	22	416
Innerbraz	196	40	4	17	14	25	225
Klösterle	246	27	7	21	22	23	234
insgesamt	816	34	6	17	20	23	875
Montafon							
Bartholomäberg	542	35	4	14	20	27	488
Gaschurn	473	35	8	17	22	18	450
St.Anton i.M.	130	23	5	18	29	25	177
St.Gallenkirch	707	48	3	13	14	22	572
Schruns	1.021	36	6	23	20	15	1.168
Silbertal	225	36	1	16	20	27	178
Tschagguns	800	37	6	15	19	23	614
Vandans	567	30	2	15	21	32	603
insgesamt	4.465	36	5	17	19	23	4.250
Vorarlberg							
	64.628	30	9	17	20	24	92.376

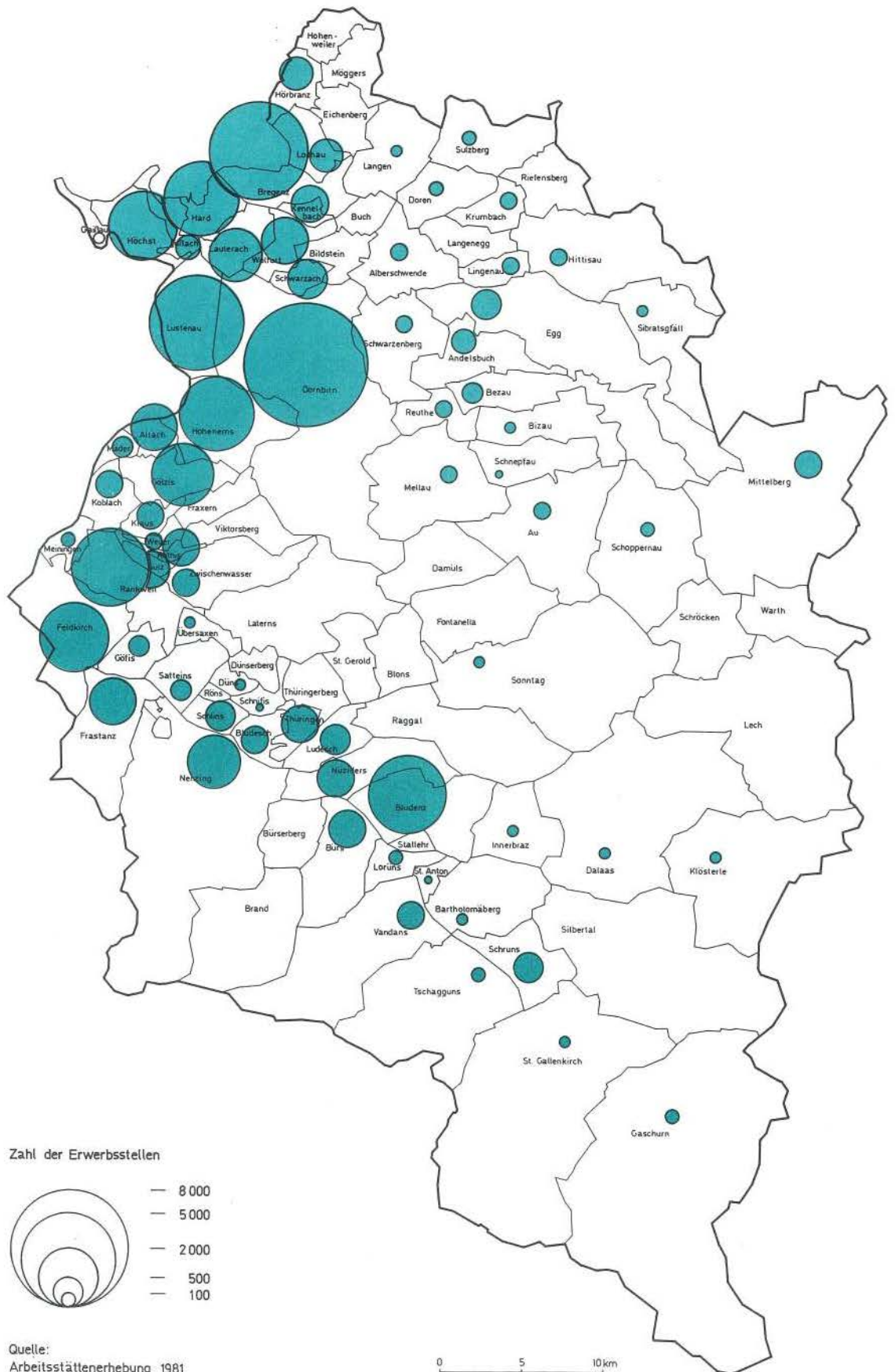
Karte 4: Landwirtschaftliche Betriebe mit Rinderhaltung 1953



Karte 5: Landwirtschaftliche Betriebe mit Rinderhaltung 1981



Karte 6: Erwerbsstellen in Industrie, verarbeitendem Gewerbe und Kraftwerken



Karte 7: Fremdenverkehrsintensität 1981/82

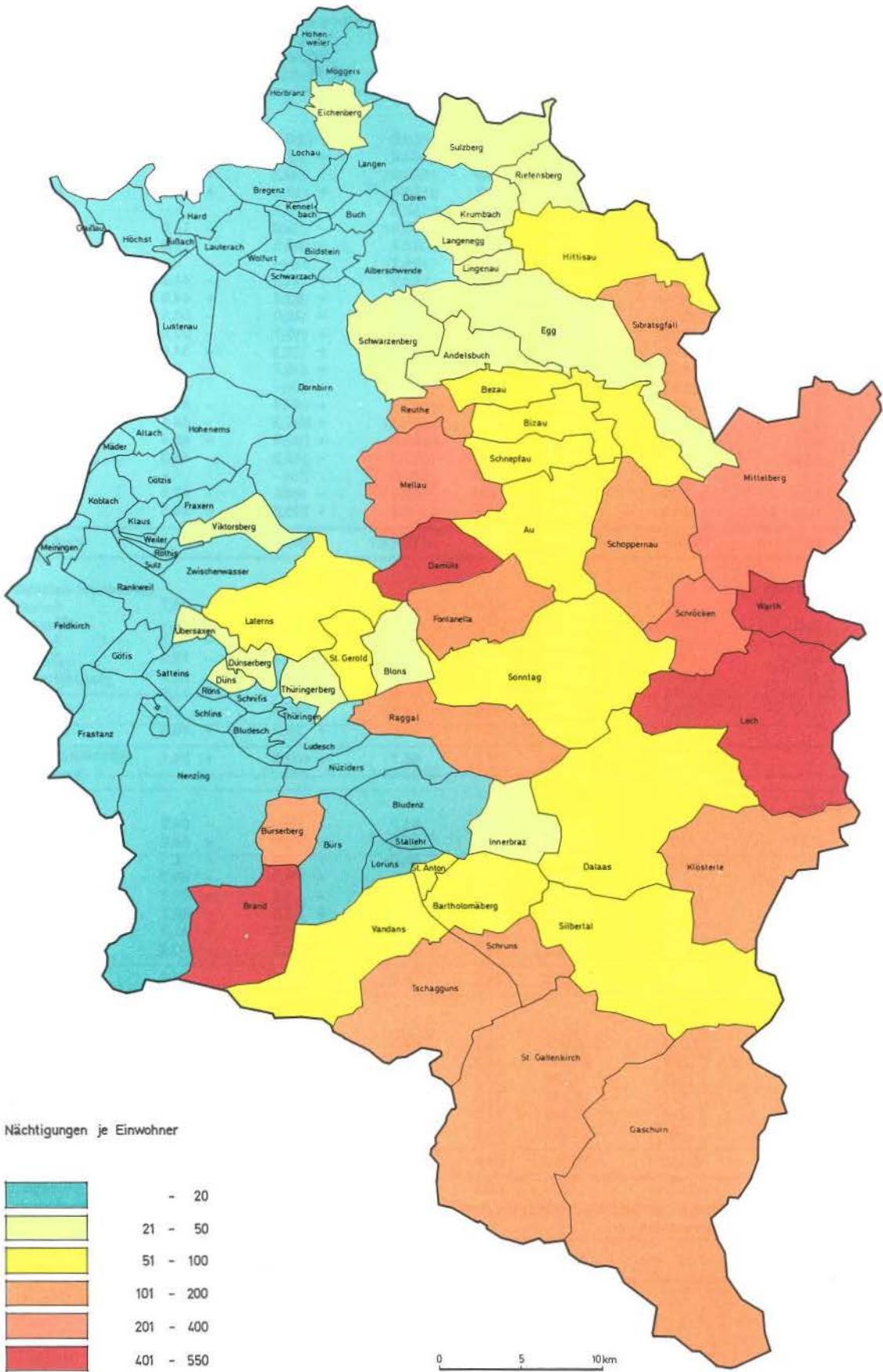


Tabelle 5: Strukturdaten des Fremdenverkehrs

Gemeinde/Talschaft	Gästebetten insgesamt (Sommer 1982)	1981/82 insgesamt	Saisonanteile in %		Nächtigen Veränderungen in %		Nächtigungen 1981/82 je Einwohner
			Winter 1981/82	Sommer 1982	Winter 71/72-81/82	Sommer 1972-1982	
Rheintal-Talgemeinden							
Altach	113	4.291	21,2	78,8	+ 288,5	+ 179,3	1
Bregenz	1.927	200.417	17,4	82,6	+ 2,7	- 12,9	8
Dornbirn	1.215	142.757	30,0	70,0	+ 60,7	+ 19,2	4
Feldkirch	1.323	158.682	25,2	74,8	+ 42,4	+ 6,5	6
Fußbach	134	7.405	17,5	82,5	-,-	-,-	3
Götzis	317	39.579	35,0	65,0	- 2,0	- 17,0	4
Hard	412	30.483	6,3	93,7	+ 49,5	+ 2,3	3
Höchst	132	5.242	15,1	84,9	-,-	-,-	1
Hörbranz	485	28.873	7,2	92,8	+ 54,3	- 41,8	6
Hohenems	484	34.763	32,4	67,6	+ 83,2	+ 44,9	3
Klaus	280	12.821	6,3	93,7	- 22,0	- 53,1	5
Koblach	61	3.402	27,3	72,7	+ 15,1	- 23,8	1
Lauterach	282	8.514	9,8	90,2	+ 1,1	- 34,6	1
Lochau	452	43.484	8,9	91,1	+ 9,7	- 9,7	8
Lustenau	193	30.158	44,9	55,1	-,-	-,-	2
Rankweil	411	19.053	23,4	76,6	+ 48,4	- 45,6	2
Röthis	193	11.233	23,6	76,4	+ 298,3	- 48,1	6
Sulz	114	2.599	16,1	83,9	+ 150,9	- 48,4	1
Schwarzach	184	11.876	12,7	87,3	- 42,3	- 49,8	4
Weiler	50	950	30,0	70,0	-,-	-,-	1
Wolfurt	382	11.708	6,9	93,1	- 44,5	- 47,5	2
Zwischenwasser	357	20.156	24,7	75,3	+ 136,8	+ 34,5	8
insgesamt	9.501	828.446	22,3	77,7	+ 44,4	- 7,1	4
Rheintal-Hanggemeinden							
Buch	46	2.117	16,9	83,1	+ 0,8	- 26,7	4
Eichenberg	223	13.672	14,8	85,2	-,-	-,-	46
Fraxern	44	3.595	9,8	90,2	- 44,1	- 0,3	7
Langen b. Bregenz	173	2.688	11,4	88,6	+ 28,4	- 18,9	3
Laterns	516	35.225	61,6	38,4	+ 640,3	- 20,2	56
Möggers	111	3.788	19,4	80,6	-,-	+ 71,9	9
Übersaxen	203	12.058	25,6	74,4	+ 162,7	- 7,0	24
Viktorsberg	169	11.783	5,1	94,9	+ 28,2	+ 48,6	32
insgesamt	1.485	84.926	34,3	65,7	+ 402,9	+ 24,1	14
Walgau-Talgemeinden							
Bludenz	869	89.290	36,8	63,2	+ 79,6	- 24,2	7
Bürs	357	33.336	34,5	65,5	+ 524,9	+ 58,2	12
Frastanz	455	22.783	15,0	85,0	+ 68,9	+ 8,1	4
Ludesch	179	2.849	13,7	86,3	+ 79,3	- 59,7	1
Nenzing	629	83.275	15,5	84,5	- 3,6	+ 27,9	17
Nüziders	409	39.195	15,6	84,4	+ 79,5	- 23,1	10
Schllins	133	9.624	16,5	83,5	+ 14,1	- 41,3	5
Thüringen	325	16.903	18,7	81,3	+ 26,9	- 40,3	10
insgesamt	3.356	297.255	24,2	75,8	+ 67,0	- 8,8	7
Walgau-Hanggemeinden							
Brand	2.072	318.027	55,5	44,5	+ 49,7	+ 1,0	410
Bürserberg	809	90.947	44,6	55,4	+ 99,0	+ 1,9	183
Düns	53	6.332	39,4	60,6	+ 108,3	- 38,0	21
Dünserberg	104	6.646	27,4	72,6	-,-	-,-	48
Göfis	236	7.493	14,0	86,0	-,-	-,-	3
Schnifis	108	5.592	20,9	79,1	+ 7,4	- 49,5	10
insgesamt	3.382	435.037	51,4	48,6	+ 59,1	+ 3,4	86

Anmerkung: Wo bei den Veränderungen der Nächtigungen in Prozenten Angaben fehlen (-,-), liegen aus dem Fremdenverkehrsjahr 1971/72 keine Vergleichszahlen vor.

Fortsetzung von Tabelle 5:

Gemeinde/Talschaft	Gästebetten insgesamt (Sommer 1982)	1981/82 insgesamt	Saisonanteile in %		Nächtigungen Veränderungen in %		Nächtigungen 1981/82 je Einwohner
			Winter 1981/82	Sommer 1982	Winter 71/72-81/82	Sommer 1972-1982	
Bregenzwald							
Alberschwende	657	51.356	29,8	70,2	+ 145,4	+ 3,5	20
Andelsbuch	766	77.055	30,4	69,6	+ 379,3	+ 13,3	40
Au	1.539	126.541	49,6	50,4	+ 101,1	- 27,6	84
Bezau	1.199	123.410	34,8	65,2	+ 100,9	- 25,5	78
Bizau	485	47.690	50,4	49,6	+ 112,2	- 26,8	60
Damüls	1.163	141.127	67,2	32,8	+ 52,4	+ 4,7	434
Doren	270	14.704	31,9	68,1	-,-	-,-	17
Egg	1.934	129.517	30,4	69,6	+ 118,8	- 0,9	44
Hittisau	1.157	91.021	35,9	64,1	+ 149,9	- 29,3	56
Krumbach	326	26.989	26,1	73,9	+ 89,5	- 3,5	31
Langenegg	337	16.753	33,4	66,6	+ 94,0	- 14,1	20
Lingenau	521	53.576	29,9	70,1	+ 563,2	+ 38,6	37
Mellau	1.787	234.308	47,1	52,9	+ 175,4	- 15,8	212
Reuthe	378	54.851	45,6	54,4	+ 348,3	+ 79,5	105
Riefensberg	680	26.682	53,3	46,7	+ 96,7	- 25,4	29
Schnepfau	293	20.035	41,3	58,7	+ 284,9	- 25,6	55
Schoppernau	1.348	158.984	46,9	53,1	+ 111,3	+ 6,8	177
Schröcken	616	54.594	67,0	33,0	+ 11,7	- 37,9	247
Schwarzenberg	1.424	58.507	49,8	50,2	+ 14,3	- 46,6	39
Sibratsgfall	569	40.922	40,0	60,0	+ 18,5	+ 9,3	109
Sulzberg	501	53.525	30,8	69,2	+ 186,0	+ 93,8	35
Warth	1.115	95.577	83,3	16,7	+ 92,4	- 28,6	495
insgesamt	19.065	1.697.734	45,9	54,1	+ 101,4	- 9,3	68
Großes Walsertal							
Blons	201	10.358	43,5	56,5	-,-	-,-	34
Fontanella	603	68.376	64,6	35,4	+ 76,1	- 29,0	172
Raggal	1.308	102.590	42,4	57,6	+ 96,4	- 35,1	136
Sonntag	478	33.664	34,6	65,4	+ 86,4	- 21,0	51
Thüringerberg	180	14.919	16,8	83,2	+ 158,1	+ 14,7	25
insgesamt	2.770	229.907	46,2	53,8	+ 95,3	- 24,6	76
Kleinwalsertal							
Mittelberg	11.663	1.653.945	52,4	47,6	+ 50,0	+ 9,1	337
Arlberg							
Lech	4.842	1.024.110	85,3	14,7	+ 61,7	- 28,8	544
Klostertal							
Dalaas	994	93.710	65,1	34,9	+ 245,7	- 7,5	63
Innerbraz	282	21.069	41,4	58,6	-,-	-,-	24
Klösterle	1.314	132.660	67,3	32,7	+ 69,6	- 27,5	145
insgesamt	2.590	247.439	64,3	35,7	+ 126,2	- 7,1	75
Montafon							
Bartholomäberg	1.262	109.632	41,1	58,9	+ 107,9	- 20,8	54
Gaschurn	2.768	385.290	66,1	33,9	+ 236,0	+ 5,6	161
St.Anton i.M.	508	37.595	45,0	55,0	+ 88,5	- 36,8	62
St.Gallenkirch	3.042	373.846	61,5	38,5	+ 101,5	- 26,4	170
Schruns	3.884	484.858	49,2	50,8	+ 94,3	- 19,1	126
Silbortal	1.110	74.307	36,7	63,3	+ 103,4	- 12,4	88
Tschagguns	3.303	306.966	48,6	51,4	+ 138,3	- 10,3	127
Vandans	1.537	157.865	41,8	58,2	+ 217,7	- 2,2	76
insgesamt	17.414	1.930.359	53,2	46,8	+ 133,5	- 15,0	118
Vorarlberg							
	76.068	8.429.148	51,3	48,7	+ 81,1	- 7,8	27

Karte 8: Versorgungsschwerpunkte

